



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Regionalkonferenz in Fürstenfeld:

Gut geplant ist halb gewonnen!

Mit den parteiinternen Durchwahlen 2011 werden erste wesentliche Weichen für die Kommunalwahlen sowie die Landtags-, Bundestags- und Europawahlen in den Superwahljahren 2013/2014 gestellt. Deshalb ist es der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU ein großes Anliegen, rechtzeitig Hilfestellung vor Ort zu geben und den idealen Fahrplan für diese Wahlentscheidungen zu entwickeln. Den Startschuss hierfür gab die KPV-Regionalkonferenz Süd im oberbayerischen Fürstenfeld. Für den Norden Bayerns wird diese Vorbereitungskonferenz am 13. November in Bayreuth stattfinden.

Wie KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle in seiner Begrüßung betonte, „ist es unser Anliegen, mit Vertretern der CSU, der Frauen-Union und der Jungen Union aus allen Kreisverbänden die Kommunalwahlen rechtzeitig anzugehen und optimal zu planen“. „Gut geplant ist halb gewonnen!“ laute die Devise. Rößle appellierte an die KPV, ihr Alleinstellungsmerkmal innerhalb der CSU selbstbewusster herauszustellen und christliche Werte mehr in den Vordergrund zu rücken. Insgesamt sei es wichtig, sich geschlossen darzustellen.

Weg zum Erfolg

Wie der „richtige Weg“ zum Erfolg aussehen kann, zeigte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt nach Grußworten des gastgebenden Oberbürgermeisters der Stadt Fürstenfeldbruck, Sepp Kellerer, auf. Zunächst wies Dobrindt darauf hin, dass die Kommunalpolitik aufgrund ihrer Nähe zum Bürger spannender, schwieriger, aber auch überzeugender als alle anderen politischen Felder sei. Die CSU müsse die Chance erkennen und wahrnehmen, ihre Vormachtstellung als dominierende kommunalpolitische Kraft auszubauen. Kommunikation mit dem Bürger laute das Zauberwort, wobei auch die konkrete Auseinandersetzung mit dem Gegner unabdingbar notwendig sei, fuhr Do-

brindt fort. Es gelte, „über lange Zeit einen Dialog zu führen, den wir selber moderieren und in dem Zukunftsvisionen aufgezeigt werden“.

Kampagnenfähigkeit

„Mit dem Medium Internet kommt hier möglicherweise eine neue Kultur auf uns zu“, ergänzte der CSU-General. Das durch entstehende Vernetzungspotenzial könne durch Versammlungen nicht ausgeglichen werden. Als Beispiel führte Dobrindt die Freibadsanierung in

Tagung in Gunzenhausen:

Notruf der Landräte

Die bayerischen Landräte senden nach ihrer Tagung in Gunzenhausen einen „Notruf“ an den bayerischen Finanzminister. Weil die Sozialausgaben massiv steigen, aber die Steuereinnahmen in der Folge des Krisenjahres 2009 stark zurückgehen, können sie ihren Pflichtaufgaben nicht mehr nachkommen. Präsident Dr. Jakob Kreidl formulierte dazu die Forderung: „Wir brauchen heuer 250 Millionen Euro mehr.“ Der Kommunalanteil an den Steuereinnahmen des Freistaats soll daher von 12 auf 12,5 Prozent angehoben werden.

Im nächsten Jahr wird sich die Lage nach Darstellung des Landkreistags noch verschlechtern, gerechnet wurde mit einem Fehlbetrag von 350 Millionen Euro. Die Kritik richtete sich an den Bund, „der Wohltaten anordnet, sich aber selbst aus der Finanzierung davonestiehlt“. Deshalb trat der Verband, der alle 71 bayerischen Kreise vertritt, dafür ein, dass das Konnexitätsprinzip künftig auch für den Bund gelten soll. Im Klartext: Wer anschafft, der zahlt auch. Für den Miesbacher Landrat steht fest: „Die Landkreise können die Kostenbelastung infolge immer neuer Leistungsgesetze nicht schultern.“

Kostenbeteiligung

Für zwingend notwendig hält er eine Kostenbeteiligung des Bundes von 33 Prozent für die Eingliederungshilfe, die Menschen mit Behinderung erhalten. Auch bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird ein 20-prozentiger Bundesanteil gefordert (jetzt 14



Bei der Regionalkonferenz der KPV (v. l.): Dr. Helmut Jung, Geschäftsführer der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH, CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt, KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle, Stefanie Nytsch, Inhaberin der Werbeagentur Comosso und Hannelore Gabor, Erste Bürgermeisterin von Garching. Foto: DK

seiner Heimatgemeinde Peißenberg an, die begleitet worden sei durch die Verbreitung von Unwahrheiten. Vor diesem Hintergrund müssten Politiker in Techniken unterrichtet werden, wie man sich gegen Gerüchte im Internet wehrt.

Neben einer bayernweiten Tour im kommenden Jahr, auf der das politische Rüstzeug für die anstehenden Kommunalwahlen zur Verfügung gestellt wird, soll auch eine Marketing- und Schulungsakademie in der CSU-Landesleitung für Rückenwind sorgen. Schließlich könne nicht erst 2013 über Kandidaten entschieden werden, so Dobrindt. Die Gefahr, „einen erheblichen Teil an Chancen zu verschenken“, wäre zu groß.

Kampagnenfähigkeit mache gute Ergebnisse aus. „Und die Resultate der Kommunalwahlen werden über die Zukunft der CSU in der Breite entscheiden“, stellte der Generalsekretär fest.

Geringe Parteibindungen

Über den „richtigen Plan“ referierte Dr. Helmut Jung, Geschäftsführer der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH mit Sitz in Hamburg. „Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler!“ machte er eingangs deutlich. Als „gute Gründe für eine gute Planung“ führte Jung die geringen dauerhaften Parteibindungen sowie stark geschrumpfte Stammwähleranteile an. Kurz-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Präsidiumssitzung des Bayerischen Gemeindetags:

Wahlrecht und Kinderbetreuung

Auf seiner Präsidiumssitzung in München befasste sich der Bayerische Gemeindetag mit den Themen Kinderbetreuung und Kommunales Wahlrecht. Der Spitzenverband beschloss hierbei, einige Änderungsvorschläge der Landtagsfraktionen von CSU und FDP zu unterstützen.

Nach Auffassung von Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl sei es sinnvoll und gerechtfertigt, das geltende Wahlrecht anzupassen, „auch wenn die nächste Kommunalwahl noch in weiter Ferne ist“. Im Einzelnen soll künftig eine Briefwahl ohne An-

belangt, so sind Änderungen der bayerischen Rechtslage erwünscht. Konkret plädiert der Bayerische Gemeindetag für eine maßvolle Weiterentwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG). Das vor fünf Jahren erlassene Gesetz habe für die Praxis grundlegende und weit reichende Änderungen erbracht. Das Präsidium beschloss, die Bayerische Staatsregierung zu einer maßvollen Weiterentwicklung des Gesetzes aufzufordern.

Flächendeckender Ausbau

Wie der Kommunalverband darlegte, sei durch einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen eine verschärfte Konkurrenzsituation mit den Horten eingetreten. Um deren Wettbewerbssituation zu verbessern, sei es wünschenswert, die Mindestbuchungszeit für Hortkinder nach unten hin

(Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Uwe Brandl.

gabe von Gründen für eine Abwesenheit am Wahltag möglich sein. Zudem begegneten die Erweiterung von Zuständigkeiten des Beschwerdeausschusses, die Erweiterung von Heilungsmöglichkeiten bei Formmängeln vor der Wahl sowie die Heilung formeller Nachweisfehler nach der Wahl keinen grundlegenden Einwänden. Die gerichtliche Wahlanfechtung an ein Quorum von mindestens fünf Stimmberechtigten zu knüpfen, erscheint laut Gemeindetag begründbar. Auch werde das passive Wahlrecht für Bürgermeister und Landräte von derzeit 21 Jahren auf künftig 18 Jahren zu senken, mitgetragen.

Nicht anfreunden konnte sich das Präsidium des Gemeindetags dagegen mit den Vorschlägen, die Voraussetzung „Schwerpunkt der Lebensbeziehungen“ als Wahlbarkeitsvoraussetzung für Gemeinde- und Stadträte bzw. ehrenamtliche Erste Bürgermeister zu streichen und den ehrenamtlichen Bürgermeistern oder Gemeinderatsmitgliedern das Recht einzuräumen, ohne wichtigen Grund vom übernommenen kommunalen Amt zurückzutreten.

Was die Kinderbetreuung an-



„Wer schützt uns eigentlich vor unseren Beschützern?“, fragt sich der Bürgermeister des öfteren dieser Tage. Gemeint sind bei ihm dabei die Klimaschützer. Immer neue Ideen vernimmt man, wie genau energetische Sanierungen vorgenommen werden sollen. Die Sorgen der betroffenen Bürger nimmt er durchaus ernst. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Bayerns Wirtschaft auf Wachstumskurs	2
Mehr Unterstützung für kommunale Schulen	3
GZ-Kolumne Gerhard Weber:	
Chance Mittelschule	3
Kommunales Krankenhausmanagement	4
Strategien für die Zentrale Europas	5
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	6-9
Wasser - Abwasser	10/11
Kommunale Rechtsfragen	12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Die beiden gastgebenden Landräte Franz Xaver Uhl (r.) und Vizepräsident Herbert Eckstein aus Roth (l.) mit Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl (2. v. l.) und Bürgermeister Joachim Federschmidt zu Beginn der Tagung. Foto: Falk

Bayerns Wirtschaft auf Wachstumskurs

Regierungserklärung im Landtag - Förderschwerpunkte bei Mittelstand und Kommunen - Streit um Seehofers Worte für Zuwanderungsstopp

„Bayerns Wirtschaft liegt im ersten Jahr nach der schwersten Rezession der Nachkriegszeit klar auf Wachstumskurs.“ So hat Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) im Landtag die Situation in einer Regierungserklärung generell umschrieben. Dank guter Auslandsgeschäfte ziehe, auch in den mehr binnenwirtschaftlich geprägten Zweigen Handwerk, Handel, Bau, Gastgewerbe und Tourismus wieder an. Mittelstand und Kommunen gelte es zu unterstützen. Als Schwerpunkte dieser Politik nannte der Minister Innovationen, Investitionen und Talente.

Als größten Erfolg der schwarz-gelben Regierung in Bayern nannte Zeil die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Weite Teile des Freistaats steuerten auf Vollbeschäftigung zu. Mit 4% Arbeitslosen habe Bayern den niedrigsten Stand in ganz Deutschland. Wo es ordnungspolitisch zu verantworten war, seien wettbewerbsfähige Unternehmen unterstützt worden. Es sei nicht zu verkennen, das der Aufschwung nicht in allen Branchen vorangekommen und die Konjunktur weiter mit Risiken verbunden sei. Unternehmen, die auf dem Markt nicht auf Dauer Bestand haben, dürften nicht mit Steuergeldern künstlich erhalten werden. Die Innovationsdynamik des Freistaats zu stärken müsse zentrale Säule des Regierungsprogramms „Aufbruch Bayern“ sein.

Ausgeglichener Haushalt

Bei allen Bemühungen halte die Staatsregierung fest am Ziel des ausgeglichenen Haushalts. „Wir werden konsequent sparen“. Schwerpunkte der gezielten Förderung sind laut Zeil die Regionen mit Wettbewerbsnachteilen. Es gelte, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land zu schaffen. Dem sollen Regionalförderung, Mittelstands- und Technologieprogramm sowie die Tourismusförderung dienen. Für die Kommunen sei das Breitbandförderungsprogramm entscheidend. Schon heute stehe es, mit 36 Mio. Euro unterstützt, in 527 Gemeinden.

Für die CSU setzte sich der Oberfranke Martin Schöffel besonders für Nord- und Ostbayern ein. Neben den innerdeutschen Problemen gehe es besonders um die Grenzgebiete zu Tschechien. FDP-Fraktionschef Thomas

Hacker stimmte den gleichen Tenor an wie der Minister: „Ja zum Sparen, aber wir werden uns genau ansehen wo. „Für die SPD konstatierte Bernhard Roos, es fehle allorts an Dynamik. Gerade kleine Gemeinden hatten keine Chance. Mit dem Ausbau des Glasfasernetzes sei die Staatsregierung hinter ihrem Ziel zurückgeblieben. So sah es auch Dr. Martin Runge (Grüne). Er sah die Entwicklung bei CSU und FDP nicht mehr in guten Händen. Alexander Muthmann (Freie Wähler) sprach von einer Regierungserklärung des Schönredens, bei aller Würdigung einzelner Schritte in die richtige Richtung. Leider habe der Minister nichts zum Landesentwicklungsprogramm gesagt. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid nannte die Stellungnahmen der Opposition ein Schlechtreden, welches

das Land nicht verdient habe.

Die Aussprache bekam starke Schlagseite durch Zeils Warnung vor einem Fachkräftemangel. Er hatte „gezielte Akquirierung qualifizierter Fachkräfte aus dem In- und Ausland gefordert. Im Wettbewerb müsse sich Bayern um die besten Köpfe offensiver und selbstbewusster positionieren. Hacker gab Rückendeckung: „Wir müssen uns der Herausforderung stellen, mehr qualifizierte Einwanderer für unsere Wirtschaft zu gewinnen.“

Hitzige Auseinandersetzung

Für die Opposition war das eine Distanzierung von Ministerpräsident Horst Seehofer, der in einem Interview einem Zuwanderungsstopp für Einwanderer aus fremden Kulturen, insbesondere Moslems, das Wort geredet hatte. Alle drei Fraktionen hatten schon vor Zeils Regierungserklärung in Dringlichkeitsanträgen gegen Seehofer Stellung bezogen. Nach der Regierungserklärung kam es zur hitzigen Auseinandersetzung darüber. „Der Landtag distanziert sich von der

FW-Landesdelegiertenversammlung in Ingolstadt:

Mehr Geld für Kommunen!

Auf ihrer Versammlung in Ingolstadt haben sich rund 400 Delegierte der Freien Wähler (FW) in zwei einstimmig verabschiedeten Resolutionen für den flächendeckenden Breitbandausbau in Bayern sowie eine solide und zukunftsfähige Haushaltspolitik ausgesprochen. Die Freien Wähler forderten mehr Geld für die Kommunen. Diese dürften nicht „in der Verschuldung versinken“, wie FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger bemerkte.

Nach Auffassung der Freien Wähler sollte die Staatsregierung die flächendeckende Versorgung Bayerns mit Breitband als eine zentrale Staatsaufgabe betrachten. Die Regierung müsse den Kommunen nun endlich tatkräftig und lenkend zur Seite stehen. Die Förderkonditionen sollten sowohl betragsmäßig als auch hinsichtlich der Leerrohrförderung erheblich verbessert werden. Die Freien Wähler fordern daher, die Bayerische Breitbandförderung auf die von der EU-Kommission genehmigten Förderrichtlinien umzustellen und den Fördersatz auf 90 Prozent (Fördersumme 500.000 Euro) zu erhöhen.

Breitbandvision über 2011 hinaus

Die Staatsregierung hat es laut FW bislang verpasst, eine Breitbandvision über 2011 hinaus zu entwickeln. Der technische Fortschritt werde jedoch 2011 nicht Halt machen. Breitband sei eine zentrale Steuerungsaufgabe der Staatsregierung. Anders könne die europäische Vision, wonach bis 2020 alle Europäer über einen Internetzugang mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von mehr als 30 Mbit/s verfügen, im Freistaat nicht erreicht werden.

Gezielte Investitionen

In der Haushaltspolitik fordern die Freien Wähler den sorgsamen Umgang mit den knappen Mitteln und gleichzeitig eine gezielte Investition in die Zukunft Bayerns. Weitere Kürzungen zu lasten der Bildung und der Kommunen lehnen die FW ab. Konkret plädieren sie für die Beibehaltung der Gewerbesteuer, den Erhalt der Städtebauförderung und der Dorferneuerung mindestens in der bisherigen Höhe, den Verzicht auf milliardenschwere

Projekte wie zum Beispiel der dritten Startbahn am Münchner Flughafen oder den staugestützten Donauausbau.

Darüber hinaus fordern die Freien Wähler ein kostenfreies Kindergartenjahr/Vorschuljahr, die Abschaffung der Gebühren für das Erststudium und die Erhöhung des Staatsanteils an den Schülerbeförderungskosten von 60 auf 67 Prozent. Um die Kommunen zu stärken, sprechen sich die FW u. a. für die Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund von 12 auf 12,5 Prozent und des kommunalen Kfz-Steueranteils von 51 auf 55 Prozent aus.

Heftig kritisierten die Freien Wähler in Ingolstadt den „Zickzackkurs der CSU und des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer, der in Bayern anderes verspricht als er in Berlin im Koalitionsausschuss verabschiedet“. Vorsitzender Aiwanger: „Bayern braucht eine verlässliche und zukunftsfähige Politik. Ob Gesundheits-, Umwelt- oder Haushaltspolitik: In Bayern ist das Wetter inzwischen beständiger als die Positionen der CSU!“

Kein Finanzierungsplan

CSU-Fraktionschef Georg Schmid entgegnete, die Freien Wähler verkauften die Bürger für dumm. „Wer Studiengebühren abschaffen will und gleichzeitig mehr Geld für Bildung fordert, veräppelt die Menschen nach dem Prinzip linke-Tasche-rechte-Tasche.“ Bei versprochenen staatlichen Leistungen gehe es schließlich immer um das Geld des Steuerzahlers. Die CSU habe in den zurückliegenden Jahren die Ausgaben für Bildung bereits permanent gesteigert, hob Schmid hervor. Auch sehe er keinen Finanzierungsplan der Freien Wähler für ihre Vorschläge. Wenn Aiwanger mehr Geld für die Kommunen fordere, müsse er auch sagen, „wem

ausgrenzenden Haltung von Ministerpräsident Seehofer gegenüber anderen Kulturkreisen“, stand in dem vom Fraktionsvorsitzenden Markus Rindersbacher begründeten Antrag. Es bestehe die Gefahr, eine fremdenfeindliche Welle mit bedrohlichen Folgen auszulösen, befand Margarete Bause für die Grünen. Parteipolitische Manöver mit öffentlichem Schlagabtausch um Einwanderung und Integration vergifteten das Klima in der Gesellschaft, so Alexander Muthmann (FW).

Kampfabstimmung

CSU und FDP setzten eilig einen Koalitionsdringlichkeitsantrag entgegen, der dann in Kampfabstimmung angenommen wurde. Darin heißt es, das hohe Ausmaß an Integration in Bayern sei Resultat der seit Jahrzehnten erfolgreichen Politik. Es sei „notwendig und richtig, die bestehenden Defizite und Herausforderungen bei der Integration offen zu benennen“. Vorstellungen vom „schlichten Nebeneinander verschiedener Kulturen ohne die Notwendigkeit eines gemeinsamen Wertekonsens zu erkennen, verdecken die Sicht auf notwendiges Handeln“. Vorrangig sei das Potential an Fachkräften innerhalb der EU zu nutzen. Der Ministerpräsident, der wegen einer Sitzung des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat nicht mehr anwesend war, hat für November eine Regierungserklärung dazu angekündigt. **rm**

HGAA-Untersuchungsausschuss:

Stoiber sah nie eine rote Warnleuchte

Der Ex-Ministerpräsident bestreitet jeden politischen Einfluss auf den Kauf der maroden Kärntner Bank

Ministerpräsident a.D. Dr. Edmund Stoiber hat im Untersuchungsausschuss des Landtags erwartungsgemäß jede Mitverantwortung für den Kauf der Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die BayernLB im Jahr 2007 bestritten. Bei seiner mit Interesse erwarteten Zeugenaussage versicherte er, keinen politischen Einfluss oder Druck ausgeübt zu haben. Andererseits habe es „nie eine rote Warnleuchte gegeben“, dass es bei der Bank Probleme gebe, die von der BayernLB - damals je zur Hälfte im Besitz von Freistaat und Sparkassenverband - nicht bewältigt werden könnten.

Von Politik und Medien werde ihm eine Verantwortung zugeschrieben die er nicht habe, konstatierte Stoiber Verdächtigungen und Mutmaßungen. „Die Idee des Kaufs der HGAA durch die BayernLB stammt nicht von mir“, versicherte er. Die Annahme, er habe die Landesbank politisch geführt, sei „absoluter Unsinn“, ebenso die Behauptung, er habe im Sommer 2007 bei einem Besuch in Kroatien Druck ausgeübt, das Geschäft nicht zu blockieren. Die Initiative zum Kauf der HGAA sei offenbar vom BayernLB-Vorstand ausgegangen. Deren Verwaltungsrat gehörte Stoiber nicht an; anders die eine Woche vor ihm vernommenen Zeugen Prof. Kurt Faltthaus als Finanzminister und Dr. Siegfried Naser als Sparkassenverbandspräsident. Sie hatten erklärt, offensichtlich vom Bankvorstand nicht über alle Probleme und Bedenken informiert worden zu sein (s. GZ 19/07.10.2010).

Mängel im Vertrag

Am Tag vor Stoibers Aussage hatte Dr. Martin Brodey von der Wiener Anwaltskanzlei Dorda, Brugger und Jordis dem Ausschuss berichtet, er habe als Rechtsberater den BayernLB-Vorstand ausdrücklich davor gewarnt, auf vertragliche Garantien zu verzichten. Er habe im Auftrag des Bankvorstands den Vertragsentwurf geprüft und Mängel entdeckt. Vor allem, was unzureichende Gewährleistungsansprüche zur Abfederung der HGAA-Risiken betraf. Der Vorstand mit Dr. Werner Schmidt an der Spitze habe jedoch davon nichts wissen wollen.

Ausschussvorsitzender Thomas Kreuzer (CSU) stellte nach der Sitzung auf Fragen fest, die Aussage Stoibers habe „keine Pflichtverletzung oder persönliche Verfehlung“ ergeben. Kars-

er das Geld abnehmen will“.

Mit nur einer Gegenstimme sprachen sich die FW-Delegierten zudem dafür aus, die Wehrpflicht im Grundgesetz verankern zu lassen. Auch müssten das Ehrenamt, die sozialen Dienste und der Solidargedanke insgesamt deutlich gestärkt werden. Bereits im Rahmen des Schulenterrichts sollten Praktika in Sozialeinrichtungen stattfinden, um die junge Generation frühzeitig auf gesellschaftliche Bereiche hinzuweisen, mit denen sie sonst kaum in Berührung kämen.

„Zünglein an der Waage“

Nach der Landtagswahl 2013 wollen die Freien Wähler in Bayern mitregieren. Ziel sei es, die Regierung aus CSU und FDP zu kippen und „als Zünglein an der Waage mitzuregieren“, erklärte Aiwanger. **DK**

Bayerische Landesausstellung 2010 „Bayern – Italien“:

Erfreuliche Bilanz

Mehr als 202.000 Menschen haben die Bayerische Landesausstellung 2010 „Bayern – Italien“ in Füssen und Augsburg besucht. Damit war sie nach Angaben des Chefs des Hauses der Bayerischen Geschichte, Richard Loibl, die bisher erfolgreichste kulturhistorische Ausstellung in Bayerisch-Schwaben. Darüber hinaus nimmt die Schau den dritten Platz unter den bisherigen Landesausstellungen ein.

Auf insgesamt 3.000 qm wurden Geschichten aus 2.000 Jahren über die Beziehungen zwischen Bayern und Italien erzählt. Die Bayerische Landesausstellung war in drei Abschnitte unterteilt: Die bayerisch-italienischen Verbindungen von der Antike bis ins frühe 19. Jahrhundert wurden im Benediktinerkloster St. Mang in Füssen nahe Schloss Neuschwanstein unter dem Motto „Kaiser, Kult und Casanova“ gezeigt. „Das besonders Beeindruckende war hier die Verbindung zwischen moderner Ausstellung und historischem Gebäude“, bilanzierte Projektleiter Rainhard Riepertinger. Im Augsburger Maximilianmuseum wurde „Das Welsche und das Deutsche“ in der Kunst des 15. und 16. Jahrhunderts präsentiert, im

Staatlichen Textil- und Industriemuseum (tim) die Geschichte bis in die Gegenwart.

Gelungenes Wagnis

Die Aufteilung auf drei Standorte war in gewisser Weise ein Wagnis“, hob HdBG-Chef Loibl hervor. Schließlich lägen Augsburg und Füssen rund 100 Kilometer auseinander. Mehr als die Hälfte der Besucher hätte jedoch ein sog. Kombi-Ticket gekauft, das für die Ausstellungen in Augsburg und dem Allgäu galt. „Viele haben wirklich alle drei Ausstellungen gesehen“, betonte Loibl.

Wie attraktiv die Bayerischen Landesausstellungen für die Kommunen in kulturtouristischer Hinsicht sind, zeigt der

ten Klein (FDP) zog das Resümee, die damalige Staatsregierung habe die Expansion der BayernLB entgegen deren öffentlichem Auftrag vorangetrieben. Kreuzers Stellvertreter Harald Güller (SPD) sah den Verdacht nicht ausgeräumt, dass Warnhinweise von Prüfern vor dem Kauf nicht beachtet wurden. Sepp Dürr (Grüne) meinte, das HGAA-Geschäft mit rund 3,7 Mrd. Euro Verlust für den Freistaat sei zumindest fahrlässig und unter Druck abgeschlossen worden. Der Chef der kroatischen Nationalbank sei als Zeuge zu laden. Auch Bernhard Pohl (Freie Wähler) zeigte sich nach der Sitzung vor der Presse skeptisch.

Zwei Rechtsgutachten

Ob und inwieweit Mitglieder des Verwaltungsrates straf- und zivilrechtlich wegen Untreue und Schadenersatz zur Rechenschaft gezogen werden können, prüft die parallel zum Untersuchungsausschuss arbeitende BayernLB-Kontrollkommission an Hand zweier umfangreicher Rechtsgutachten. Das eine mit 300 Seiten wurde vom Bankvorstand in Auftrag gegeben, das andere mit 1.300 Seiten vom Landtag. Es wurde dem Finanzminister zur vergleichenden Prüfung übergeben, wie Vorsitzender Ernst Weidenbusch (CSU) nach nicht öffentlicher Sitzung mitteilte. Das Finanzministerium müsse nun rasch entscheiden wie es mit den Ergebnissen der Gutachten umgehe. Die Opposition und auch die FDP sehen die Vermutung bestätigt, an Klagen gegen Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder gehe kein Weg vorbei. Vor allem komme es jetzt darauf an, keine Fristen zu versäumen. Die Verjährung droht laut Finanzministerium nach übereinstimmender Ansicht beider Gutachter zum 31.12.2010. **rm**

Wettbewerb zur Ermittlung des Standortes der Bayerischen Landesausstellung 2016 „Bier in Bayern“. Bis zum Ende der Frist am 15. September sind 13 Bewerber ins Rennen gegangen. Eine Jury wird im November darüber beraten, welche Stadt oder Gemeinde den Zuschlag bekommt.

Unterdessen laufen die Vorbereitungen für die nächste Landesausstellung „Götterdämmerung. König Ludwig II.“ bereits auf Hochtouren. Anlässlich des 125. Todestages wagt das Haus der Bayerischen Geschichte im Neuen Schloss Herrenchiemsee einen neuen Blick auf den bayerischen „Kini“: Wie Ludwig König wurde, Krieg führen musste, als Märchenkönig im Industriezeitalter herrschte und ein Mythos wurde. Die Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Schlossverwaltung und dem Landkreis Rosenheim wird im Neuen Schloss Herrenchiemsee vom 14. Mai bis 16. Oktober 2011 zu sehen sein. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Dworzak
85540 Haar
am 31.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Franz-Xaver Uhl
91781 Weißenburg
am 4.11.

Bürgermeister Franz Piendl
93486 Runding
am 5.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Seißler
86669 Königsmoos
am 4.11.

Bürgermeister Bert Horn
95138 Bad Steben
am 28.10.

Bürgermeister Jürgen Schweikart
87648 Aitrang
am 30.10.

Bürgermeister Bernd Hofmann
95707 Thiersheim
am 30.10.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. □

Bayerischer Städtetagsvorsitzender Hans Schaidinger:

Mehr Unterstützung für kommunale Schulen

Die Zuschüsse des Freistaats Bayern für die Kosten von Lehrpersonal an kommunalen Schulen müssen laut des Bayerischen Städtetags dringend erhöht werden. Die aktuelle Diskussion um ein neues Schulfinanzierungsgesetz rückt diese dauerhafte Forderung des Städtetags nun wieder ins Bewusstsein.

Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, kritisierte: „Die staatlichen Zuschüsse fallen nicht nur viel zu gering aus, sondern das gesamte Bezuschussungssystem hat einen gravierenden Webfehler. Das Gesetz legt bei der Bezuschussung nicht die wahren Kosten zugrunde, sondern Pauschalwerte, die keinen Bezug zur Realität in der Praxis der Schulen haben.“ So betrage der Zuschussatz für kommunale Gymnasien, Realschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs (Abendgymnasien und Abendrealschulen) nominell 61 Prozent. Tatsächlich decke er jedoch oft nicht einmal 50 Prozent der echten Lehrpersonalkosten ab.

Gebot der Vernunft

Schaidinger: „Es ist schon absurd, dass große Städte wie zum Beispiel München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Würzburg, Fürth, Erlangen, Bamberg, Bayreuth und Schweinfurt mit ihren Schulen dem Freistaat Aufgaben im Schulwesen abnehmen, aber dafür finanziell im Stich gelassen werden. Insgesamt entlasten die Städte mit ihren öffentlichen Schulen den Staat Jahr für Jahr um geschätzte 300 Millionen Euro. Gäbe es keine kommunalen Schulen, müsste der Staat diesen Betrag allein schultern. Es wäre deshalb nicht nur ein bildungspolitisches, sondern auch ein ökonomisches Gebot der Vernunft, dass die Städte durch höhere Zuschüsse ihre kommunalen Schulen erhalten können.“

Konnexitätsausgleich

Der im Gesetzentwurf vorgesehene Konnexitätsausgleich für das achtjährige Gymnasium (G 8) sei unbefriedigend. Schaidinger: „Konnexität - im Sinn von, wer anschafft, muss auch bezahlen - bedeutet Ersatz der Vollkosten. Das muss ein tatsächlicher Ausgleich sein, der den Namen Ausgleich auch verdient.“ Der Staat legt bei seinem Konnexitätsausgleich für das G 8 jedoch nicht die tatsächlichen Kosten zugrunde, sondern setzt realitätsfremde Pauschalen fest. Die Städte haben aus diesem Grund in der letzten Legislaturperiode ihren Dissens zum vorausgehen-

den Gesetzentwurf erklärt. Schaidinger: „Es ist schon absurd, wenn der neue Gesetzentwurf des Kultusministerium nun weitgehend genau wieder die gleichen Mängel bei der Konnexität enthält wie der alte Gesetzentwurf.“

Unbefriedigende Situation

Schon die jetzige Situation ist aus Sicht der Städte höchst unbefriedigend, sagte Schaidinger: „Weit über 100 Anträge auf die Verstaatlichung kommunaler Schulen belegen, wie der Freistaat das kommunale Schulwesen finanziell an die Wand gefahren hat. Da der Staat nicht einmal diese Anträge genehmigt, müssen Städte zu anderen Sparmaßnahmen greifen. Dies führt etwa dazu, dass der Zugang zu Eingangsklassen an städtischen Gymnasien vielfach nur noch beschränkt möglich ist.“

Der Freistaat stellt das kommunale Schulwesen bei der Bezuschussung wesentlich schlechter als das Privatschulwesen. So erhalten Private Träger staatlich anerkannter Gymnasien, Real-

schulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs im Gegensatz zu den Kommunen einen Zuschuss von (nominell) 112 Prozent, das ist doppelt so viel wie bei kommunalen Schulen. Zudem ersetzt der Staat bei diesen Schulen das Schulgeld bis zum Betrag von 75 Euro je Unterrichtsmonat. Kürzlich wurde in der Presse sogar berichtet, dass die Koalitionsparteien CSU und FDP den Schulgeldersatz für die privaten Schulen von 75 Euro auf 100 Euro je Schüler anheben wollen.

Höherer Zuschuss

Schaidinger: „Vor diesem Hintergrund ist ein Gesetzentwurf, der dem kommunalen und damit öffentlichen Schulwesen unterm Strich ab dem Jahr 2012 Einbußen bringt, eine Zumutung.“ Dabei haben FDP und CSU im Koalitionsvertrag angekündigt, eine Erhöhung der Förderung für die kommunalen Schulen anzustreben. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bayerischem Städtetag und Kultusministerium wurde herausgearbeitet, dass die Bemessungsgrundlagen für den Lehrpersonalszuschuss der Realität nicht entsprechen. Daher wäre nicht nur für den spezifischen Mehraufwand beim acht-



Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Beginn des neuen Schuljahres 2010/2011 gibt es in Bayern eine bedeutsame pädagogische Neuerung. Die bisherigen Hauptschulen können sich zu Mittelschulen weiter entwickeln. Rund zwei Drittel der bisher 963 Hauptschulen in Bayern haben für sich allein oder in Schulverbünden den Status der Mittelschule erreicht.

Die Mittelschulen unterbreiten ihren Schülerinnen und Schülern ein umfassendes, qualifiziertes Bildungsangebot. Dazu gehören u. a. mehrere Bildungsabschlüsse, darunter auch der mittlere Bildungsabschluss. Die Mittelschule bietet die drei berufsorientierenden



Mittelschüler zukünftig noch besser für ihre Suche nach Ausbildungsplätzen und Arbeitsstellen vorbereitet und für die Bewältigung der wachsenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen fit gemacht werden.

Durch die Schulverbünde können auch möglichst viele kleinere Schulstandorte, die durch die demographische Entwicklung und ein verändertes Übertrittsverhalten gefährdet sind, erhalten werden.

Ein Drittel der bisherigen 963 Hauptschulen war einzügig und damit auf Dauer wohl nur schwerlich in der Lage, die gestiegenen Bildungsanforderungen vollständig zu erfüllen. Die Weiterentwicklung der Hauptschule ist deshalb unbedingt erforderlich, damit die Schüler sich den steigenden Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich stellen können.

Die Mittelschule ist eine sehr gute Chance für ihre Schülerinnen und Schüler, aber auch für den Erhalt möglichst vieler Schulstandorte. Wer die Mittelschulen schon beim Start schlecht redet, verstündigt sich an der Zukunft eines wichtigen Teiles der jungen Generation. Die Mittelschulen haben eine faire Chance verdient und sie werden diese Chance umso besser nutzen können, je stärker sie von allen Beteiligten unterstützt werden.

Chance Mittelschule

Zweige Wirtschaft, Technik und Soziales sowie einen hohen Praxisbezug. Die Schülerinnen und Schüler können ihre Kernkompetenzen gerade in Deutsch, Englisch und Mathematik stärken. Besonders wichtig ist auch eine enge Kooperation mit der regionalen Wirtschaft, einer Berufsschule oder der Agentur für Arbeit. Die Mittelschule muss auch Ganztagsangebote in gebundener oder in offener Form vorhalten.

Durch die verstärkte Berufsorientierung und die erweiterte individuelle Förderung sollen die

Ihr Gerhard Weber

16 Oberbürgermeister fordern Unterstützung:

Nachhaltige Politik in Kommunen

Initiative der Oberbürgermeister wird unterstützt und begleitet vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Die Oberbürgermeister 16 deutscher Städte haben jüngst in Berlin strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen vorgelegt. Vertreten durch die Oberbürgermeister Werner Spec (Ludwigsburg), Burkhard Jung (Leipzig) und Dieter Salomon (Freiburg), forderten sie von der Bundes- und Landespolitik mehr Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Finanz-, Wirtschafts- und Klimapolitik. Sie luden alle Verantwortlichen in den Kommunen, in den Ländern und beim Bund ein, ihre Eckpunkte zu unterstützen.

Die Oberbürgermeister, unter anderem auch drei aus Bayern, kommen aus Städten, die deutschlandweit führend bei kommunaler Nachhaltigkeitspolitik sind. Sie haben vereinbart, was sie für eine nachhaltige Entwicklung in ihren Städten und darüber hinaus tun wollen. Sie machten auch deutlich, dass nachhaltige Politik vor Ort nicht ohne bessere Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene möglich ist. Die Oberbürger-

meister appellierten deshalb an die Bundesregierung, die Schieflage im Gemeindefinanzierungssystem zu korrigieren: Neue Aufgaben sollen nur an die Kommunen übertragen werden, wenn zuvor eine einvernehmliche Finanzierungslösung gefunden wurde.

Zudem mahnten sie die Beseitigung von Hindernissen für kommunalen Klimaschutz und von Barrieren für eine nachhaltigere Wirtschaft in ihren Städten an.

jährigen Gymnasium, sondern generell für alle kommunalen Schulen ein höherer Zuschuss geboten. □

ment und die Kreativität aus den Kommunen sind unverzichtbar, wenn Deutschland die Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung erreichen will“, sagte Repnik. Die Kommunen seien der Ort, an dem die Menschen den notwendigen Umbau der Energieversorgung, des Verkehrssektors und der Rohstoffwirtschaft unmittelbar erleben. „Hier leben die Menschen, und hier müssen wir sie für eine nachhaltige Lebensweise gewinnen“, so Repnik.

Die strategischen Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen wurden erarbeitet und verabschiedet von den

drei teilnehmenden bayerischen Oberbürgermeistern Dr. Kurt Gribl (Augsburg), Christian Ude (München) und Dr. Ulrich Maly (Nürnberg). Desweiteren beteiligten sich: Andreas Bausewein, Erfurt, Andreas Brand, Friedrichshafen, Horst Frank, Konstanz, Hans-Joachim Grote, Nordstedt, Burkhard Jung, Leipzig, Ulrich Mädge, Lüneburg, Jürgen Nimptsch, Bonn, Boris Palmer, Tübingen, Dr. Daniel Rapp, Ravensburg, Dr. Dieter Salomon, Freiburg, Werner Spec, Ludwigsburg, Hermann Vogler, Ravensburg (bis 2010), Stephan Weil, Hannover und Dr. Eckart Würzner, Heidelberg. □

Bayerische Städte für Olympia

Der Bayerische Städtetag unterstützt die Bewerbung von München, Garmisch-Partenkirchen und Schönau am Königssee um die Olympischen und Paralympischen Spiele. „Die Olympia-Bewerbung ist nicht nur für diese drei Kommunen wichtig, sondern entfaltet ihre Strahlkraft letztlich auf alle bayerischen Städte und Gemeinden“, sagte der Vorsitzende des Sportausschusses des Bayerischen Städtetags, Neu-Ulm Oberbürgermeister Gerold Noerenberg.

Die bayerischen Städte und Gemeinden wollen die Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele unterstützen, denn dies sei auch ein Zeichen für das Zusammenwirken der Kommunen, der Landespolitik und der Bundespolitik. „Wir können zeigen, dass Sport und Umweltschutz vereinbar sind und dafür ein wertvolles Zeichen setzen“, sagte Reiner Knäusel, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags. Außerdem sei das Projekt „das beste Konjunkturprogramm, das wir uns denken können.“ □



Erste Projekte zur Landesausstellung 2011

Knapp hundert Schülerinnen und Schüler haben sich jüngst auf Initiative des Hauses der Bayerischen Geschichte und der „Stiftung Zuhören“ mit Medieneaches getroffen, um für die geplante Audioguide-Produktion zur Bayerischen Landesausstellung 2011 erste Eindrücke und Anregungen zu sammeln und Expertenrat einzuholen. Gastgeber war die Bayerische Schlösserverwaltung, die zum Projektstart nach Herrenchiemsee eingeladen hatte. □



Bayerische Landessiedlung®

Energie und Kommunale Entwicklung

Erneuerbare Energien als Standortvorteil

Informationen:
www.bls-bayern.de



Straßenbeleuchtung
 Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden



Solarenergie
 Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen



Baulandentwicklung
 Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
 Franziskanerstraße 14
 81669 München
 Tel. (0 89) 23 87-0
 info@bls-bayern.de
 www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Fachtagung in Nürnberg:

Kommunales Krankenhausmanagement

Von der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Dienstleistung?

In der deutschen Krankenhauslandschaft werden immer mehr kommunale Krankenhäuser durch private Träger übernommen. Das Statistische Bundesamt zählte für 2009 erstmals 663 Kliniken in privater und 649 in öffentlicher Trägerschaft. Die Fachtagung „Kommunales Krankenhausmanagement“ des Forum MedTech Pharma e.V. widmete sich im Rahmen der bayerischen Cluster-Aktivitäten der Frage, wie kommunale Krankenhäuser langfristige, tragfähige Strukturen schaffen können, um in der heutigen und zukünftigen Krankenhauslandschaft zu bestehen.

Dr. Udo Janßen vom Deutschen Krankenhausinstitut e.V. zeigte auf der Tagung am 13.10.2010, dass nicht alleine die alternde Bevölkerung eine Herausforderung für das Krankenhauswesen darstellt, sondern auch die Versorgungsdichte. Be-

völkerungsalterung konzentriert sich in schrumpfenden Regionen, gerade hier benötigen alte Menschen aber angemessene gesundheitliche Dienstleistungen. Aufgrund des Fachkräftemangels ist schon heute in diesen Gebieten eine flächendeckende Versor-

gung nicht mehr sichergestellt. Würde hier das nächste Krankenhaus der Grundversorgung schließen, wäre die Verschlechterung der Erreichbarkeit kaum mehr zu verantworten.

Maximale Versorgungsstufe

Für Dr. Alfred Estelmann vom kommunal geführten Klinikum Nürnberg, einem Krankenhaus der maximalen Versorgungsstufe, bedeutet öffentliche Daseinsvorsorge auch, Menschen ohne Krankenversicherung oder mit „finanziell unattraktiven Krankheitsbildern“ zu versorgen. Dazu gehören auch Einrichtungen und Personal für Notfälle und die Ausbildung von Fachkräften über den eigenen Bedarf hinaus.

Erfolg nicht nur Ausschüttung von Gewinn

Obwohl diese Faktoren zu defizitären Leistungsergebnissen führen, sieht Estelmann keinen

Kabinettagte in Deggendorf:

„Bayern unterstützt die Region nach Kräften“

Das Bayerische Kabinett hat jüngst erstmals im niederbayerischen Deggendorf getagt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Zukunftsperspektiven des Regierungsbezirks. Ministerpräsident Horst Seehofer und Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch: „Der Blick auf die ökonomischen, sozialen und strukturellen Rahmendaten zeigt: Niederbayern steht ganz oben: Niederbayern ist leistungsstark, innovativ und lebenswert.“

Mit aktuell 3,5 Prozent hat Niederbayern derzeit beispielsweise die niedrigste Arbeitslosigkeit aller Regierungsbezirke in Bayern und damit auch in Deutschland. Seehofer: „Diese gute Bilanz ist zu allererst Verdienst der leistungsfähigen Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger.“ Die Staatsregierung investiert nach den Worten Seehofers ihrerseits kräftig in die Region. Als Beispiele nannte er unter anderem den laufenden Ausbau des Kompetenzzentrums für Nachwachsen-

Widerspruch zwischen Daseinsvorsorge und wirtschaftlichem Erfolg. Allerdings dürfe der Erfolg nicht nur auf die Ausschüttung von Gewinnen fokussiert werden, so Estelmann.

Synergien in der regionalen Abdeckung

Beispiele erfolgreich geführter Zusammenschlüsse veranschaulichten unter anderem Andreas Ruland von den Kliniken Oberallgäu und Dr. Thomas Bahr von der UGOM GmbH aus Amberg. Synergien in der regionalen medizinischen Vollversorgung müssen geschaffen werden, damit nicht mit Krankheiten, sondern mit Gesundheit Geld verdient wird, so Bahr.

Unternehmerische Führung

Ministerialrat Horst Seifert vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit unterstrich in seinem Vortrag, dass kommunale Krankenhäuser durchaus konkurrenzfähig sind, wenn sie auf eine zeitgemäße unternehmerische Führung setzen und Kostenvorteile durch Kooperationen mit anderen Häusern nutzen: „Für kommunale Krankenhausträger gilt nach wie vor der Sicherungsauftrag. Die Gesundheitsversorgung ist wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und damit



Ministerialrat Horst Seifert vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit referierte auf der Tagung. □

des Kernbereichs kommunaler Aufgaben. Ein Rückzug aus diesem Sektor würde die Frage nach der Rechtfertigung kommunaler Selbstverwaltung aufwerfen.“

Nachhaltige Konzepte

Laut Statistischem Bundesamt sind rund die Hälfte der 503 000 deutschen Krankenhausbetten in öffentlicher Hand. Öffentliche Krankenhäuser sind also weiterhin größer als die privaten und müssen in der Zukunft zeigen, dass es nachhaltige Konzepte gibt, die eine flächendeckende Versorgung mit entsprechender medizinischer Qualität in Deutschland möglich machen.

Cluster Medizintechnik

Im Rahmen des bayerischen Clusters Medizintechnik wurde die Veranstaltung „Kommunales Krankenhausmanagement“ als Schwerpunktthema aufgegriffen. Weitere Informationen unter: www.medtech-pharma.de □

Gut Geplant...

(Fortsetzung von Seite 1)

fristige Einflussfaktoren gewinnen eine zunehmende Dominanz. Es gelte, frühzeitig eine Grundlinie (Strategie) mit Zwischenzielen zu entwickeln. Auch müssten zu erwartende „Störfälle“, Hemmnisse und Barrieren berücksichtigt und Fall-Back-Positionen („Was tun, wenn...?“) entwickelt werden.

Jung wies zudem auf die „Gefahr des Wiederaufwärmens nicht mehr anwendbarer Konzepte und die Unterschätzung des Zeitbedarfs für Detailplanungen und Teambildung hin. Auch sei eine rechtzeitige Identifikation nachhaltiger, noch am Wahltag wichtiger Themen, vonnöten. Die Kandidatenfindung und Nominierung sei Teil der Gesamtstrategie. Stammwähler müssten frühzeitig angesprochen und mobilisiert werden. Es gelte, eine Briefwahlstrategie zu entwickeln und die Schlussmobilisierung sorgfältig zu planen. Schließlich entscheidet Jung zufolge „jeder zweite zur Wahlteilnahme entschlossene Wähler sich erst in den letzten Wochen vor der Wahl oder sogar am Wahltag“.

Frühzeitiger Auftakt

Da, wie ein deutsches Sprichwort sagt, vor dem Gewinnen stets das Beginnen steht, müsse der Wahlkampf-Auftakt frühzeitig erfolgen. In der Herausforderer-Rolle seien 15 bis 18 Monate vor der Wahl empfehlenswert und auch ohne neuen Kandidaten etwa ein Jahr vorher. Das Pferd sollte dabei nicht von hinten aufgezäumt werden. Zuerst müsse eine sorgfältige Analyse und ehrliche Bilanz der letzten Wahl erfolgen, um danach die Planung und Strategieentwicklung vorzunehmen. Programm und Kandidatennominierung sollten möglichst an den Schluss gesetzt werden.

Die Analyse der letzten Wahl und der seither eingetretenen Veränderungen ist Jung zufolge differenziert nach Bezirken und Briefwahl vorzunehmen. Eventuelle Erfolgs- oder Misserfolgskriterien, die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Veränderungen seit der Kommunalwahl 2008 sowie ein Strategie-Workshop mit dem Ziel, einen Konsens über Strategie, Aktionsplan und gegebenenfalls Kandidatenprofil zu finden, sollten auf der Agenda stehen.

Wie der „richtige Kandidat“ auszusehen hat, darüber berichtete Stefanie Nytsch, Inhaberin der Ottobrunner Werbeagentur Commosso. „Begabt, beliebt, bekannt, bereit“ seien Erfolg versprechende Attribute, so Nytsch. Kompetenz und Persönlichkeit gehörten zu einem guten Kandidaten. Jeder einzelne Kandidat

müsse sich in der Kommunikation nach außen wieder finden. Es gelte, Authentizität zu wahren und zu vermitteln, dass man für eine Sache mit Überzeugung eintritt.

Effektives Coaching

Am Beispiel des Ersten Bürgermeisters von Ottobrunn, Thomas Loderer (CSU), zeigte die Werbestrategie auf, wie effektives Coaching zum Erfolg führt. Nytschs Agentur hatte den jungen Kandidaten in den Jahren 2006 und 2007 im Wahlkampf begleitet. Mit Erfolg: In einer Stichwahl setzte sich Loderer im März 2007 gegen seinen SPD-Kontrahenten überzeugend durch.

Wie man in der Praxis den richtigen Wahlkampf führt, verdeutlichte Garchings Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor. Sie plädierte dafür, Themen mit örtlichen Politikern nicht nur anzudiskutieren, sondern „sauber abzuarbeiten“. Sich beim Bürger durch anhaltende Präsenz bekannt zu machen, sei ein wichtiges Kriterium für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Florian Kopp, Referent für Marketing und Kommunikation in der CSU-Landesleitung, befasste sich zum Abschluss der Tagung mit dem „richtigen Ansprechpartner“. Ebenso wie CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt beobachtet er den Trend, dass die Bürger immer weniger an Wahlveranstaltungen teilnehmen, sondern sich eher der elektronischen Medien bedienen. Die CSU trage dieser Entwicklung mit einer Vielzahl von Angeboten Rechnung. **DK**

Wahlrecht...

(Fortsetzung von Seite 1) abzusenden. Außerdem sollte im Gesetz klargestellt werden, dass der Faktor 4,5 plus x bei Gastkindverhältnissen von der jeweiligen Aufenthaltsgemeinde entsprechend mit zu finanzieren ist.

Örtlichkeitsprinzip

Darüber hinaus müsse vor dem Hintergrund der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen grundsätzlich über die finanzielle Ausstattung von sog. Integrationskindergärten neu nachgedacht werden. Auch bereite das Wunschrecht der Eltern, die sich einen Kita-Platz ihrer Wahl aussuchen dürfen, insbesondere den kleinen Gemeinden große Sorgen. Hier müsse dem Örtlichkeitsprinzip mehr Geltung verschafft werden. Andernfalls laufe die Gastkinderregelung im BayKiBiG ins Leere, so das Gemeindetags-Präsidium. **DK**

(Fortsetzung von Seite 1) Kraftfahrzeugsteuer von 51 auf 55 Prozent erhöht, die Baufördermittel für Schulen und Kindergärten sowie die Investitionsfördermittel für Krankenhäuser auf dem jetzigen Niveau hält. „Wenn der Bund uns neue Aufgaben auflädt“, so Kreidl, „dann muss er uns auch das Geld dazu liefern, sonst kommen wir nicht mehr über die Runden.“ Schon jetzt müssten etliche Landkreise ihre Pflichtaufgaben über Kredite finanzieren oder sich noch stärker verschulden.

Abhängigkeit unerwünscht

Wie Kreidl am Ende der Konferenz darlegte, will sich der Landkreistag massiv gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer wenden, die wiederholt auf Bundesebene gefordert wird. Die als Ausgleich versprochene stärkere Beteiligung an der Einkommenssteuer machte den Präsidenten nicht glücklich: „Wir würden noch stärker von der Bundesgesetzgebung abhängig, aber das wollen wir nicht.“

Wohin die Geldnot führt, das brachte in der Abschlusspresskonferenz Landrat Franz Xaver Uhl auf den Punkt: „Uns fehlen

7,5 Millionen Euro. Wir sind nicht überlebensfähig, wenn wir nicht höhere Schlüsselzuweisungen bekommen.“

Ost-West-Gefälle

Er kritisierte, dass der Bund zwar bei der Anfangsfinanzierung hilft, dann aber seine Leistungen auf Null herunterfährt. Freilich sind nicht alle bayerischen Landkreise so übel dran wie Weißenburg-Gunzenhausen, das gemessen an der Steuerkraft auf Platz 64 (von 71) liegt und in der Umlagekraft den 69. Platz einnimmt. Das Steueraufkommen im Freistaat kenne ein Ost-West-Gefälle, der Landkreis München ist die Nummer 1 beim Steueraufkommen, der Kreis Freyung im Bayerischen Wald die Nummer 71.

„Teufische“ Verwaltungsreform

„Nicht entscheidend vorangekommen“ sei der Freistaat bei der Verwaltungsreform. Wie es die Baden-Württemberger gemacht haben, das erzählten der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel und Helmut M. Jahn, der Landrat des Hohenlohe-Kreises,

rungen und dem Strukturwandel in einzelnen Branchen wie der Glasindustrie konfrontiert sind.

Den Menschen in Niederbayern kommen Initiativen und Maßnahmen der Staatsregierung in den verschiedensten Politikfeldern zugute:

►Die Modell-Region Elektromobilität Bayerischer Wald „E-WALD“ wird als dritte bayerische Modellregion neben Bad Neustadt a. d. Saale und Garmisch-Partenkirchen für das Zukunftsthema Elektromobilität ausgewählt und unterstützt.

►Die Hochschule Deggendorf hat seit ihrer Gründung eine herausragende Entwicklung genommen. Bayern wird deshalb alles dafür tun, dass die Fachhochschule in Deggendorf mit der Errich-

den bayerischen Landräten. Dort wurden 350 behördliche Stellen abgeschafft und in die (allerdings größeren) Landkreise integriert. Das führte zu einem effizienterem Verwaltungshandeln und bei den Antragsverfahren zu kürzeren Laufzeiten.

Mehr Subsidiarität oder Zentralität?

„Wir können die Reform des Nachbarlandes nicht 1:1 umsetzen, aber Punkt für Punkt macht es Sinn“, sagte Kreidl, der dazu eine Sondersitzung des Landkreistags abhalten will, um die Ergebnisse dann dem Ministerpräsidenten vorzulegen. Für Vizepräsidenten Herbert Eckstein aus Roth stellt sich die Frage: „Wollen wir mehr Subsidiarität oder mehr Zentralität.“ Der Ex-Ministerpräsident aus Stuttgart, dem eher der Ruf eines biederen Manne vorausgeht, hat die bayerischen Landräte offenbar schwer beeindruckt. Jedenfalls schwärmte Kreidl von der „charismatischen Persönlichkeit“ Teufels und auch Herbert Eckstein war überrascht von der Wirkung, die der Gast auf die bayerischen Politiker hatte.

Werner Falk

tung eines neuen Forschungsbaus einen nächsten großen Entwicklungsschritt im kommenden Jahrzehnt gehen kann. Die Staatsregierung unterstützt den Antrag der Hochschule für ein neues interdisziplinäres Kompetenzzentrum nachdrücklich.

►Mit kräftiger Anschubfinanzierung Bayerns entstehen derzeit in Anbindung an die Hochschule Deggendorf wichtige Technologiezentren in Teisnach und Freyung, um neue gut bezahlte Arbeitsplätze im Bayerischen Wald zu schaffen. Ein weiteres erfolgversprechendes Technologietransferzentrum speziell für die Glasbranche soll in Spiegellau entstehen.

►Die gezielte Regionalförderung hat in Niederbayern einen wichtigen Anteil an der guten Wirtschafts- und Beschäftigungsbilanz. Auf europäischer Ebene geht nun der Kampf um die Zukunft der Regionalförderung in die heiße Phase. Bayern wird dafür massiv in Berlin und Brüssel Druck machen, dass auch in der nächsten Förderperiode ab 2013 ausreichend Mittel und Möglichkeiten für eine gezielte Wirtschafts- und Strukturförderung in Niederbayern zur Verfügung stehen.

►Vor allem der Tourismus ist einer der starken Motoren der niederbayerischen Wirtschaft. Dieser wird derzeit auch durch die verringerten Mehrwertsteuersätze für Hotelübernachtungen gestärkt. Bayern wird sich deshalb allen Forderungen widersetzen, diese wichtige tourismus- und strukturpolitische Maßnahme wieder in Frage zu stellen.

►Bayern macht sich weiterhin stark für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in der Region. Dabei geht es im Straßenverkehr um die Nord-Süd-Verbindung zwischen Regensburg, Landshut und Rosenheim durch die neue zweibahnige B 15 und um den niederbayerischen Abschnitt der A 94 zwischen Simbach und Pocking. Sie verbindet die Autobahnen A 8, A 92, A 93 und A 94. Gerade in Niederbayern ist auch die Ergänzung des Autobahnnetzes durch leistungsfähige Bundes- und Staatsstraßen von besonderer Bedeutung, da Landkreise wie Freyung-Grafenau und Regen nicht direkt an das Autobahnnetz angebunden sind. Im Schienenverkehr setzt die Staatsregierung insbesondere auf weitere Verbesserungen der Verbindung von Passau nach München. □

Bauindustrieverband-Hauptgeschäftsführer Gerhard Hess:

Strategien für die Zentrale Europas

Das Schienennetz in Bayern als Ganzes auf ein neues Angebotsniveau heben!

„Damit Bayern und seine Landeshauptstadt München ihren Anspruch, Zentrale Europas vor den Alpen zu sein, erfüllen können, muss die Schienenverkehrs-Infrastruktur ausgebaut werden. Das Schienennetz muss auf ein völlig neues Angebotsniveau gehoben werden“, forderte Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. anlässlich des jüngsten TEN-Schienenverkehrssymposiums unter dem Motto „München 2020 – Den Knoten lösen!“ im Oskar von Miller-Forum in München. „Diese Vision müssen wir als Gesamtkonzept konsequent verfolgen!“

So ist gerade aus dem Blickwinkel Münchens als zentraler Mittelpunkt nördlich des Alpenhauptkamms keine adäquate Anbindung an den Nord-Osten Europas vorhanden. Die Erweiterung der EU, die politisch längst vollzogen ist, spiegelt sich in der Verkehrsanbindung nicht wider. „Um in die osteuropäischen Länder hinein eine gute Netzwerke zu erzielen, muss noch viel gebaut werden. Die Schiene als Ver-

kehrsträger sollte hier von Anfang an mit einbezogen werden.“

Hochgeschwindigkeitslinien

Konkret auf Bayern bezogen

müssten neben leistungsfähigen Hochgeschwindigkeitslinien bestehende Verbindungen aufgewertet und alle ländlichen Regionen flächendeckend an das Netz angebunden werden. „Hier spricht der Bayerische Bauindustrieverband von einem Dreiebenen-Modell: Ein Hochgeschwindigkeitsnetz mit einer Zielgeschwindigkeit 300 km/h, ein Regionalnetz mit einer Zielgeschwindigkeit 180 km/h und Nahverkehr mit einer Zielgeschwindigkeit von 120 km/h“, erläutert Hess.

Hess: „Mobilität – für Menschen und Güter – hat eine hohe Bedeutung für unsere Gesellschaft. Durch klug konzipierte und sinnvoll verknüpfte Schienennetze können wir die zunehmenden Verkehrsprobleme lösen und eine intelligente Mobilität ermöglichen – vor allem auch zugunsten der Umwelt.“ So sei es eine wichtige Aufgabe, wieder ein Bewusstsein für die Bedeutung des Bauens zu schaffen. „Verkehrsinfrastrukturprojekte kosten Geld, aber sie sind es auch wert. Sie schaffen sogar weit mehr Wert, als sie kosten – über Generationen hinweg.“

Wissenschaftszentrum

Um die Bedeutung von Ingenieurleistung und Bauen – gerade aus dem Wissenschaftsraum heraus – zu unterstreichen und die Stimmkraft zu erhöhen, plädiert Hess für die Einrichtung eines eigenen Wissenschaftszentrums



Beim Symposium (v. l.): Markus Ferber, MdEP in Brüssel, Vorsitzender der CSU-Europagruppe, Dipl.-Ing. Sven Andersen (ehemaliger Bahn-Ingenieur aus Düsseldorf), Karl Fischer, Geschäftsführer Logistik Kompetenz Zentrum in Prien, Dipl.-Ing. Albert Scheller, DB ProjektBau GmbH, Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern, Deutsche Bahn AG und Senator E.h. Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes e.V. Bild: Bauindustrieverband

trums Verkehrsinfrastruktur an der TU München: „Wir müssen den Nutzen der Ingenieurleistung besser herausstellen. Denn

Bauen schafft reale Werte, bleibende Werte, die Fundamente sind für Wohlstand und Wachstum einer Gesellschaft.“ □

Ansiedlungspolitik:

Invest in Bavaria

Neues Zertifikat der Hochschule München „Strategische Wirtschaftsförderung und regionale Entwicklung“.

Die Fakultät für Betriebswirtschaft der Hochschule München bietet ab dem Wintersemester 2010/2011 das Weiterbildungszertifikat „Strategische Wirtschaftsförderung und regionale Entwicklung“ an. Anlässlich der Auftaktveranstaltung zeigte sich Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil erfreut über die Initiative, einen Studiengang mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsförderung aufzustellen: „Im internationalen Wettbewerb um Unternehmen ist es enorm hilfreich, auf ein Aus- und Fortbildungsangebot wie das der Hochschule München zurückgreifen zu können. Denn nur gut geschulte Wirtschaftsförderer können interessierte Unternehmen gezielt unterstützen und auf deren Bedürfnisse in den Regionen eingehen.“

Grundlagen der Wirtschaftsförderung

Invest in Bavaria, die Ansiedlungsagentur des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hat das Weiterbildungsangebot zusammen mit der Hochschule München initiiert und in Kooperation mit den Wirtschaftsfördergesellschaften der Landkreise Starnberg und Miesbach konzipiert. Das Zertifikat bietet einen umfangreichen Überblick über die Grundlagen der Wirtschaftsförderung, Betriebs- und Volkswirtschaft sowie rechtlich-politische und wirtschaftsgeographische Bereiche. Darüber hinaus werden auch methodische und soziale Kompetenzen vermittelt. Es besteht aus Pflichtmodulen und frei wählbaren Einheiten. Die Module können im Anschluss auf den berufsbegleitenden Masterstudiengang „Strategische Wirtschaftsförderung und regionale Entwicklung“ angerechnet werden. Dieser Studiengang startet voraussichtlich im Wintersemester 2011 an der Fakultät für Betriebswirtschaft.

Das neue, modulare Weiterbildungsangebot richtet sich an Wirtschaftsförderer und Hochschulabsolventen verschiedener Studiengänge wie zum Beispiel BWL, Jura oder Politikwissenschaften. Ebenso werden Regionalmanager, Verantwortliche im Stadtmarketing sowie Berufserfahrene aus Wirtschaft und Verwaltung angesprochen.

Weitere Informationen: w3bw-n.hm.edu/studienangebote/weiterbildung □



Neu in der Familie: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Jetzt neu von E.ON Bayern: die E.ON EnergieSpar-Sanierung. Wir übernehmen die energetische Sanierung Ihres Hauses und bieten Ihnen ein „Rundum-sorglos-Paket“ aus Analyse, Konzept, Fördermittelcheck, Ausschreibung, Bau- und Qualitätsüberwachung.

Alles aus einer Hand!

Komplett und kompetent für Sie realisiert von Ihrem persönlichen E.ON EnergieSpar-Berater.

Wir informieren Sie gerne: T 0180 - 2 15 14 15* oder www.eon-bayern.com/sanierung

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.



Machen Sie jetzt den kostenlosen Kurz-Check im Internet

e-on | Bayern

LKC KommunalForum 2010 in Pullach:

Steuern auf Verluste?!

Ende September trafen sich auf Einladung der Rechtsanwalts-, Wirtschaftsprüfer- und Steuerberaterkanzlei LKC etwa 100 Bürgermeister und Kämmerer im Bürgerhaus Pullach. Unter dem Titel „Kommunalwirtschaft im Fokus des Steuerrechts: Querverbund, verdeckte Gewinnausschüttung und Vorsteuerabzug“ fand das jährliche LKC KommunalForum in Kooperation mit dem Bayerischen Städtetag und dem Verband kommunaler Unternehmen statt.

In seinem Vortrag zur Besteuerung von Gemeinden und Städten mahnte Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg, als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags die den Bürgern kaum zu vermittelnde Steuerbelastung der Kommunen an. Die Daseinsvorsorge sei als Dienst der Kommune an ihren Bürgern zu verstehen, die zudem meist nicht kostendeckend erfolge.

Schwimmbäder und Bürgerhäuser erfüllen unter anderem soziale Zwecke und verursachen Defizite, die aus dem gemeindlichen Haushalt ausgeglichen werden müssen. Der Bundesgesetzgeber hat zwar einige dauerdefizitäre Einrichtungen begünstigt. Gleichwohl sind auf Tourismusbetriebe, Wirtschaftsförderungseinrichtungen und Messegesellschaften neben dem Verlustausgleich noch Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer und gegebenenfalls Umsatzsteuer aus dem allzu oft sowieso schon angespannten Haushalt der Kommune zu zahlen.

Umsatzsteuerpflicht

Wirtschaftsprüfer Dr. Franz-Stephan von Gronau, LKC, erörterte in seinem Referat die im Zuge der EU-beihilfekonformen Ausgestaltung der kommunalen Unternehmen mittels Betrauungsakt einhergehende Umsatzsteuerpflicht von Verlustausgleichszahlungen. Wesentlich sei, dass zur Vermeidung der Umsatzsteuerpflicht das Verhältnis zwischen Gemeinde und ihrer Tochtergesellschaft nicht als Leistungsaustausch im Sinne des Umsatzsteuerrechts durch das Finanzamt qualifiziert werden kann. Hierzu bieten sich trotz schmalen rechtlichen Korridor verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten an. Die Meinung in der bayerischen Finanzverwaltung sei uneinheitlich; eine eindeutige Verwaltungsanweisung sei daher wünschenswert.

Diskussionsteilnehmer bestätigten die Darlegungen und äußerten ihre Empörung darüber, dass kommunale Einrichtung, beispielsweise Schwimmbäder, auf Grund ihrer Defizite den Haushalt bereits erheblich belasten. Hierauf auch noch 19 % Umsatzsteuer zahlen zu müssen, würde das Aus für zahlreiche Einrichtungen bedeuten.

Wünschenswerte Verwaltungsanweisung

Mehrere Gäste berichteten, dass die Finanzverwaltung bei dauerdefizitären Einrichtungen den Vorsteuerabzug versagt, da keine Unternehmenseigenschaft gegeben sei. Dies betreffe Sportanlagen, die jedoch ohne Vorsteuerabzug nicht finanzierbar seien. Auch hierzu sei eine kommunalfreundliche Verwaltungsanweisung zur Klarstellung wünschenswert. Dr. Stefan Detig, LKC Rechtsanwältin, ergänzte die Vorteilhaftigkeit der Anstaltslast beim Kommunalunternehmen, die als öffentlich-rechtliche Verpflichtung zu einem umsatzsteuerfreien Verlustausgleich führen kann.

Der Anfang 2010 eingeführte § 6a Grunderwerbsteuergesetz war Gegenstand des Vortrags von Rechtsanwalt Dr. Stephan Salzmann. Er erläuterte, warum die

Gesetzesneufassung eine nicht nachvollziehbare Diskriminierung der öffentlich-rechtlichen Organisationsform gegenüber der Privatrechtsform darstellt und schlug sogleich eine ausformulierte Gesetzesänderung vor.

Besteuerung der öffentlichen Hand

Erich Pinkos aus dem Bundesfinanzministerium ist die Koryphäe im Bereich Besteuerung der öffentlichen Hand. Versiert erläuterte er die Gesetzesneufassung und die hierzu ergangenen BMF-Schreiben. Erwartungsgemäß entspann sich nach seinem Vortrag eine lebhafte Diskussion über Art und Umfang der Besteuerung von Kommunen. Die Kritik wurde durch Andreas Meyer vom Verband kommunaler Unternehmen, Berlin, untermauert, der den Willen des Verbands, gerade auch im steuerlichen Bereich die Interessen der Kommunalwirtschaft hörbar im Bund zu vertreten, unterstrich.

In einem weiteren Vortrag beschrieb Erich Pinkos, BMF, die Kriterien der Abgrenzung zwischen Betrieb gewerblicher Art und Hoheitsbetrieb. In der anschließenden Diskussion wurde die Forderung an den Freistaat Bayern laut, der über das Landesrecht eine klare Zuweisung zum Hoheitsbetrieb und damit gegebenenfalls zur Entlastung der bayerischen Kommunen erreichen könnte. Insbesondere für die nach § 8 Abs. 7 KStG gerade nicht privilegierten Dauerverlustgeschäfte Tourismus und Wirtschaftsförderung (Teilbereiche), wie bereits in der Abwasserentsorgung, sollte dies gelten. Auf eine langwierige Änderung des Bundesrechts müsse also nicht gewartet werden.

Kapitalertragsteuer

Das hochkomplexe Thema Kapitalertragsteuer stellte Franz Käsbohrer, Kämmerer der Stadt Augsburg, anschaulich dar. Insbesondere bei seinem Referat wurde so manchem Tagungsgast die ganze steuerliche Tragweite der gemeindlichen Betätigungen mit einem gewissen Schaudern bewusst.

Durch die Salix-Rechtsprechung des EuGH wurde die Abkopplung des Umsatzsteuerrechts vom Körperschaftsteuerrecht höchststrichtrich eingeleitet. Die sich hieraus ergebenden Folgen und Gestaltungsmöglichkeiten legte Steuerberaterin Andrea Nast-Kolb, LKC, dar. Gleichzeitig warnte sie vor den umsatzsteuerlichen Konsequenzen aus privatrechtlichen Verträgen zwischen der Gemeinde mit Tochtergesellschaften und Dritten. Hier sei zu agieren, um nicht bei einer späteren Betriebsprüfung mit nicht geplanter Umsatzsteuer von 19 % den kommunalen Haushalt zu belasten.

Gerade hiervor warnte auch Franz Schneider, Stadtkämmerei der Landeshauptstadt München, mit seinen Darlegungen zum Thema Schulspeisung und Umsatzsteuer. Kaum ein Schuldirekt oder Elternbeirat mache sich Gedanken über die unterschiedlichen umsatzsteuerlichen Folgen der Mittagessensangebote an Schulen, die jedoch erhebliche Auswirkungen auf den Essenspreis haben können. □



Lockere Stimmung trotz ernster Themen (v. l.): Stefan Detig, Erich Pinkos, Andreas Meyer, Andrea Nast-Kolb, Franz-Stephan von Gronau, Friedrich Schneider, Franz Käsbohrer. □

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Rettet die Gewerbesteuer!

Im Rahmen von Sonderbezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags in Oberbayern, Niederbayern, Mittelfranken, Oberfranken und Schwaben diskutierten die Kommunalpolitiker in jüngster Zeit mit Abgeordneten von Bundestag und Landtag über die Finanzkrise der Kommunen und hier speziell über den Erhalt der Gewerbesteuer. Eine Zwischenbilanz hierzu gab der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, bei einer Pressekonferenz in Ismaning.

Die Finanzkrise der Kommunen dauert unvermindert an. Dies ist nach Schaidingers Angaben nicht zuletzt auf die stete Zunahme der Sozialausgaben zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund hatte Ministerpräsident Horst Seehofer die Kommunen aufgefordert, ihm eine „Streichliste“ mit Leistungen vorzulegen, die aus ihrer Sicht entbehrlich sind. Er werde dann die entsprechenden Vorstöße einleiten.

Ende April bereits wurde der Bayerischen Staatskanzlei ein Katalog mit 50 Punkten vorgelegt, darunter klar definierte Obergrenzen für die Unterbringungskosten von Hartz-IV-Empfängern. Beim Bayerischen Städtetag im Juli in Straubing erneuerte Seehofer sein Versprechen, wonach es keine Abschaffung der Gewerbesteuer geben werde. Nun sei es an der Zeit, so Schaidinger, dass sich der Ministerpräsident endlich der Einlösung widme.

Elementare Steuer

Immer wieder müssten Städte und Gemeinden für die Gewerbesteuer kämpfen, so der Städtetagsschef. „Das Motto ‘Hände weg von der Gewerbesteuer’ ist uns ernst, das ist keine Verfügungsmasse für Verhandlungen. Die Gewerbesteuer ist für Kommunen elementar. Das Fundament der Gewerbesteuer darf nicht untergraben werden.“ Die Kommunen ließen sich nicht mit anderen Steuerquellen locken, die vermeintlich sicherer sind.

Selbst im Rezessionsjahr 2009 machte die Gewerbesteuer mit 4,7 Milliarden Euro knapp 40 Prozent aller kommunalen Steuereinnahmen in Bayern aus. Noch höher liegt der Anteil in den Großstädten: In den 25 kreisfreien bayerischen Städten beläuft sich die Gewerbesteuer nach Angaben des Spitzenverbandes auf 46 Prozent des kommunalen Steueraufkommens. Den Kommunen gehe es allerdings nicht allein um den Erhalt der Gewerbesteuer, sondern es gehe um eine dauerhafte Verbesserung der Finanzsituation, wie Schaidinger hervorhob.

Ein starkes Band

Wenn es keine Gewerbesteuer mehr gibt, engagierten sich Kommunen nicht mehr so intensiv wie bisher um ein wirtschaftsfreundliches Klima. Schaidinger: „Welche Kommune würde sich denn ohne Gewerbesteuer noch um die Ausweisung von Gewerbegebieten kümmern, wer würde Erschließungsstraßen und Kanäle

bauen? Wie sollen Kommunalpolitiker den Bürgern schmackhaft machen, wenn sich eine Spedition, eine Chemiefabrik, ein Autzulieferer oder eine Druckerei ansiedeln will? Die Gewerbesteuer ist ein starkes Band zwischen Wirtschaft und Kommune. Davon profitieren beide Seiten. Und es gilt der Grundsatz: Wer eine Infrastruktur nutzt, der muss auch dafür bezahlen!“

Tatsache sei, dass wer die Gewerbesteuer abschaffen will, letztlich die Kosten für die kommunale Infrastruktur allein den Bürgern aufbürden würde. Der Vorsitzende: „Wer Unternehmen entlastet, muss Bürger belasten. Wer die Gewerbesteuer abschafft, lässt am Schluss die Bürger die Zeche zahlen.“

Im Jahr 2009 erhielten die Kommunen bundesweit 26 Milliarden Gewerbesteuer (netto) und 23 Milliarden Euro Einkommensteueranteil. Würde die Wirtschaft keine Gewerbesteuer mehr bezahlen, müssten die Bürger diesen Betrag übernehmen. Für eine Stadt wie Regensburg wären das ca. 2.000 Euro für jeden Steuerzahler mehr, für München über 3.000 Euro. „Würde man versuchen, das Volumen der Gewerbesteuer über einen Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer zu kompensieren, müsste letztlich der Verbraucher mehr bezahlen“, so Schaidinger. So müsste die Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent erhöht werden, um den Ausfall der Gewerbesteuer auszugleichen.

Scheinheiliges Argument

Schaidinger zufolge verweisen die Gegner der Gewerbesteuer immer wieder auf die „vermeintlich unzuverlässige Steuerquelle“. Die Gewerbesteuer abzuschaffen, nur weil sie für die Kommunen angeblich volatil ist, sei scheinheilig. „Jede Steuer ist volatil.“ So hänge die Körperschaftsteuer ebenso von der Konjunktur ab wie die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer. Die Kommunen jedenfalls könnten mit der Schwankungsbreite der Gewerbesteuer leben.

Im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung sei das Recht auf eigene Steuerquellen der Kommunen verbrieft. Den Kommunen werde eine auf die Wirtschaftskraft bezogene Steuer mit eigenem Hebesatzrecht garantiert. Wer mit angeblich sicheren Steuereinnahmen aus Anteilen der Umsatzsteuer oder mit Zuschlägen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer

EuGH zur betrieblichen Altersvorsorge:

Bei Kommunen ausschreibepflichtig

Ein Gastbeitrag von Holger Schröder*

Die betriebliche Altersvorsorge kommunaler Mitarbeiter unterliegt dem Vergaberecht. Deutsche Städte und Kommunen müssen die Vergabe der betrieblichen Altersvorsorge ihrer Arbeitnehmer zukünftig europaweit ausschreiben. Dies hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in einem veröffentlichten Urteil entschieden (Az.: C-271/08).

Die Kommunen müssen bei der betrieblichen Altersvorsorge umdenken. Die bisherige Praxis zahlreicher Städte und Gemeinden, Rahmenvereinbarungen über die betriebliche Altersvorsorge ohne vorherige Ausschreibung mit tarifvertraglich ausgewählten Versorgungsträgern abzuschließen, ist europarechtswidrig.

Die Entscheidung des EuGH hat auch erhebliche Auswirkungen auf die private Versicherungswirtschaft. Mit der betrieblichen Altersvorsorge kommunaler Mitarbeiter können Versicherungen ein neues und lukratives Geschäftsfeld erschließen. Die künftige Entwicklung wird deshalb in Fachkreisen mit Spannung verfolgt.

Hintergrund des Verfahrens ist eine Klage der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Verstoßes gegen die bis 31.1.2006 geltende Dienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 92/50/EWG) bzw. gegen die ab 1.02.2006 geltende Vergaberichtlinie über die Koordination der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge (Richtlinie 2004/18/EG).

Das Urteil betrifft die Entgeltumwandlung für Mitarbeiter im kommunalen öffentlichen Dienst nach dem Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung für Arbeitnehmer/innen im kommunalen öffentlichen Dienst vom 18. Februar 2003 (TV-EUmw/VKA). Die in diesem Zusammenhang bisher bevorzugten öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen, Sparkassen und Kommunalversiche-

köern will, würde Kommunen zu Kostgängern des Bundes degradieren, zeigte sich der Städtetagsvorsitzende überzeugt und ergänzte: „Wer die Hand an die Gewerbesteuer legt, zerstört die kommunale Selbstverwaltung.“

Wettlauf der Kommunen

Könnten Kommunen einen Zuschlag auf die Einkommensteuer erheben, würde dies finanzielle Verwerfungen zwischen den Kommunen auslösen, befürchtete Schaidinger. Die Steuer würde nicht mehr dort erhoben, wo die Wirtschaftskraft der Unternehmen sitzt, sondern in den Wohnsitzgemeinden der Beschäftigten. Dann würde ein Wettlauf der Kommunen um Hebesätze und solvente Steuerzahler einsetzen. Gemeinden, die weniger Infrastruktur vorhalten müssen, könnten mit niedrigeren Hebesätzen auf die Einkommensteuer werben. Auch sei der bürokratische Aufwand für Betriebe nicht zu unterschätzen: Unternehmen müssten in der Lohnbuchhaltung jeweils die unterschiedlichen Hebesätze von Pendlern in der Lohnbuchhaltung berücksichtigen.

„Wenn größere Städte Gewerbesteuer erhalten, profitieren indirekt über den kommunalen Finanzausgleich auch die Gemeinden, die wenig Gewerbe haben. Die Gewerbesteuer wird in die Steuerkraft einer Kommune einberechnet, daher erhalten Kommunen mit hohen Erträgen weniger Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich; somit bleibt für finanzschwächere Kommunen mehr im Topf. Städte mit höherer Gewerbesteuer schultern auch ei-

rer können aus vergaberechtlichen Gesichtspunkten zukünftig nicht mehr seitens der Städte privilegiert werden.

Die Luxemburger Richter sehen im Grundrechtscharakter des Rechts auf Kollektivverhandlungen und in der sozialpolitischen Zielsetzung des Tarifvertrags kein Hindernis für die Anwendung des europäischen Vergaberechts. Der Umstand, dass der Abschluss von Rahmenvereinbarungen zur betrieblichen Altersvorsorge im kommunalen Bereich entsprechend des Tarifvertrags erfolgt, kann die Anwendbarkeit des Vergaberechts nicht verhindern.

Die von den kommunalen Arbeitgebern abgeschlossenen Verträge sind als entgeltliche, dem Vergaberecht unterfallende öffentliche Dienstleistungsaufträge zu qualifizieren. Der entgeltliche Charakter eines solchen Vertrages vor allem nicht deshalb in Frage gestellt, weil die Letztbegünstigten einer betrieblichen Altersvorsorge die Arbeitnehmer sind und nicht der jeweilige Arbeitgeber.

***Über den Autor:** Holger Schröder, Rechtsanwalt, ist Associate Partner und Leiter Vergaberechtsspraxis bei Rödl & Partner. Der Unternehmensbereich Public Management Consulting hat sich auf die Beratung der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Gemeinden sowie öffentlicher Unternehmen in den Branchen Energie, Wasser, Abwasser, Verkehr, Gesundheit und Soziales spezialisiert. □

nen größeren Anteil der Kreis- und Bezirksumlagen“, betonte Schaidinger und bilanzierte: „Anstatt über eine Abschaffung muss man über eine Versteigerung der Gewerbesteuer und den Ausbau zur Betriebssteuer diskutieren. Damit könnte die tatsächliche Wertschöpfung vor Ort erfasst werden, wenn auch freie Berufe und Selbstständige (Architekten, Ärzte, Anwälte, Steuerberater und Softwareentwickler) ihren Beitrag zur Finanzierung der Infrastruktur leisten.“

Umsetzung des KiföG

Begrüßt wurde vom Bayerischen Städtetag dagegen die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG). Diese sei richtungsweisend auch für Bayern. „Der weitere Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren ist ein Fall für die Konnexität nach dem Motto: Wer anschafft, muss auch zahlen. Der Verfassungsgerichtshof Münster sieht das Land NRW in der Pflicht, für die Kosten des weiteren Ausbaus der Kinderbetreuung bis zum Rechtsanspruch aufzukommen. Das ist ein Signal auch für die bayerischen Städte und Gemeinden“, stellte Schaidinger fest.

Ende 2011 werden sich nach Schaidingers Angaben der Freistaat und die kommunalen Spitzenverbände zusammensetzen, um zu prüfen, ob mit Blick auf einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz eine Aufstockung der Bundesmittel geboten ist. „Hier stärkt uns das Verfassungsgerichtsurteil aus NRW den Rücken“, so der Vorsitzende. **DK**

Positive Herbstbilanz der LfA Förderbank Bayern

Firmen werden mit 1,2 Milliarden Euro an Förderkrediten versorgt
Wirtschaftsminister Zeil: „Bayerns Mittelstand in Investitionslaune“

„Die gute Wirtschaftslage motiviert bayerische Unternehmen derzeit verstärkt, Kredite aufzunehmen und in ihre Wettbewerbsfähigkeit zu investieren“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil angesichts der positiven Herbstbilanz der LfA Förderbank. „Von Januar bis September hat die LfA in ihrem Kernfördergeschäft rund 4.500 Firmen 1,2 Milliarden Euro zugesagt. Das sind gut 50 Prozent mehr Förderkredite als im Vorjahreszeitraum. Gefragt sind vor allem Investivkredite, aber auch Betriebsmittelfinanzierungen.“ Auf hohem Niveau blieben weiterhin auch die Risikoübernahmen durch Haftungsfreistellungen und Bürgschaften.

„Die Investitionslaune steigt und wir unterstützen diesen Trend mit dem Bayerischen Mittelstandsschirm, der die Kreditaufnahme trotz geringer Sicherheiten im Unternehmen ermöglicht“, betont Zeil. Wie wichtig diese Hilfe zur Bewältigung der Krisenfolgen auch noch in diesem Jahr war, zeige die enorme Nachfrage.

Wirtschaftliche Erholung

„Die LfA hat dieses Jahr über Haftungsfreistellungen und Bürgschaften Kreditrisiken der Hausbanken in Höhe von 255 Millionen Euro übernommen – noch einmal 37 Prozent mehr als im selben Zeitraum des Krisenjahrs 2009. Dadurch haben 1.800 baye-

rische Mittelständler Kredite erhalten, die sie mangels ausreichender Sicherheiten sonst kaum bekommen hätten“, fasst Zeil zusammen. Bemerkenswert sei aber auch, dass in den letzten Monaten die Nachfrage nach Bürgschaften wieder zurückgehe. „Das ist ein weiteres Indiz für die wirtschaftliche Erholung. Sie wird es uns erlauben, den Einsatz dieses Instrumentes im nächsten Jahr wieder auf ein ordnungspolitisch vertretbares Normalmaß zurückzufahren.“

Betriebsmittelkredite

LfA-Chef Michael Schneider ergänzt: „Mit Hilfe unserer zinsgünstigen Förderkredite können die geförderten 4.500 Unterneh-

men Vorhaben in Höhe von 1,8 Milliarden Euro durchführen. Die Firmen nehmen das Geld vor allem für Erweiterungen und Modernisierungen in die Hand: Das Zusagevolumen unserer Förderkredite für entsprechende Investitionen hat sich mit 743 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Eine anhaltend hohe Nachfrage beobachten wir aber auch bei unseren erst Mitte letzten Jahres eingeführten Betriebsmittelkrediten. Die Zusagen in diesem Bereich lagen bei knapp 100 Mio. Euro und verteilen sich auf 500 Unternehmen. Offenbar

KPV-Bundessvorsitzender Peter Götz:

Sparkassen und Volksbanken in Gefahr

Die Pläne der EU, auch kommunale Sparkassen und Genossenschaftsbanken in das von Brüssel geplante einheitliche Sicherungssystem für Kundeneinlagen mit einzubeziehen, hat Peter Götz MdB, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Bundes-KPV, massiv kritisiert.

Eines der Kernelemente der EU-Neuregelung ist eine verbindliche Einlagensicherung mit einer Entschädigungssumme von 100.000 Euro. Diese Summe bedeutet eine Anpassung nach unten, da es in Deutschland Schutzmechanismen gibt, die eine höhere Deckung ermöglichen. Diese freiwillig institutsbezogenen Sicherungssysteme sind in der EU-Regelung unberücksichtigt.

Nach Götz' Worten setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der eingeleiteten Subsidiaritätsrüge gegenüber der EU-Kommission ein deutliches Signal für die Dreigliedrigkeit des deutschen Bankensystems. Dieses werde den mittelständischen Strukturen und der regionalen Vielfalt der deutschen Wirtschaft bestens gerecht. Die Unsicherheiten sollten in der deutschen Bankenlandschaft schnellstens verschwinden, so der KPV-Vorsitzende.

Schädigendes Sicherungssystem

Das von Brüssel geplante einheitliche Sicherungssystem für Kundeneinlagen schade den kommunalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Zu Recht werden Götz zufolge Doppelzahlungen in ein gesetzliches, verpflichtendes Einlagensicherungssystem und in die bisherige Institutssicherung befürchtet. Die Verpflichtung zur Teilnahme an der europäischen

ist bei vielen kleinen und mittleren Unternehmen das notwendige Liquiditätspolster durch die jüngste Wirtschaftskrise arg strapaziert worden.“

Erwartungen

Neben Förderkrediten vergibt die LfA auch Konsortial- und Globaldarlehen. Diese liegen mit 400 Millionen Euro noch leicht unter dem Vorjahreswert, werden aber wegen einiger anstehender großteiliger Zusagen im letzten Quartal voraussichtlich noch überproportional ansteigen. Zum 30. September übertreffen die gesamten Kreditzusagen der Förderbank von annähernd 1,6 Milliarden Euro den Vorjahreswert um 35 Prozent. Angesichts der entspannten Situation bei der Risikoversorge erwartet die LfA wieder einen befriedigenden Jahresgewinn zumindest auf Vorjahreshöhe.



Von links: Johann Stecker und Rudolf Prestele.

Stadtparkasse spendet an die Augsburger Tafel e.V.

Die Stadtparkasse Augsburg hat zwei PCs und 1200 Euro für ein Softwarepaket an die Augsburger Tafel e.V. gespendet. Hans Stecker, Vorstand der Augsburger Tafel, freut sich über die Spende: „Erst kürzlich ist ein Computer in unserem Büro kaputt gegangen, da kommt die Spende uns natürlich besonders gelegen. Die Stadtparkasse hat uns in den letzten Jahren mehrfach unterstützt. Es herrscht viel Not in Augsburg, weshalb wir für jede Unterstützung dankbar sind.“

Die Augsburger Tafel e.V. versorgt jede Woche an fünf Werktagen in sechs Ausgabestellen Bedürftige in Augsburg mit Lebensmitteln. Auch Kindergärten, Schulen und soziale Einrichtungen Augsburgs werden unterstützt. Zudem gibt die Augsburger Tafel e.V. noch an 15 unmittelbar angrenzende Nachbartafeln Waren ab.

Musterbeispiel

„Die Stadtparkasse Augsburg ist davon überzeugt, dass diese Sach- und Geldspende genau am richtigen Ort investiert wurde. Die Augsburger Tafel hat eine

zentrale Funktion bei der Versorgung von sozial schwächeren Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt und ist ein Musterbeispiel für ehrenamtliches Engagement“, fasst Rudolf Prestele, Filialbereichsleiter bei der Stadtparkasse Augsburg, zusammen.

Bei der Augsburger Tafel engagieren sich im Moment über 200 Helferinnen und Helfer, Fahrerinnen und Fahrer. Alle Personen, die ihre Zeit und ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, sind ehrenamtlich und unentgeltlich tätig. Weitere Informationen unter: www.augsburger-tafel.de oder Telefon 0821/313331.



Verlässliche Partner aus der Region: Hubert Schwarz, Horst Schönfeld (stellvertretender Vorstandsvorsitzender) und Anton Kopp von der Kreissparkasse Augsburg, Siegfried Eger und Wolfgang Wagner von der infrabau GmbH sowie Johann Reichert vom Ingenieurbüro Reichert.

Spatenstich für Wohnpark Hessenbach

Kreissparkasse Augsburg und infrabau GmbH starten gemeinsames Bauprojekt

Augsburg – Mit einem symbolischen ersten Spatenstich startete der Bau des Wohnparks Hessenbach, ein Gemeinschaftsprojekt der Kreissparkasse Augsburg und der infrabau GmbH.

Verkaufserfolg

Auf dem rund 21.000 Quadratmeter großen Grundstück westlich der Hessenbachstraße in

Augsburg entstehen 40 Stadthäuser und 67 Wohnungen. „Der Verkaufserfolg ist bereits zu Baubeginn sehr erfreulich“, so Hubert Schwarz, Leiter des ImmobilienCenters der Kreissparkasse. „Das Areal ist gleichermaßen ruhig und verkehrsgünstig gelegen, außerdem setzen angesichts des historisch niedrigen Zinsniveaus viele Selbstnutzer und Anleger auf attraktive Immobilien.“

DSGV-Präsident Heinrich Haasis:

„Sparkassen und Landesbanken werden neue Eigenkapitalanforderungen bewältigen“

Nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, werden Sparkassen und auch Landesbanken die neuen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III bewältigen. Dies sagte Haasis bei einer Pressekonzferenz seines Verbandes in Washington D.C. anlässlich der Herbsttagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank.

„Die Sparkassen werden in der Lage sein, ihr künftig benötigtes Eigenkapital aus eigener Kraft zu erwirtschaften bzw. sich in ihren heutigen Strukturen zu beschaffen.“

Höhere Eigenkapitalquote

Bereits in den beiden letzten, nicht einfachen Jahren hätten sie

darf es deshalb nicht“, so Haasis.

Basel III

Haasis zeigte sich überzeugt, dass auch bei den Landesbanken die Basel III-Anforderungen erfüllt werden. Das sei zwar aus heutiger Sicht noch eine Herausforderung. Die Eigentümer seien aber bereit, im Landesbankensektor dafür die notwendigen strukturellen Veränderungen vorzunehmen. „Die Hürden müssen nicht mit dem heutigen Kampfgewicht der Landesbanken übersprungen werden.“

www.lfa.de

Auch für energiesparende Sanierungen

InfraKredit Kommunal
Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der InfraKredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den InfraKredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/2124-2262*. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.
* (3,9ct/Min. aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunkhöchstpreis 42 ct/Min.)

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Preisverleihung auf der EXPO REAL in München:

RealisBench® Energiesparer 2010

BayernFM zeichnete Sparkasse Erding-Dorfen
und Gemeinde Uhlhingen-Mühlhofen aus

Als klimaneutrales und EMAS-zertifiziertes Unternehmen hat die Bayern Facility Management GmbH den aktiven Umweltschutz in der Unternehmensphilosophie tief verankert. Daher verlieh die BayernFM gemeinsam mit dem Kooperationspartner cgmunich GmbH auf der EXPO REAL 2010 in München, Europas größter Gewerbeimmobilienmesse, den Preis RealisBench® Energiesparer 2010. Dabei wurden jeweils eine Kommune und Sparkasse aus dem Projekt RealisBench® 2010 ausgezeichnet.

Die cgmunich GmbH ist seit 2003 Kooperationspartner des BayernLB-Konzerns bei der Entwicklung, Durchführung und Auswertung von RealisBench® – dem größten deutschen immobilienwirtschaftlichen Benchmarking-Pool für Kommunen und Finanzinstitute mit insgesamt 10,5 Mio. qm Gebäudefläche im kommunalen Benchmarking und 4,8 Mio. qm bei den Finanzdienstleistern.

Bewertungskriterien

In die Bewertung flossen energierelevante Kriterien wie z. B. der Einsatz erneuerbarer Energien, Energieverbrauch (Heizung & Strom), CO₂-Ausstoß und der baulich-technische Zustand der

Objekte ein. Als Sieger gingen die Sparkasse Erding-Dorfen und die Bodensee-Gemeinde Uhlhingen-Mühlhofen hervor. Die Gewinner erhielten eine Urkunde, eine kostenlose RealisBench®-Teilnahme für ein weiteres Jahr sowie einen Gutschein der BayernFM über 2.000 Euro für die Durchführung einer energetischen Analyse.

Einsatz von Geothermie

Die Sparkasse Erding-Dorfen setzte sich gegen Mitbewerber mit insgesamt über 900 Immobilien durch. Trotz des hohen Anteils an klimatisierten Gebäuden hat die Sparkasse verglichen mit den anderen teilnehmenden Instituten am wenigsten Energie

(Heizung, Strom) pro qm Nettogrundfläche verbraucht. Der Jahreswert betrug 156,61 kWh/qm NGF, der Durchschnittsjahreswert der Vergleichsgruppe 188,3 kWh/qm NGF. Außerdem gehört die Sparkasse Erding-Dorfen zu den wenigen Instituten des Projektjahres, die in Form von Geothermie regenerative Energien einsetzen.

Regelmäßige Teilnahme

Die Bodensee-Gemeinde Uhlhingen-Mühlhofen wiederum hat unter 40 Teilnehmern bei den Kommunen im diesjährigen Vergleich am wenigsten Energie (Heizung, Strom) pro qm NGF in der Gebäudekategorie „Verwaltung“ verbraucht. Der Jahreswert betrug für das Rathaus 115,52 kWh/qm NGF, der Durchschnittsjahreswert der Vergleichsgruppe 129,88 kWh/qm NGF. Seit 2007 nimmt die Gemeinde regelmäßig an RealisBench® teil.

Schon heute müssen Kommunen bis zu 20 % ihres Verwaltungshaushalts für die Immobilienbewirtschaftung aufbringen. Dieser Wert wird sich aufgrund drastisch steigender Energie- und sonstiger Sachkosten weiter erhöhen und die Handlungsfähigkeit vieler Nutzer weiter einschränken. Vor diesem Hintergrund gilt es, den Immobilienbestand effizient zu steuern und vorhandene Potenziale rechtzeitig auszuschöpfen.

Mit der Preisverleihung lei-

stete die BayernFM ihren Beitrag, die Immobilie als zentralen Schlüsselfaktor auf dem Weg zu mehr ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit bei Immobiliennutzern und -eigentümern zu verankern. Und das aus gutem Grund: Bundesweit nutzen rund 12.000 Kommunen rund 175.000 Immobilien. Die bundesweit 438 Sparkassen nutzen über 13.400 Immobilien. Über 70 Prozent dieser Objekte sind älter als 20 Jahre. Das Deutsche Institut für Urbanistik geht zudem von einem Instandhaltungsrückstau von 71 Mrd. Euro bei den bundesweit rund 37.000 Schulen aus. Folglich hat jede Schule einen durchschnittlichen Instandhaltungsrückstau von rund 1,9 Mio. Euro.

Großer Kostenblock

Tatsache ist, dass die Energiekosten bereits heute nach den Haushaltsposten Personal und Soziales häufig den dritten großen Kostenblock darstellen. Die Senkung der Energiekosten um jährlich 20.000 Euro entspricht bei einer Gewinnmarge von 0,7 % einem Ertrag aus einem jährlichen Neugeschäft von annähernd 3 Mio. Euro.

Hohes Einsparpotenzial

Aus ihrer Erfahrung mit über 500 Sparkassen und Kommunen (davon über 350 aus Bayern) und über 10.000 Gebäuden weiß die BayernFM, dass Einsparpotenziale von 30 bis 50 % realisierbar sind. Dies zeigt, welchen Stellenwert die Immobilieneigner zur Optimierung ihres Gebäudebestandes in den Händen halten. Die aktuellen Ergebnisse von RealisBench® 2010 bestätigen, dass zahlreiche Sparkassen und Kommunen den Optimierungsprozess bereits aktiv und erfolgreich gestalten. **DK**



V. l.: Martin Behrends (BayernFM), Markus Fostmaier (Sparkasse Erding-Dorfen), Stefan Kohlhepp (BayernFM), Stefan Bedner (SPK), Thomas Jebens (BayernLB), Katja Hengstler (Gemeinde Uhlhingen-Mühlhofen), Norbert Rupp (cgmunich GmbH), Peter Gress (Gemeinde), Thomas Aumer (BayernFM).

Ausbildungsoffensive 2011 in den bayerischen Sparkassen

Für das Jahr 2011, in dem zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig ihre Schulausbildung beenden (erster G8-Jahrgang und letzter G9-Jahrgang), bietet etwa ein Drittel der bayerischen Sparkassen – insbesondere wegen des doppelten Abiturjahrganges – rund 100 zusätzliche Ausbildungsplätze an.

Erst im Juni dieses Jahres belegten die bayerischen Sparkassen mit über 1.300 Ausbildungsplätzen einen Spitzenplatz bei der Ausbildungsquote für das Ausbildungsjahr 2010. „Die bayerischen Sparkassen stellen damit ihr Engagement im Bereich des Angebots an qualifizierten regionalen Ausbildungsplätzen ein

weiteres Mal unter Beweis“, so Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern.

Trotz der bereits in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich hohen Ausbildungsquoten bieten die Sparkassen im nächsten Jahr nochmals mehr freie Ausbildungsplätze an. Damit besteht auch für „Späterschlossene“ immer noch die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung bei einer regionalen Sparkasse. Interessierte können sich mit dem neuen Online-Stellenportal der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern unter www.s-karrierebayern.de näher informieren und dann auch bewerben. **□**

Theo Zellner zu Fusionsüberlegungen BayernLB/WestLB:

Gespräche sind ergebnisoffen

„Die aktuellen Fusionsüberlegungen BayernLB-WestLB sehe ich als ergebnisoffen“, erklärte Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern. Tatsache sei, so Zellner, dass der Landesbankensektor neu strukturiert werden muss. In Bayern treffe der Freistaat als 96prozentiger Eigentümer der BayernLB am Ende die Entscheidung, wie die Zukunft der BayernLB aussieht. Zellner wörtlich: „Für die Sparkassen ist dabei natürlich von wesentlicher Bedeutung, auch in Zukunft einen starken und vertrauensvollen Partner als zentralen Finanzdienstleister zu erhalten. Im Rahmen der bundesweiten Restrukturierungsüberlegungen im Landesbankensektor muss es der BayernLB erlaubt sein und das ist auch ihre Pflicht, alle Fusionsoptionen auszuloten.“ **□**

Fünf Jahre BayernMezzanine:

Erfolgreiche Tätigkeit für bayerischen Mittelstand

Die Bayern Mezzanine wurde im Jahr 2005 gegründet. Neben der BayernLB als sogenannter „Anker-Investor“ und ihrer saarländischen Tochter SaarLB haben sich im Herbst 2005 insgesamt 19 bayerische Sparkassen am individuellen Mezzaninefonds mit einem Volumen von EUR 100 Mio. beteiligt. Der Mezzaninefonds hatte Ende 2005 das operative Geschäft aufgenommen und im ersten Halbjahr 2006 die ersten Investments erfolgreich abgeschlossen.

Heute verfügt BayernMezzanine über ein Portfolio mit ca. 20 Unternehmen aus verschiedenen Branchen. Das eigenkapitalähnliche Mezzaninekapital wird den Unternehmen in Form von Genussrechtskapital langfristig zur Verfügung gestellt. Bis Ende 2010 werden ca. 70 bis 75 % des Kapitals investiert worden sein.

BayernMezzanine unterstützt mittelständische Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Wachstumsziele. Insbesondere bei Sonderanlässen im Unternehmen (z. B. hohe Innovationsaufwendungen, Internationalisierung, Sicherung der unternehmerischen Unabhängigkeit, Gesellschaftstransaktionen, Nachfolge) bleibt mezzanine, oft eingebettet in eine Gesamtfinanzierung mit den Sparkassen und/oder der BayernLB, gut nachgefragt.

„Als verlässlicher Partner inhabergeleiteter Familienunter-

nehmen stehen wir im Schulterschluss mit den regionalen Sparkassen und der BayernLB, mit langfristig orientierten Finanzierungen zur Seite“, so der Dienstleister. Bayern Mezzanine bildet eine tragende Säule im Corporate Finance Angebot der Sparkassen-Finanzgruppe in Bayern und im Saarland, mit dem Ziel, Wachstumsvorhaben von Unternehmen zu ermöglichen, deren unternehmerische Unabhängigkeit zu bewahren und die Eigenkapitalstruktur des Unternehmens mit hoher Qualität (100%-ige Anrechnung als wirtschaftliches Eigenkapital) zu stärken.

Für die nächsten Jahre ist eines der Ziele, das Know-how über die Branchen der Kunden weiter auszubauen. Ferner soll die Zusammenarbeit mit den Sparkassen und der BayernLB weiter mit Hochdruck intensiviert werden. **□**

BasisRente – jetzt auch mit BeitragsSchutz

Um den Ruhestand ohne finanzielle Sorgen zu genießen, reicht die gesetzliche Rentenversicherung nicht aus. Der Staat fördert deshalb die private Vorsorge durch Steuervergünstigungen, beispielsweise bei der BasisRente (Rürup Rente). Aufgrund gesetzlicher Vorschriften kann der Versicherte im Falle seines Todes nur den Ehepartner oder kindergeldberechtigte Kinder als Begünstigte einsetzen.

Als eine von wenigen Versicherungsgesellschaften ermöglicht die Versicherungskammer Bayern nun Singles, unverheirateten Paaren und Verwitweten im Falle ihres Todes mit dem BeitragsSchutz, einer separaten Risikolebensversicherung, die Begünstigten für die Kapitalleistung frei zu bestimmen. Und zwar durchgehend für die Ansparphase und den Rentenbezug.

Gesundheitsprüfung nicht notwendig

Wer eine Risikolebensversicherung abschließt, muss normalerweise seine Gesundheit gegenüber dem Versicherer bestätigen. Beim BeitragsSchutz ist eine Gesundheitsprüfung nicht notwendig, wenn der Versicherte jährlich bis zu 4.000 Euro oder einmalig bis zu 20.000 Euro in

die BasisRente einbezahlt.

Neben der BasisRente bietet die Versicherungskammer Bayern auch die BasisRente Invest, eine fondsgebundene Rentenversicherung, bei der die Kunden aus 20 renommierten Investment – und Dachfonds auswählen und kombinieren können. Eine Änderung der Fondsauswahl ist jederzeit möglich und einmal pro Jahr kostenlos. Auch die BasisRente Invest kann mit dem BeitragsSchutz ergänzt werden.

Steuervorteile nutzen

Für die staatliche Förderung der BasisRente gilt: In diesem Jahr können 70 Prozent der eingezahlten Beiträge als Sonderausgaben steuerlich geltend gemacht werden. Bis zum Jahr 2025 steigt dieser Anteil auf 100 Prozent. **□**

Deutsche Wirtschaft mit „Comeback des Jahres“

„Die Finanzkrise hat gezeigt, dass Deutschlands Wirtschaftsstärke ganz wesentlich auf der Sozialpartnerschaft und der dezentralen Wirtschaftsstruktur beruht.“ Das sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, bei einer Pressekonferenz seines Verbandes in Washington D.C. anlässlich der Herbsttagung von Internationalen Währungsfonds und Weltbank. Er forderte, diese wichtigen institutionellen Sicherungen der Sozialen Marktwirtschaft international selbstbewusster zu vertreten.

Haasis attestierte der deutschen Volkswirtschaft das „Comeback des Jahres“. Noch vor wenigen Jahren sei Deutschland von internationalen Medien zum „kranken Mann Europas“ ernannt worden, jetzt erkenne man in der Bundesrepublik einen „Wachstumsmotor Europas“. „Die Sparkassen halten in diesem

Jahr in Deutschland ein Wachstum von 3,5 % für realistisch“, sagte Haasis.

Haasis hob hervor, dass die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik über beachtliche institutionelle Sicherungen im System verfüge, mit denen die Krise abgefedert, Entlassungen verhindert und ein schnelles Durchstarten im beginnenden Aufschwung möglich gewesen sei.

95 % der 3,2 Millionen Betriebe in Deutschland seien Familienunternehmen. Vor allem durch das Engagement solcher Familienunternehmen seien sogar im Krisenjahr 2009 die Eigenkapitalquoten der deutschen Unternehmen gestiegen. „Die Verantwortung der Eigentümer hat zu einer Krisenresistenz der deutschen Wirtschaft geführt, die andere, stärker auf Großkonzerne ausgerichtete Industrieländer so für sich nicht in Anspruch nehmen können.“

Als Stärke Deutschlands hob Haasis auch das diversifizierte Bankensystem mit großen und kleinen, international tätigen und regional orientierten, auf Finanzmärkte und auf Kunden ausgerichteten Kreditinstituten hervor. Während stärker international orientierte Institute in der Regel von der Krise stark betroffen gewesen seien, haben dezentral organisierte Institute stabilisierend wirken und insbesondere die allseits befürchtete Kreditklemme verhindern können. **□**

**nachhaltiges
immobilienmanagement**

Mit Beratungsleistungen für über 350 Kommunen
ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Hand

BayernFM
Bayern Facility Management GmbH

www.bayernfm.de

60 Jahre Bund der Steuerzahler in Bayern:

„Sparlöwe“ für Professor Dr. Paul Kirchhof

Preisverleihung im Rahmen eines Festaktes in München

Professor Dr. Paul Kirchhof, einer der führenden Verfassungs- und Steuerrechtler Deutschlands, wurde anlässlich eines Festakts zum 60-jährigen Jubiläum des Bundes der Steuerzahler in Bayern mit der höchsten Verbandsauszeichnung, dem „Sparlöwen“, geehrt. Der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht habe sich, so BdSt-Verwaltungsratsvorsitzender Dr. h. c. Paul Stefan, „in herausragender und vielfältiger Weise um die Steuerzahler verdient gemacht“.

Wie der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Rolf von Hohenhau, konstatierte, seien viele Ideen Kirchhofs „bis heute nicht nur genial, sie führen auch auf praktikablen Wegen zu einfacheren und gerechteren Besteuerungsgrundlagen“. Deshalb verdiene Kirchhof das Vertrauen und die Unterstützung des Bundes der Steuerzahler. Zu seinen wichtigsten Anliegen zählten neben den besonders verdienstvollen wissenschaftlich fundierten Reformvorschlägen zur Steuerpolitik auch der Abbau der Staatsverschuldung, die Minderung der Steuerlast sowie in der Debatte um die europäische Integration die Stärkung des Nationalstaates.

Einsatz für verständliches Steuerrecht

Die bekanntesten Urteile, die der Preisträger als Richter am Bundesverfassungsgericht beeinflusst habe, hätten mit steuerzahlerfreundlichen Urteilen zum Exi-

stenzminimum, zur Vermögenssteuer sowie dem Maastricht-Vertrag Rechtsgeschichte geschrieben, fuhr von Hohenhau fort. Die gewürdigten Verdienste Kirchhofs beinhalteten auch die zur aktuellen Wirtschafts- und Bankenkrise gemachten Vorschläge, die dazu beigetragen hätten, schneller aus der prekären Lage zu kommen. Kirchhof setze sich bis heute mit guten Gründen für ein Steuerrecht ein, das systematisch, konsequent, verständlich, gestaltungsfest sowie leicht vollziehbar sei. Von Hohenhau: „Das deutsche Steuerrecht hat 50.000 Paragraphen. Kirchhof stellte fest, 300 täten es auch.“ Selbst Experten könnten die deutschen Steuergerichte aufgrund ihrer Komplexität nicht mehr verstehen.

Symbolkraft

Die Verleihung des „Sparlöwen“ an Prof. Kirchhof habe, so von Hohenhau, Symbolkraft. Sie sei Anerkennung für heraus-

ragende Leistungen, gleichzeitig aber auch Ansporn für einen gemeinsamen Weg zu einem modernen Steuerrecht: „Wir sind stolz darauf, diesen verdienstvollen Preisträger zum Bündnispartner für unsere steuerpolitischen Ziele zu haben“, kommentierte der Präsident den Verleihungsbeschluss.

Mehr Masse als Klasse

Dr. Hartmut Schwab, Präsident der Steuerberaterkammer München, appellierte an die Politik, für mehr Qualität in der Steuererhebung zu sorgen: „Die Änderungen im Steuerrecht waren in den letzten Jahren von mehr Masse als Klasse geprägt. Es überrascht nicht, dass immer mehr Steuerpflichtige das Steuerrecht nur noch in Grundzügen verstehen und der Beratungsbedarf in Steuerfragen wächst.“ Die Politik müsse sich am Abbau des Paragrafendschungels im Steuerrecht messen lassen. Besonders Unternehmen würden unter dem sich ständig wandelnden Steuerrecht leiden, da es keine Planungssicherheit zulässt.

„Sie haben sich in herausragender und vielfältiger Weise um die Steuerzahler verdient gemacht. Ihre Vorschläge für ein neues deutsches Steuerrecht, für die

Minderung der Steuerlast und den Abbau der Staatsverschuldung waren oft revolutionär“, hob der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Siegfried Schneider, in seiner Laudatio hervor.

Auch zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise habe Prof. Kirchhof kluge Vorschläge gemacht, die dazu beigetragen hätten, „dass wir schneller aus der prekären Lage kamen“. Kirchhofs Einsatz sei vorbildlich, seine Lebensleistung beeindruckend. Schneider: „Mit Ihrem Wirken haben Sie bleibende Akzente für die Entwicklung des Rechts in Deutschland gesetzt. Dieser Beitrag ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Sie sind einer der herausragenden Gelehrten unserer Zeit. Der Sparlöwe des Bundes der Steuerzahler in Bayern ist eine große Anerkennung für das, was Sie für unser Land und unsere Gesellschaft geleistet haben. Die Auszeichnung soll Sie auch bestärken, Ihren Weg unbeirrt fortzusetzen.“

Dankesrede

In seiner Dankesrede kündigte Prof. Kirchhof an, er werde im Frühjahr 2011 den Vorschlag für ein „Bundessteuergesetzbuch“ vorlegen, in dem die bisher 32 Bundessteuern auf vier – die Besteuerung des Einkommens, des Umsatzes, der Erbschaft und bestimmter Verbrauchstatbestände – zurückgenommen und die rechtfertigenden Belastungsgründe in einfachen, allgemein verständlichen Tatbeständen geregelt werden. Auch werde darin auf Ausnahmen und Lenkungsnormen verzichtet.

In diesem Entwurf würden zehntausende von Steuerparagraphen in 470 kurzen Paragraphen zusammengefasst. Die Reform eines „großen Wurfes“ im Steuerrecht sei dringend geboten, werde doch die Entfremdung des Steu-

erpflichtigen vom Steuergesetzgeber immer größer. Die Steuerpflichtigen wüssten nicht mehr, „was sich im Steuerrecht gehört“, seien teilweise sogar zur Steuerhinterziehung bereit, was angesichts des strafrechtlichen Risikos ein schlechthin irrationales Verhalten sei, so der Preisträger.

Eine Besteuerung des Einkommens, die Steuersätze bei Körperschaften von 15 % (zuzüglich einer nicht gerechtfertigten Gewerbesteuer), bei Einkünften aus Kapitalvermögen von 25 % und bei Einkünften aus Arbeit von 15 bis 45 % erhebe, sei rechtswidrig und nicht vermittelbar. Ein Steuergesetz, dessen neue Inhalte schon geändert würden, bevor sie in der Praxis verstanden worden seien, sei Anlass zur intellektuellen Gegenwehr, stellte Kirchhof fest.

Der Bayerische Sparlöwe müsse nun „laut und vernemlich

brüllen“, die Sparsamkeit der staatlichen Haushaltsführung und die Einsichtigkeit der steuerlichen Belastungsprinzipien fordern, mit Löwenmut und Löwenkraft die Politik zur Umkehr zwingen. Demokratie in Deutschland sei erkämpft worden, um die Verschwendungssucht der Fürsten einzudämmen. Die Steuerzahler selbst sollten - repräsentiert durch ihre Abgeordneten – über Art und Intensität der Besteuerung entscheiden, ein Steuerrecht für das Volk sicherstellen.

Kirchhof abschließend: „Ich verstehe diese Feier als eine gemeinsame Elementarbekundung für diese Demokratie, für die wir mit der Kraft unserer Worte, unserer Dialogbereitschaft, unserer Friedlichkeit und unseres Selbstbewusstseins als für die Politik maßstabgebende Wähler einstehen werden.“

DK

Genossenschaftlicher Gründungsboom hält an

Auch 2010 hält der genossenschaftliche Gründungsboom an. Nach 48 Unternehmensneugründungen im Jahr 2009 rechnet der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) für 2010 mit einer ähnlichen Entwicklung. Im ersten Halbjahr 2010 wurden bereits 24 genossenschaftliche Unternehmen gegründet.

Deshalb ist sich Stephan Götzl, Präsident des GVB, sicher: „Wir werden das Gründungsergebnis des letzten Jahres mit Sicherheit wieder erreichen. Womöglich werden wir sogar einen neuen Gründungsrekord erleben.“

Wie schon im letzten Jahr liegt der genossenschaftliche Gründungsschwerpunkt auch 2010 im Bereich Energie. Zahlreiche neue Kooperationen widmen sich der regenerativen Energieerzeugung und der umweltfreundlichen sowie nachhaltigen lokalen Energieversor-

gung. Das reicht von der Gewinnung von Biogas über den Betrieb von Photovoltaikanlagen bis zum Aufbau von Nahwärmevervorsorgungsanlagen.

Zudem werden nach wie vor Genossenschaften zur Vermittlung von Dienstleistungen und zum Verkauf von Erzeugnissen aus landwirtschaftlicher Produktion gegründet. Überdies bilden sich vermehrt genossenschaftliche Netzwerke zur Innovationsberatung, Weiterbildung und Bereitstellung von Methoden- und Prozesswissen. □

Aktuelle Commerzbank-Studie zur Finanz- und Wirtschaftskrise:

Banken verlieren Vertrauen des Mittelstandes

Unternehmen fordern mehr Transparenz

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Vertrauen des bayerischen Mittelstands in die deutschen Banken erschüttert. Das geben 68 Prozent der Unternehmen in der aktuellen Befragung der Commerzbank-Initiative UnternehmerPerspektiven an. Kaum Schaden genommen hat hingegen die Beziehung zur eigenen Bank oder Sparkasse. 69 Prozent der Mittelständler in Bayern beurteilen das Vertrauensverhältnis zu ihren Hausbanken als unverändert.

„Das Hausbankenprinzip hat sich in der Krise bewährt – das ist eine gute Nachricht“, konstatiert Markus Beumer. „Allerdings muss uns Banken die nur durchschnittliche Zufriedenheit der Befragten mit ihren Instituten zu denken geben. Schließlich ist unser Ziel, dass Kunden uns langfristig die Treue halten und weiter empfehlen. Dafür müssen alle Banken bessere Arbeit leisten“, so der für das Mittelstandsgeschäft verantwortliche Commerzbank-Vorstand.

Prädikat „befriedigend“ statt Begeisterung

Die neunte Mittelstands-Studie der Commerzbank kommt zu dem Schluss, dass nur eine Minderheit der Firmenkunden mit ihren Bankpartnern wirklich zufrieden ist. 45 Prozent der Befragten aus Bayern sind mit ihren Bankbeziehungen lediglich „zufrieden“. Glänzende Zensuren verteilen die Unternehmen relativ sparsam: Ein knappes Drittel der Mittelständler ist mit seinen Kreditinstituten „sehr zufrieden“, nur 7 Prozent sind „äußerst zufrieden“.

Durchgefallen sind die Geldhäuser bei insgesamt 16 Prozent der Firmenkunden. Sie sind „weniger zufrieden“ beziehungsweise „unzufrieden“. Für die Studie zum Thema „Der Mittelstand und seine Banken“ befragte das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest von Mai bis Juli 2010 rund 4.000 Inhaber und Geschäfts-

führer mittelständischer Unternehmen in Deutschland zum Status quo sowie zu den Perspektiven im Corporate Banking – davon 640 Unternehmen aus Bayern.

Dass gekürzte Kreditlinien für Unmut sorgen, ist ein wenig überraschendes Ergebnis der Befragung. Bei der Frage nach den Treibern von Kundenzufriedenheit gibt die Studie indes interessanten Aufschluss: Positive Kreditentscheidungen wirken sich nur geringfügig aus, entscheidender sind vielmehr Service und Beratung.

Service und Beratung

Für 78 Prozent der Befragten werden diese beiden Faktoren künftig wichtiger sein als noch vor der Krise. Darüber hinaus spielen ebenfalls gute Konditionen weiterhin eine maßgebliche Rolle. Bei Gebühren und Konditionen mahnt der Mittelstand mehr Verhandlungsbereitschaft an. Außerdem erwarten die Unternehmen von ihren Bankpartnern mehr unternehmerisches Denken und Handeln: 82 Prozent der Befragten wünschen sich weniger Bürokratie, 62 Prozent fordern, dass Finanzinstitute die Geschäftsbeziehung nicht allein vom kurzfristigen Erfolg eines Unternehmens abhängig machen und auch in schwierigen Zeiten zu ihm stehen sollten. „Die Krise hat sich bei einigen Unternehmen als echter Prüfstein für die Bankbeziehung erwiesen“, stellt Marc

Steinkat, Vorsitzender der Geschäftsleitung Mittelstand Bayern Süd der Commerzbank, fest. „Bei 15 Prozent der befragten Unternehmer aus Bayern wurde die Geschäftsbeziehung zu ihren Hausbanken gestärkt – allerdings geben auch ebenso viele an, das Vertrauen sei beschädigt worden.“

Vertrauen ist keine Einbahnstraße

Der Mittelstand übt aber nicht nur Kritik an den Banken, sondern sieht auch bei sich selbst Defizite. Ein gutes Rating und eine höhere Eigenkapitalquote stehen ganz oben auf der unternehmerischen Agenda der Verbesserungen. Mehr als die Hälfte der Mittelständler will sich dafür grundsätzlich in Finanzfragen weiterbilden, weitere 41 Prozent wollen sich über alternative Finanzierungsformen informieren. Verbesserungsbedarf beim Finanzmanagement besteht aus Sicht der Unternehmen hingegen weniger – nur ein Drittel sieht sich hier in der Pflicht.

Darüber hinaus räumen viele der Befragten ein, sich gegenüber ihren Banken und Sparkassen stärker öffnen zu müssen, etwa wenn es um Geschäftsinformationen geht. Der Mittelstand will künftig nicht nur blanke Zahlen liefern, sondern Finanzierungsziele klarer benennen und mögliche Probleme frühzeitig ansprechen. Umgekehrt fordern die Unternehmen aber auch mehr Transparenz auf Seiten der Banken: bei standardisierten Bewertungsverfahren, in der Begründung unternehmensrelevanter Entscheidungen und bei der Erläuterung des gesamten Produktportfolios. □

Deutsche Bank
oeffentlicher-sektor.db.com

Fortschrittmacher

der; *kommunalwirtschaftl.*: weltweit vernetzter Partner, der vor Ort mit innovativen Lösungen die Weiterentwicklung regionaler Wirtschaftsräume fördert.



Die Deutsche Bank spricht die Sprache der öffentlichen Welt.

Und das schon seit vielen Jahren. Mit unserer Expertise und modernen Finanzinstrumenten unterstützen wir Kommunen und kommunale Unternehmen wie auch die private Wirtschaft der Region bei ihrer Entwicklung.

Als Ihr regionaler Ansprechpartner öffnen wir für Sie unser weltweites Netzwerk und bieten Ihnen innovative Lösungen. Davon profitiert Ihre gesamte Wirtschaftsregion.

Leistung aus Leidenschaft



Innovatives Verfahren für Klär- und Biogasanlagen:

Zauberwort Desintegration

Präsentation der Süd-Chemie AG auf der Fachmesse IFAT
Deutliche Kostenentlastung für öffentliche Kommunen

Eine neue Technologie sorgt für Aufsehen: Das weltweit tätige Spezialchemieunternehmen Süd-Chemie AG, München, stellte auf der Fachmesse IFAT ENTSORGA 2010 ein innovatives umweltfreundliches Verfahren für Klär- und Biogasanlagen vor. Dieses basiert auf elektrokinetischer Desintegration und kommt ohne Chemikalieneinsatz aus. Die Energieerzeugung von Klär- und Biogasanlagen kann somit um bis zu 30 Prozent gesteigert werden. Zusätzlich wird der Entsorgungsaufwand von Kläranlagen erheblich verringert. So können öffentliche Kommunen ihre Kosten im Klärbereich deutlich reduzieren.

In ihrem Geschäftsbereich Wasserbehandlung (Umsatz 2009: 67,6 Mio. Euro) bietet die Süd-Chemie Produkte und Lösungen zur Trink- und Nutzwasseraufbereitung und zum Wassermanagement für Kommunen und Unternehmen. Laut Bereichsleiter Dr. Christoph Riemer sind „Kläranlagen ein unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Abwasserreinigung, gelten aber mit als die größten Energie- und Kostentreiber von Gemeinden“. Der Grund: „Die Verfahrenstechnik von Kläranlagen ist sehr ineffizient.“

Höhere Energieausbeute

Durch die sog. Eigenenergieerzeugung, d. h. die Umwandlung des biologischen Klärschlammes in Faulgas, könnten derzeit nur ca. 30 Prozent des Energiebedarfs der Kläranlage gedeckt werden. In Biogasanlagen müssten die biologischen Ausgangsrohstoffe aufwändig mechanisch vorbehandelt und umgewälzt werden, um eine akzeptable Umwandlung in Biogas (=Energie) zu erzielen. Dadurch sinke der Gesamtwirkungsgrad der Anlage deutlich. Die Erweiterung der Kläranlage mit der Desintegrationsanlage der Süd-Chemie erhöhe die Energieausbeute bei der Klärschlammumwandlung um fast ein Drittel.

In weniger als einem Jahr hat Süd-Chemie gemeinsam mit ihren Technologiepartnern UAS Messtechnik GmbH, Viechtach, und der Fachhochschule Deggen-dorf ein eigenes Desintegrationsverfahren zur Marktreife entwickelt. Die Idee für das neue Verfahren ist Riemer zufolge das Ergebnis von Kundengesprächen.

Seit Ende 2009 ist eine solche Desintegrationsanlage im kom-

munalen Klärwerk Bruckmühl bei Rosenheim erstmals im Einsatz. 2010 folgten Anlagen in Landshut, Freising und Dingolfing. Wie der Bruckmühler Betriebsleiter Heinz Lanner hervorhob, handle es sich bei der neuen Anlage um die „unproblematischste, die wir je installiert haben“. Sie zeichne eine „enorme Wirtschaftlichkeit“ aus. Die Kläranlage hat eine Kapazität von rund 25.000 Einwohnergleichwerten. Im Prinzip könnten allerdings auch deutlich kleinere Anlagen mit der neuen Technik ausgerüstet werden und profitieren, so Süd-Chemie-Projektleiter Andreas Zacherl.

Deutliche Kostensenkung

Wie Heinz Lanner betonte, seien in den ersten sechs Monaten des Betriebs die Methangaserzeugung und damit die Eigenenergiegewinnung bereits um gut 20 Prozent erhöht worden. Zudem sanken die Betriebs- und Entsorgungskosten des Klärwerks deutlich, da der Einsatz von Flockungsmitteln zur Abwasserbehandlung und die Menge des zur Entsorgung anfallenden Klärschlammes um jeweils 10 Prozent verringert werden konnten. Die nach Lanners Aussage „für ein kommunales Klärwerk ohnehin nicht sehr hohe Investition von rund 43.000 Euro“ könne sich, nicht zuletzt wegen der geringen Betriebskosten der Desintegrations-Anlage, nach knapp zweieinhalb Jahren amortisieren.

Bei diesen neuartigen elektrokinetischen Desintegrationsverfahren wird der biologische Faulschlamm in Kläranlagen einem starken elektrischen Feld ausgesetzt. Die dadurch wirken-

den Kräfte zersetzen („desintegrieren“) die den biologischen Klärschlamm stabilisierenden Zellverbände und Zellmembranstrukturen (die sog. extrazellulären polymeren Substanzen, EPS). Dadurch kann die in den biologischen Zellen des Klärschlammes gebundene Energie in den biochemischen Prozessen im Faulbehälter der Kläranlage mit deutlich höherer Effizienz in Faulgas (Methangas) umgewandelt werden; die so gewonnene Energie wird für den Betrieb der Kläranlage genutzt.

Durch die verstärkte Umwandlung der Biomasse in Faulgas sinkt die Menge des anfallenden Restschlammes – und entsprechend die Entsorgungskosten. Da bei diesem Verfah-

ren lediglich ein starkes elektrisches Feld angelegt wird, aber kein Strom fließt, ist der Stromverbrauch der Desintegrationsanlage sehr gering. Auch deshalb ist das Desintegrationsverfahren, was die Effizienz anbelangt, anderen Verfahren deutlich überlegen.

Zukunftsmarkt

Biogasanlagen gelten als attraktiver Zukunftsmarkt – gegenwärtig wird ihre großflächige Verbreitung jedoch durch den relativ geringen Wirkungsgrad bei der Umwandlung von Biomasse in Energie behindert. So müssen die biologischen Ausgangsrohstoffe in Biogasanlagen in einer sog. Umwälzung mechanisch vorbehandelt werden; durch diesen zusätzlichen Energieaufwand sinkt der Wirkungsgrad der Technologie. Mit Hilfe der elektrokinetischen Desintegration der Süd-Chemie kann auf die Umwälzung verzichtet und somit der Wirkungsgrad von Biogasanlagen deutlich erhöht werden. **DK**



Gemeinsamkeit demonstrieren mit einem Stück des im Kanal versenkten Absorbers (v. l.): Fürths Baureferent Joachim Krauß, Mittelfrankens Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer, Projektleiterin Katrin Egyptiadis-Wendler, Innenminister Joachim Herrmann und Fürths Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung im Rathaus-Sitzungssaal. Bild: Heinz Wraneschtz

Auszeichnung gleich nach Inbetriebnahme:

„Innovative Bürgerbeteiligung“

Europas erstes Rathaus mit Abwasserheizung
Konjunkturpaket II macht Projekt erst möglich

Fürths Rathaus wird seit wenigen Tagen aus dem Abwasserkanal geheizt. Zwei Tage nach der Inbetriebnahme errang das Projekt den 1. Platz im Wettbewerb „Kommunen für Klimaschutz.“

Oberbürgermeister Thomas Jung, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Mittelfrankens Regierungspräsident Thomas Bauer und Fürths Baureferent Joachim Krauß demonstrieren bei der offiziellen Inbetriebnahme Einigkeit: Ein für die Umwelt und den Stadtsäckel gutes Projekt, meinten alle Vier.

Vor eineinhalb Jahren hatte der Stadtrat das Projekt für das „Konjunkturpaket II“ von Bundes- und Landesregierung angemeldet – mit Erfolg. Wie auch eine Reihe weiterer bewilligter Anträge bewiesen hätten, die Stadt habe mit dem Schwerpunkt Klimaschutz und energetischer Sanierung auf das richtige Pferd gesetzt, stellte Rathauschef Jung heraus. Aber er gab auch zu: „Das Geld kam zu rechten Zeit“, sonst wäre womöglich die alte Gasheizung einfach durch eine neue ersetzt worden. Nun ist der OB stolz auf „das erste Rathaus Europas mit Abwasserheizung.“

Für Minister Herrmann ist es „eine neue, innovative Art der Bürgerbeteiligung“. Wie der Minister bestätigte, wurde „die Stadt Fürth im Konjunkturprogramm besonders begünstigt und hat davon überdurchschnittlich profitiert.“ Zum Unwillen der Erlangen großen Nachbarstadt Erlangen, wie er süffisant anmerkte.

150 Liter Abwasser fließen pro Minute durch den Kanal in der Königstraße vor dem Rathaus. Dort hinein wurden 70 Quadratmeter Wärmetauscher gelegt, die der Kloake die Energie entziehen. Eine Wärmepumpe im Verwaltungsgebäude macht daraus 300 Kilowatt Heizwärme, die zu 70 Prozent des Winters für die Beheizung ausreichen. Ist es sehr kalt, springt eine recht kleine Gasheizung zur Unterstützung an.

Vorbildcharakter

Ein preiswürdiges Projekt, meint auch der Bundesverband Wärmepumpe (BWP). Deshalb gab es jetzt den 1. Preis im bundesweiten Wettbewerb „Kommunen für Klimaschutz“. „Ich würde mir wünschen, dass noch viele andere diesem Beispiel folgen!“, stellte BWP-Geschäftsführer Karl-Heinz Stawiarski den „Vorbildcharakter für andere Kommunen wie für ihre Bürger“ heraus.

550.000 Euro hat das System gekostet. Dafür gibt es 87,5 Prozent Zuschuss, weshalb sich die Investition für die Stadt schnell rechnet. Und außerdem produziert die Abwasserheizung jährlich „130 Tonnen Kohlendioxid sowie 14 Tonnen Feinstaub weniger“ als die alte Heizung, wie Projektleiterin Katrin Egyptiadis-Wendler erklärte. **wra**

Landkreis Freising:

Wasserversorger rücken zusammen

Die großen Wasserversorger im Landkreis Freising haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Offen für weitere Mitglieder, treffen sich Vertreter des Wasserzweckverbands Freising-Süd, der Wasserversorgung der Stadt Moosburg, der Stadtwerke Freising, des Zweckverbands Wasserversorgung Baumgartner Gruppe und des Zweckverbands zur Wasserversorgung Hörgerthausen Gruppe in halbjährigem Abstand zum Erfahrungsaustausch.

„Wir haben uns zusammengetan“, so Werkleiter Johann Hopfensberger vom Wasserwerk der Stadt Moosburg, „weil wir überzeugt sind, dass mehr Gemeinsamkeit zu einer noch besseren und qualitativ anspruchsvollen Versorgung der Bürger führt“. Natürlich gibt es schon eine lange Tradition der Zusammenarbeit in der Wasserwirtschaft. Diese aber in Zeiten vielfacher Veränderungen zu festigen, ist erklärtes Ziel der Arbeitsgemeinschaft. Auch in Zukunft sollen Unterbrechungen in der Versorgung der absolute Sonderfall bleiben. Für diesen Fall ist gerüstet. Notverbünde zwischen den einzelnen Versorgungsgebieten wurden geschaffen und erweitert.

Serviceleistung

Zum Teil wird bereits gemeinsam die Störfallannahme organisiert. Verantwortliche Anlaufstelle dafür ist die Störmeldezentrale bei den Stadtwerken Freising, die rund um die Uhr besetzt ist. Über eine gemeinsame Telefonnummer ist sie jederzeit für Bürger in den teilnehmenden Gemeinden bei Problemen mit der Wasserversorgung erreichbar. „Die Stadtwerke Freising halten qualifiziertes Personal für ihren Netzbereich vor, und bieten das Leistungsspektrum als Serviceleistung nun auch weiteren gemeindlichen Wasserversorgern an“, so Andreas Voigt von den SW FS. Dass dieser Service auch gut funktioniert, wurde nach acht Monaten Erfahrung von den Beteiligten mit Anerkennung bestätigt.

Ein besonderes Anliegen der Arbeitsgemeinschaft ist der praktische Erfahrungsaustausch, verbunden mit einer gemeinschaftlichen Nutzung der vorhandenen Technik. Nicht jeder muss sich Spezialausrüstungen anschaffen. Diese sollen zukünftig auf Anforderung den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft gemeinsam zur Verfügung stehen. Ähnlich verhält es sich mit dem Fachpersonal. Mit der engen Kooperation verbindet sich zwangsläufig ein permanenter Wissensaustausch.

Der Zweckverbandsvorsitzende der Baumgartner Gruppe, Bgmstr. Anton Geyer berichtete in der letzten Sitzung ausführlich über die umfassenden Maßnahmen zur Reduzierung der Netzverluste.

Viel Überzeugungsarbeit

„Trotz aller Vorteile, die sich durch einen Zusammenschluss ergeben, heißt es doch noch, viel Überzeugungsarbeit gegenüber den politisch Verantwortlichen zu leisten“, so Franz Rauch, Geschäftsführer des Wasserzweckverbandes Freising-Süd und Mathäus Faltermair vom Wasserzweckverband Hallertau. Wasserversorgung ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und das muss auch so bleiben. Es gibt aber vielerorts noch Vorbehalte gegen Zusammenschlüsse. Sie begründen sich durch die Sorge, die Verantwortung über das Wasser aus den Händen zu geben, oder Bedenken gegenüber einem steigenden bürokratischen Aufwand. „Gerade die Herausforderung zukunfts-fähig zu bleiben, den gestiegenen Anforderungen an eine sichere Wasserwirtschaft zu entsprechen und dabei wirtschaftlich zu handeln, verpflichtet in Zeiten globaler Umbrüche zu einer verstärkten Zusammenarbeit“, so Rauch und Stegmair, Bürgermeister von Hohenkammer.

„Wir sind überzeugt, dass unser Modell zukunftsfähig ist, und wir sind offen für weitere Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Landkreis Freising“, betont Andreas Voigt abschließend. □

Erster DWA-Kurs „Gewässerunterhaltung“

20 Praktiker aus Bayern und Sachsen trafen sich für fünf Tage in Spindlhof am Regen, um Fragen der ökologisch orientierten Gewässerunterhaltung zu vertiefen. Der Kurs hat zum Ziel, die mit den Fließgewässern verbundenen ökologischen Möglichkeiten lebendig und praxisnah darzustellen.

Initiiert durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und unterstützt durch den Bayerischen Städtetag und den Bayerischen Gemeindetag startete der DWA-Landesverband Bayern den Kurs „Ökologisch orientierte Gewässerunterhaltung“. Der Kurs wurde durch Herrn Dipl.-Ing. Walter Binder und Herrn Dipl.-Ing. Raimund Schoberer, beide langjährig an zentraler Stelle im Bereich der Gewässerpflege und -entwicklung tätig, geleitet.

In Fachreferaten wurden die Teilnehmer über die neuesten gesetzlichen Vorgaben informiert, die fachlichen Grundlagen zur ökologischen Aufwertung von Fließgewässern vorgestellt, und ermutigt die bestehenden Handlungsspielräume für mehr Natur an unseren Gewässern aufzugreifen. Dazu wurden folgende Themen vertieft: Ingenieurbio-logische Bauweisen, EG-WRRL, Natura2000 und Landwirtschaft, Vergabebereinweise (VOB), Verkehrssicherung und Arbeitsschutz.

Auf Exkursionen an Gewässer in der Oberpfalz wurden Beispiele der ökologisch orientierten Gewässerunterhaltung und der Einsatz von Pflegegeräten vorgestellt und zahlreiche Fragestellungen anschaulich diskutiert.

Das Resümee dieses ersten Kurses fällt durchweg positiv aus. Alle Kursteilnehmer bestätigten während des Kurses aber auch im Teilnehmerecho die Notwendigkeit eines derartigen beruflichen Qualifizierungsangebotes. Mit der Umsetzung der Maßnahmenprogramme nach EG WRRL gewinnt die ökologisch orientierte Gewässerunterhaltung zunehmend an Bedeutung. Der Kurs „Gewässerunterhaltung“ unterstützt die Umsetzung der damit verbundenen Aufgaben bei der täglichen Arbeit sowohl fachlich wie auch wirtschaftlich und schließt damit eine Lücke in der beruflichen Fortbildung.

Der nächste Kurs „Gewässerunterhaltung“ wird vom 9. bis 13. Mai 2011 stattfinden. □

Umweltminister Markus Söder:

Hochwasserschutz Vilsbiburg und Landshut verbessert

Insgesamt 5,3 Millionen Euro investiert

In Niederbayern wurden zwei neue Hochwasserschutzanlagen fertig gestellt. „Vilsbiburg und Landshut sind ab sofort besser vor Hochwasser geschützt. Das bedeutet ein Mehr an Sicherheit für die Region“, sagte Dr. Markus Söder, Umweltminister, bei der Einweihung der neuen Schutzsysteme. „Wirksamer Hochwasserschutz ist und bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe für Bayern“, so Söder.

Schutzmaßnahmen für rund 4,1 Millionen Euro bieten ab sofort zusätzliche Sicherheit vor Hochwasser für Vilsbiburg. Die Baumaßnahmen kombinieren natürlichen Rückhalt und Schutzmauern.

Renaturierung der Großen Vils

Die Große Vils wurde auf 500 Metern Länge renaturiert. Vom Stadteingang bis zum Festplatz wurden 400 Meter lange Hochwasserschutzmauern errichtet und damit gleichzeitig der Bau neuer Uferpromenaden im Stadtkern ermöglicht. Über 50 Prozent der Kosten – rund 2,1 Millionen Euro – stellten Freistaat und EU zur Verfügung. 25 Prozent übernahm der Bezirk Niederbayern und 20 Prozent die Stadt Vilsbiburg.

Das Hochwasserrückhaltebecken Attenkofen schützt ab sofort Landshut mit den Stadtteilen Schönbrunn, Auwaldsiedlung, Auloh und Schweinbach. Es fasst 65.000 Kubikmeter Wasser. Damit kann bei Hochwasser der Zufluss des Eichengrabens zum Schweinbach reduziert werden. Der Eichengraben hat ein steiles Einzugsgebiet und ein enges Bachtal. Deshalb steigt sein Pegel bei Regen schnell und stark an. Von den Gesamtkosten des Projekts in Höhe von 1,2 Millionen Euro übernimmt der Freistaat 850.000 Euro.

Insgesamt investiert der Freistaat von 2001 bis 2020 in seinem Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2,3 Milliarden Euro – im laufenden Jahr allein 150 Millionen Euro.

Weitere Informationen unter www.wasser.bayern.de □

StoCretec:

Mörtelsystem für Kläranlagen

Klärbecken dauerhaft schadenfrei

Höhere Restdruck-Festigkeit, geringere Korrosionstiefe und weniger Dehnung als ein „Norm-Mörtel“: Die StoCretec-Mörtel für Kläranlagen übertreffen die technischen Werte eines Referenzmörtels gemäß Sielbaurichtlinie in vielen Anforderungspunkten. Sie kommen oberhalb, innerhalb und unterhalb der Wasserwechselzone zum Einsatz und stellen eine Komplett-Lösung zur Sanierung von Kläranlagen dar – bis zur Expositionsklasse XA3.

Kläranlagen sind stark durch Säuren (bspw. Schwefel) und Salze (bspw. Nitrate) belastet

und müssen mit besonders widerstandsfähigen Baustoffen errichtet werden. Im Regelfall



Das mit Chemikalien zersetzte Abwasser greift die Betonoberfläche der Becken an. Bild: StoVerotec GmbH

Modernisierte Rottal Terme in Bad Birnbach:

Neue Dimension der Erholung

Nach über fünf Jahren Bauzeit konnte die neu sanierte Rottal Terme im niederbayerischen Bad Birnbach feierlich eingeweiht werden. Der Entschluss zum Umbau wurde wegen zu geringer Ruhemöglichkeiten im Thermenbereich gefasst. Während der vier Bauabschnitte wurde unter anderem der Sauna- und Gastrobereich neu gestaltet. Vor allem wirtschaftlich soll die Erweiterung von Vorteil sein. Die Kosten für die Komplettsanierung betrugen rund 17 Millionen Euro.

Exklusive Attraktionen und Neuheiten erwarten die Besucher der neuen Rottal Terme seit der Eröffnung Ende Juli dieses Jahres. „Zahlreiche exklusive Neuheiten begeistern nicht nur die Gäste des ländlichen Bades, sondern tragen die Terme auch ein großes Stück weiter in den Olymp der deutschen Wohlfühl-Oasen“, freut sich Thermenchef Josef Beil, dem die Rottal Terme ihr erfrischendes neues Aussehen verdankt und der den Leitbetrieb Bad Birnbachs unter den Top-3-Thermen Deutschlands positioniert sehen möchte.

Stabilitätsanker

Im Beisein des niederbayerischen Bezirksstadtspräsidenten Manfred Hölzlein, Rottal-Inns Landrätin Bruni Mayer sowie dem 1. Bürgermeister von Bad Birnbach, Josef Hasenberger, wies Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel beim Festakt darauf hin, dass sich das Golf- und Thermenland für die Region Niederbayern als Stabilitätsanker erwiesen habe.

Hervorragend aufgestellt sei auch der Tourismusstandort Bad Birnbach. Die steigenden Übernachtungszahlen vor Ort und in den umliegenden Gemeinden in den vergangenen Jahren sprächen hier eine deutliche Sprache. Mit dem Umbau und der Modernisierung der Rottal Terme habe die Kommune nunmehr ein weiteres Highlight gesetzt. Wie Hessel erläuterte, konnte sich Bad Birnbach dabei auf die Unterstützung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums verlassen: „Wir haben in den vergangenen fünf Jahren das Projekt mit insgesamt 3,72 Millionen Euro gefördert. Fast 2 Millionen Euro hat dabei die EU kofinanziert.“

Bei allen Bestrebungen der Staatsregierung sei darauf hinzuweisen, dass die Heilbäder

und Kurorte mit ihren Betrieben und Einrichtungen ihre Chancen selbst konsequent nutzen und Marktnischen erkennen müssen, so Hessel. Das hohe Potential des Gesundheitstourismus werde durch Marktanalysen immer wieder bestätigt: Danach gibt es heuer fast 10 Millionen Wellness-Interessierte in Deutschland. Die größten Zukunftschancen bieten Wohlfühl-Qualitätsprodukte mit medizinischen Inhalten, z. B. zur Prävention und Gesunderhaltung. Zudem steigt generell die Bereitschaft der Menschen, sich die Gesundheit etwas kosten zu lassen. Um an diesen Entwicklungen partizipieren zu können, müssten sich Kurorte und Heilbäder noch stärker am Leitsatz: „Qualität statt Quantität“ orientieren.

Fünf Schwerpunkte

Es gelte, die eigene Entwicklung auf fünf Schwerpunkte zu fokussieren: die klassische Kur festigen, Alleinstellungsmerkmale herausstellen und weiterentwickeln, medizinische Gesundheitsdienstleistungen für den Wachstumsmarkt „Prävention“ schaffen, Qualitätsangebote für den anspruchsvollen, vorwiegend selbst zahlenden Gesundheitsgast auflegen und neuen strategischen Allianzen aufgeschlossen gegenüber stehen.

Symbiotic-Gesundheitskur

Bad Birnbach habe dies erkannt und biete seinen Gästen gemeinsam mit der Hotellerie seit neuestem die Symbiotic-Gesundheitskur an. Dieses neue komplementärmedizinische Angebot ist nach Hessels Angaben zugleich ein Paradebeispiel für eine erfolgreiche Kooperation eines Heilbads mit der Gesundheitswirtschaft. **DK**

genügt nicht ein Mörtel – erst ein System mit aufeinander abgestimmten Komponenten bietet Sicherheit und Dauerhaftigkeit. Unter diesem Leitgedanken entwickelte StoCretec kunststoffmodifizierte, zementgebundene Mörtel für kommunale Kläranlagen:

Hohe Widerstandsfähigkeit

Für den Schutz und die Instandsetzung wasserberührter Betonbauteile stehen mehrere Mörtel zur Verfügung:

- der Nassspritzmörtel StoCrete TS 250,
- der manuell verarbeitbare Grobmörtel StoCrete TG 252 (mit zugehöriger Haftbrücke StoCrete TH 250) und
- der Feinspachtel StoCrete TF 250.

Diese Komponenten errei-

Lauschangriff auf die Trinkwasser-Fernleitung

WFW testet neue Technologien für die Versorgungssicherheit

Wie lange kann eine Trinkwasser-Fernleitung aus Spannbeton betrieben werden, bevor sie erneuert werden muss? Wie können dort auch kleine Leckagen frühzeitig entdeckt und dadurch gezielt behoben werden? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Zweckverband Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum (WFW) seit geraumer Zeit. Mit dem System SmartBall® Leak Detection konnte der WFW nun erstmals in Deutschland eine Technologie zur Leckerkennung und -ortung in großen Spannbeton-Fernleitungen einsetzen.

Am 4. August um 8:45 Uhr drückten die Experten eines kanadischen und eines spanischen Unternehmens eine tennisballgroße Kugel mit intelligentem Innenleben durch ein Ventil im Hochbehälter Graisbach bei Donauwörth in die WFW-Fernleitung Richtung Nürnberg. 7,5 Stunden später wurde der sogenannte SmartBall® nach 21 Kilometern Leitungspassage kurz vor Treutlingen wieder über ein Fangnetz geborgen.

Problemloses Rollen

Die Ingenieure des WFW hatten den Wasserstrom in den Rohren mit einem Durchmesser von 1,40 Metern mit rund 1.700 Litern je Sekunde so eingestellt, dass der Ball mit seiner Schaumstoff-Umhüllung über größere Abzweige und Abgänge problemlos hinwegrollen konnte. Unterwegs zeichnete ein Hydrophon alle Geräusche in der Rohrleitung auf und speicherte sie in einem Mikro-Chip. Ein Beschleunigungsmesser, ein Magnetometer, ein Ultraschallsender in Kombination mit 26 an den Armaturen in den Leitungsschächten angebrachten Sensoren stellten die exakte Positionsbestimmung des Balls sicher.

Die Auswertung der akustischen Aufzeichnungen mittels einer speziell hierfür entwickelten Software zeigte dann tatsächlich

chen eine hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber Säure und Salz bzw. schwefelsaurem und beton-aggressivem Wasser – bis zur Expositionsklasse XA3. Damit eignen sie sich ideal für das dauerhafte Instandsetzen von Vorklär-, Belebungs- oder Nachklärbecken.

Vorgaben für den Einsatz von Produkten in abwassertechnischen Anlagen

Eine Hauptanforderung an abwassertechnische Anlagen ist deren Beständigkeit gegenüber chemischen Wirkstoffen. Abwasser ist gemäß DIN 1045-2 der Expositionsklasse „XA“ (chemischer Angriff) zuzuordnen. DIN 4030-1 legt für natürliche Böden und Grundwasser die Expositionsklassen fest.

Richtlinie schließt Lücke

Die Beständigkeit der Produkte und Systeme ist nach diesen Vorgaben nachzuweisen und einer der Expositionsklassen (XA1, XA2, XA3) zuzuord-

nen. Keine adäquate Berücksichtigung findet hier die biogene Schwefelsäurekorrosion. Diese Lücke schließt die „Richtlinie für die Prüfung von Mörteln für den Einsatz im Sielbau, Fassung 2001“. Schutz und Instandsetzung von Betonbauwerken in kommunalen Kläranlagen regelt das Merkblatt DWA-M 211: 2008-04.

Referenzmörtel übertreffen

In einem Test verglich das Institut für Baustoffe, Bauphysik und Bauchemie (TU Hamburg-Harburg) die neue Generation

von Kläranlagenmörtel mit einem Referenzmörtel, der in seiner Qualität der Sielbau-Richtlinie entspricht. Einzelne Ergebnisse sind:

- die relative Restdruckfestigkeit ist nach Einlagerung in Ammoniumnitrat bis zu viermal höher
- die Gesamtkorrosionstiefe der Kläranlagenmörtel ist geringer, zum Teil nur 10 Prozent des Referenzmörtels,
- die Dehnung nach Einlagerung in Natriumsulfat beträgt lediglich 60 bis 70 Prozent.

Die StoCretec-Systemmörtel erfüllen die Anforderungen der Klassen XA2 und XA3. **□**



Mit Hilfe des StoCretec Mörtelsystems wird das Vorklärbecken der Kläranlage Bingen-Büdesheim wieder Instand gesetzt. Foto: StoVerotec GmbH

Am Innkanal:

Sanierung der Unterwasserkanalbrücken

Verbund Innkraftwerke wollen rasche Lösung

Der Verbund, Österreichs führendes Stromunternehmen und Betreiber der bayerischen Innkraftwerke, hat seit Mai diesen Jahres weitere Gespräche mit den Landratsamt Altötting und der Stadt Töging am Inn über die Sanierung der beiden Unterwasserkanalbrücken geführt und drängt auf eine schnelle Lösung. Abschließende Gespräche mit dem Staatlichen Bauamt Traunstein werden auf Grund der Urlaubszeit erst in der zweiten Septemberhälfte geführt. Dann soll die Entscheidung fallen, ob gegebenenfalls staatliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden können.

Klaus Schöler, Werksgruppenleiter der Verbund Innkraftwerke GmbH, bittet daher noch um etwas Geduld und Verständnis: „Wir möchten die für alle Beteiligten beste Lösung finden. Das Thema braucht jedoch auf Grund der finanziellen Tragweite einfach Zeit. Im Frühjahr nächsten Jahres soll mit den Bauarbeiten begonnen werden. Spätestens im September brauchen wir hierzu die Entscheidung.“

Im wasserrechtlichen Bescheid des Landratsamts Mühldorf aus dem Jahr 2001 wird ausdrücklich der Erhalt der Brücken im Bestand festgelegt; die Brücken sind aber nur auf drei und vier Tonnen ausgelegt. Diese bescheidsgemäße Sanierung würde jedoch dazu führen, dass die Brücken für die betroffenen Landwirte mit ihren schweren landwirtschaftlichen Geräten nicht mehr befahrbar wären. Diese Brücken stammen aus dem Jahre 1925 und wurden seinerzeit für Pferdefuhrwerke und Grundwasser, das im ca. 100 Kilometer entfernten WFW-Wasserkraftwerk Genderkingen im Lech-Donau-Mündungsgebiet gewonnen wird. Über drei Hochbehälter und 15 Übergabestationen transportiert die WFW Fernleitung jährlich knapp 30 Millionen Kubikmeter Trinkwasser nach Nürnberg, Fürth, Erlangen und über weitere Zweckverbände bis vor die Tore Würzburgs und Bayreuths.

Größter Fernversorger Bayerns

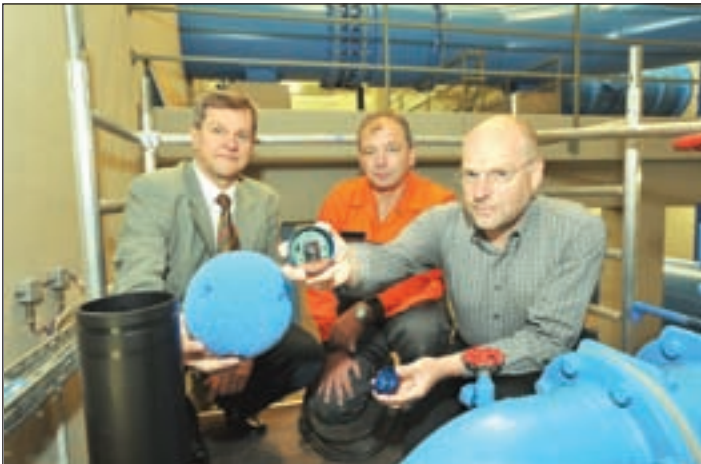
Der Zweckverband Wasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum ist der größte Fernwasser-versorger Bayerns. Er wurde 1966 gegründet, um den Trinkwasserbedarf insbesondere des Großraumes Nürnberg langfristig zu sichern. **□**

kleine Fahrzeuge ausgelegt. In moderneren Zeiten sind aber die landwirtschaftlichen Geräte deutlich größer und schwerer geworden. Die Idee, beide Brücken durch eine neue größere Brücke zu ersetzen, ist viel kostspieliger: Der Differenzbetrag zwischen der Sanierung beider Brücken im Bestand und einer neuen Brücke mit der von den Landwirten gewünschten höheren Traglast (30 Tonnen) beträgt rund 850.000 Euro. Hierzu soll mit den zuständigen Ämtern überprüft werden, ob von staatlicher Seite Fördergelder zur Verfügung gestellt werden können.

Stand der Gespräche

Im Mai fanden die letzten Gespräche zwischen Landratsamt Altötting und VERBUND Innkraftwerke statt. Aus Sicht des Landkreises bestehen keine triftigen Gründe gegen den Rückbau von zwei auf eine Brücke, wenn als Ersatz eine Brücke mit entsprechend hoher Traglast gebaut wird. „Das Landratsamt hat uns mittlerweile jedoch schriftlich mitgeteilt, dass vom Amt für ländliche Entwicklung für diese Lösung keine Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können“, informiert Schöler.

Darauf hin nahm der Werksgruppenleiter Kontakt mit der Stadt Töging am Inn auf, um über diesen Weg mögliche Förderungen auszuloten. Hierzu hat sich die Stadt mit einer entsprechenden Anfrage an das Staatliche Bauamt Traunstein gewendet. Von dort gibt es noch keine schriftliche Stellungnahme. Ein abschließendes Gespräch zwischen Bauamt, Stadt, Landkreis und Verbund sei nach der Ferienzeit, in der zweiten Septemberhälfte geplant. **□**



Eine tennisballgroße Kugel mit intelligentem Innenleben wird zugleich durch ein Ventil im Hochbehälter Graisbach bei Donauwörth in die WFW-Fernleitung Richtung Nürnberg gedrückt. **□**

Ratssitzungen:

Gewährleistung des ordnungsgemäßen Ablaufs

Als ein Rundfunkreporter dauernd Videoaufnahmen in einer Ratssitzung machen wollte, begründete er sein Verlangen mit dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit, was grundsätzlich in Frage kam. Trotzdem wollte der Bürgermeister das gewünschte Zugeständnis nicht machen. Deshalb hat sich Oberverwaltungsgericht Saarland im Beschluß vom 30.8.2010 – 3 B 203/10 – mit der Angelegenheit befasst.

Bei den öffentlichen Sitzungen eines Gemeinderats handelt es sich um allgemein zugängliche Informationsquellen. Sie unterfallen dem Schutzbereich der Informationsfreiheit. Begünstigt sind auch Vertreter der Medien. Sie dürfen zusehen und zuhören und sind berechtigt, die auf diese Weise aufgenommenen Informationen mit Hilfe der Presse, des Rundfunks oder anderer elektronischer Medien zu verbreiten.

Schutzbereichsbestimmung

Mit der gesetzlichen Anordnung der Öffentlichkeit einer Informationsquelle ist aber nicht zugleich der Schutzbereich der Rundfunkfreiheit bezogen auf diese Informationsquelle bestimmt. Für die Bestimmung des konkreten Schutzbereichs der Rundfunkfreiheit kommt es ne-

ben der allgemeinen Zugänglichkeit der Informationsquelle zusätzlich noch auf die Art der Zugangseröffnung an. Denn der Grundsatz der Öffentlichkeit besagt noch nichts über die Modalitäten, unter denen die Öffentlichkeit zugelassen wird.

Jedoch hat der Vorsitzende des Gemeinderats die Aufgabe, die Sitzungen zu eröffnen und zu schließen, die Verhandlungen zu leiten, die Ordnung zu handhaben und das Hausrecht auszuüben. Das die Sitzungsgewalt umschließende Hausrecht des Ratsvorsitzenden erweist sich als eine zulässige, auf einem allgemeinen Gesetz beruhenden Schranke der Rundfunkfreiheit.

Funktionsfähigkeit

Dem Grundrecht der Rundfunkfreiheit kann also die Funkti-

onsfähigkeit des Gemeinderates entgegengehalten werden. Auch kann nicht außer Acht gelassen werden, dass die lückenlose Erfassung der öffentlichen Sitzungen in Ton und Bild erheblichen Einfluß sowohl auf das Verhalten der Ratsmitglieder als auch auf die Funktionsfähigkeit des Gemeinderates haben kann. Dadurch kann jede Nuance der Rede, einschließlich der rhetorischen Fehlleistungen, der sprachlichen Unzulänglichkeiten und den Gemütsbewegungen des Redners dauerhaft und ständig reproduzierbar konserviert werden.

Gemeindliches Interesse

Im Ergebnis ist das Oberverwaltungsgericht Saarland der Auffassung, dass der Ratsvorsitzende im Rahmen der von ihm wahrgenommenen Sitzungsgewalt auch mit Blick auf die entgegenstehende Rundfunkfreiheit befugt ist, zur Gewährleistung eines geordneten Sitzungsbetriebs und des gemeindlichen Interesses an einer unbeeinträchtigt-

ten Funktion des Gemeinderats eine lückenlose Aufzeichnung deren öffentlicher Sitzungen in Ton und Bild zum Zwecke der Rundfunkberichterstattung eventuell auch zu untersagen. Denn eine von psychologischen Hemmnissen und Beeinflussungen möglichst unbeeinträchtigte Atmosphäre gehört zu den notwendigen Voraussetzungen eines geordneten Sitzungsbetriebs, den der Ratsvorsitzende zu gewährleisten hat. Dies beruht auf dem letztlich in der Gewährleistung der Selbstverwaltung verankerten öffentlichen Interesse daran, dass die Willensbildung des Rates als demokratisch legitimer Gemeindevorteil ungezwungen, freimütig und in aller Offenheit verläuft.

Verhältnismäßigkeit

Generell gilt aber der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Der Ratsvorsitzende kann also den Bedenken einzelner Ratsmitglieder gegen eine Herstellung der Medienöffentlichkeit auch dadurch Rechnung tragen, dass der Rundfunkveranstalter nur mit der Maßgabe zugelassen wird, bestimmte einzelne Ratsmitglieder nicht in Bild oder Ton aufzunehmen. Sonst ist die unbeeinträchtigte Funktion des Gemeinderates nicht gewährleistet.

Schutz der Persönlichkeitsrechte

Der Ratsvorsitzende war verpflichtet, im Rahmen seiner Sitzungsgewalt eine ordnungsgemäße Entscheidung zu treffen, die ermessensfehlerfrei, unter Abwägung der unterschiedlichen kollidierenden Interessen und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zustande kam. Dabei musste aber auch berücksichtigt werden, dass die Ratsmitglieder, die ein öffentliches Amt angenommen hatten, um das sie sich zuvor beworben hatten, im Rahmen öffentlicher Ratssitzungen grundsätzlich nicht als Privatpersonen, sondern als Mandatsträger agieren. Der Schutz, der ausschließlich ihrer eigenen Bestimmung unterliegenden Persönlichkeitsrechte wird dadurch relativiert und muß in aller Regel hinter den für eine lebendige Demokratie bedeutsamen Grundrechten der Rundfunkfreiheit zurücktreten.

Erneute Entscheidung

Letztlich wurde der Ratsvorsitzende verpflichtet, erneut unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts über den Antrag des Rundfunkreporters auf die Zulassung von Videoaufnahmen während der gesamten Ratssitzung zu entscheiden. Eine ordnungsgemäße Entscheidung musste ermessensfehlerfrei unter Abwägung der unterschiedlichen kollidierenden Interessen und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit getroffen werden.

Ratsmitglieder:

Fahrkosten für Mandatausübung

Grundsätzlich können die Mitglieder des Rates, seiner Ausschüsse und Fraktionen die Erstattung der Fahrkosten beanspruchen, die ihnen durch die Mandatausübung entstehen. Jedoch obliegt die Aufgabenwahrnehmung den Mitgliedern grundsätzlich nur in dem Gremium selbst. Wird das Mitglied von sich aus oder auf Anregung von Bürgern außerhalb der Gemeindevertretung und gebildeter Ausschüsse tätig, werden hierdurch regelmäßig keine Erstattungsansprüche ausgelöst.

Es ist eben davon auszugehen, dass die Mitglieder grundsätzlich verpflichtet sind, an den Sitzungen der Gremien teilzunehmen, denen sie angehören. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Gremien beschlussfähig sind und ihre Aufgaben erfüllen. Daher entspricht die Anwesenheitspflicht dem Gebot, dass die Mitglieder ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung ausüben. Die Anwesenheitspflicht ergibt sich auch daraus, daß bei wiederholtem ungerechtfertigtem Fernbleiben Sanktionen erfolgen können.

Besonderer Aufwand

Probleme tauchen hinsichtlich der Fahrkosten auf, die für die Anreise von Sitzungen von einem anderen Ort als dem Wohnsitz entstehen. Insoweit wird die Auffassung vertreten, es wäre zunächst Sache des Mitglie des zu prüfen, ob ein besonderer Aufwand für die Anreise von einem anderen Ort als seinem Wohnort einen Grund darstellt, der es nicht nur rechtfertigt, sein Fernbleiben zu entschuldigen, sondern ihn sogar hindert, an der Sitzung teilzunehmen, wenn er nicht auf den Ersatz der Reisekosten verzichten wolle. Insoweit ist zu differenzieren: Bei außerordentlich wichtigen Beratungen, Entscheidungen und Wahlen lässt sich ein wesentlich höherer Aufwand für eine von einem entfernten Ort notwendige Anreise rechtfertigen als bei eher routinemäßigen Veranstaltungen. Dem Rat soll die Beurteilung obliegen, weil er zu entscheiden hat, ob eines seiner Mitglieder ungerechtfertigt ferngeblieben ist. Dem Fahrkostenerstattungsanspruch kann dementsprechend nicht entgegengehalten werden, ein Mitglied hätte der Sitzung wegen einer Bade-

kur in einem entfernten Kurort entschuldigt fernbleiben dürfen.

Korrelat

Allgemein ist davon auszugehen, dass Fahrkosten nach ihrem Sinn und Zweck das Korrelat für die Teilnahmepflicht an Sitzungen des Rates bzw. der Ausschüsse darstellen. Aber auch Fraktionssitzungen und Sitzungen von Teilen einer Fraktion können Fahrtkostenerstattungsansprüche hervorrufen. Diese Auffassung wird beispielsweise vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof im Urteil vom 22.3.2007 – 8 N 2359/06 – und vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof im Beschluß vom 18.10.1989 – Nr. 4 N 88.2271 – vertreten. Es sind also auch Fahrkosten zu Fraktionssitzungen dem Grunde nach als erstattungsfähig anzusehen, wenn und soweit die Sitzung unmittelbar der Vorbereitung der Sitzungen und Beschlußfassungen des Rates oder eines seiner Organe dienen. Ob auch Reisen zu anderen Veranstaltungen, die diesem Zweck dienen, erstattungsfähig sind, erscheint fraglich.

Kostenerstattung

In einem Urteil vom 17.6.2010 – 8 A 1364/09 – hat sich der Hessische Verwaltungsgerichtshof nunmehr zu einem Kostenerstattungsanspruch geäußert, der von einem Ratsmitglied für eine Reise zur Einweihung von zwei öffentlichen Gebäuden geltend gemacht wurde. Der Fahrkostenerstattungsanspruch war nicht begründet, weil es nicht um die Teilnahme an einer Ratssitzung oder seiner Ausschüsse ging; es fehlte an dem unmittelbaren Zusammenhang mit der Tätigkeit im Rat oder in dessen Ausschüssen oder in Fraktionsarbeitskreisen.

Dr. O.

Vertraglicher Verzicht auf Abgaben ist nichtig

Nach dem Kommunalabgabenrecht dürfen die Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen Abgaben in Form von Steuern oder Gebühren erheben. Sie sind dabei aber an die Gesetze gebunden.

Dies schließt es aus, dass die Gemeinde einerseits und ein Grundstückseigentümer oder Unternehmer andererseits von den gesetzlichen Regelungen abweichende Vereinbarungen treffen, sofern nicht das Gesetz dies ausnahmsweise gestattet. Der Grundsatz, dass die Abgabenerhebung nur nach Maßgabe des Gesetzes und nicht abweichend von den gesetzlichen Regelungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen den Beteiligten erfolgen kann, ist für einen Rechtsstreit so fundamental und für jeden rechtlich Denkenden so einleuchtend, dass seine Verletzung als Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot zu betrachten ist, das die Nichtigkeit zur Folge hat.

Bestimmender Einfluß

Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Magdeburg im Beschluß vom 28.10.2009 – 4 K 470/08 vertreten. Danach ist es auch ausgeschlossen, dass Grundstückseigentümer oder Unterneh-

mer durch Vereinbarung mit der Gemeinde bestimmenden Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung von Abgabensatzungen nehmen können.

In dem konkreten Fall ging es um Abgabenforderungen eines Abwasserzweckverbandes. Nach der Satzung kam unter bestimmten Voraussetzungen ein Ermessen der Gemeinde in Frage. Damit wollte sich ein Unternehmer aber nicht zufrieden geben. Deshalb verpflichtete sich die Gemeinde, bestimmte Satzungsregelungen zu treffen oder beizubehalten. Insoweit sollte die Entscheidung eingeschränkt werden.

Verpflichtungen zum Erlaß oder Beibehaltung bestimmten Ortsrechts sind danach mit Stellung und Funktion des Ortsgesetzgebers unvereinbar und verstoßen gegen das Demokratieprinzip. Eine Beeinträchtigung der dem Ortsgesetzgeber eingeräumten Entscheidungsfreiheit wirkt sich zwangsläufig zum Nachteil der übrigen Benutzer der öffentlichen Einrichtung aus.

Dr. tt

Nicht jedes Ergebnis einer Bürgermeisterwahl wird allgemein mit Begeisterung aufgenommen und es taucht dann die Frage der Anfechtung einer solchen Wahl auf. Allgemein gilt, dass eine Wahlanfechtung Erfolg hat, wenn bei der Vorbereitung der Wahl Unregelmäßigkeiten vorkommen, die das Wahlergebnis beeinflusst haben könnten. Ein Bürgermeister, der sich um seine Wiederwahl bemüht, darf sich jedenfalls in gleichem Umfang und mit gleichen Mitteln beteiligen wie ein anderer Wahlbewerber. Auch sind Inhaber öffentlicher Ämter vor einer Wahl nicht gehindert, die ihnen obliegenden Aufgaben weiter „normal“ auszuüben.

Dazu gehört auch die zu den Amtspflichten rechnende Öffentlichkeitsarbeit wie z. B. – neutrale – Hinweise im Hinblick auf eine bevorstehende Wahl. Der Zulässigkeit amtlicher Öffentlichkeitsarbeit findet ihre Grenze aber dort, wo offene oder versteckte Wahlwerbung beginnt. Ein amtierender Bürgermeister ist aber nicht allein deshalb, weil er sich um seine Wiederwahl bemüht, gehindert, eine kurz vor dem Wahltag stattfindende Sitzung der Gemeindevertretung zu leiten. Unzulässig ist es aber, die Wahrnehmung des Amtes mit den Aktivitäten als Wahlbewerber zu verbinden. Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgerichts Greifswald im Beschluß vom 4.5.2010 – 2 L 177/09 – vertreten.

Gemeindewappennutzung

In einem zweiten Fall wurde dem Bürgermeister vorgeworfen, das Gemeindewappen auf seiner Homepage verwendet zu haben. Jedoch wurde das gemeindliche Wappen auch durch örtliche Vereine und Verbände verwendet, um eine gewisse Ortsverbundenheit und Identifikation mit der Gemeinde zum Ausdruck zu bringen, was hingenommen worden war.

Ausgehend von dieser regelmäßigen gemeindlichen Duldung des Wappengebrauchs konnte keine unbefugte Benutzung des Wappens angenommen werden. Nach dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Bautzen vom 18.4.2010 – 4 A 410/09 – kommt eine unbefugte Benutzung des Wappens einer Gemeinde nur dann in Betracht, wenn der Anschein einer amtlichen Verwendung entstehen kann. Wird aber das Wappen, dessen

Verwendung nicht durch anderweitige Vorschriften verboten ist, vom Bürgermeister ohne Bezug zu seiner amtlichen Tätigkeit nur als Ausdruck der Heimatverbundenheit verwendet, ist die Handhabung nicht unzulässig.

Amtliche Verlautbarung

In dem konkreten Fall vermittelte die Homepage des Bürgermeisters aufgrund ihrer Gestaltung weder den Eindruck einer amtlichen Verlautbarung noch gab es einen Bezug zu amtlichem Handeln der Gemeinde. Überhaupt war das gemeindliche Wappen nicht etwa auf der Startseite abgebildet, sondern nur am Ende. Bei dieser durchaus mit einer herkömmlichen Wahlkampfbrochure vergleichbaren Homepage bestand weder ein ernsthafter Anhaltspunkt für eine „Identität von Person, Staat und Partei“ noch für eine der Gemeinde zuzurechnende amtliche Verlautbarung.

Weiter wurde dem Bürgermeister vorgeworfen die Bezeichnung „Diplomverwaltungsbetriebswirt (VWA)“ verwendet zu haben. Dadurch wäre ein akademischer Grad vorgetäuscht worden, der durchaus als Qualitätsmerkmal eines Bürgermeisters von Bedeutung sein könne. Die verwendete Bezeichnung war aber nach dem Strafgesetzbuch zulässig. Das Strafgesetzbuch erfasst nur akademische Grade, die sich auf Graduerungsbezeichnungen und Ehrentitel beziehen, die Hochschulabsolventen von einer deutschen staatlichen oder kirchlichen Hochschule oder Fachhochschule für den erfolgreichen Abschluß eines Studiums oder die Erbringung besonderer wissenschaftlicher Leistungen verliehen wurde. Um eine solche Gra-

duierungsbezeichnung handelt es sich nicht, wenn eine Abschlußbezeichnung einer Akademie verwendet wird, die von einem Trägerverein betrieben wird.

Wahlbeeinflussung

Allerdings fallen unter den Begriff der verbotenen Wahlbeeinflussung alle Umstände, die bei objektivem Verständnis geeignet sind, unmittelbar auf die Wahlentscheidung der Wähler einzuwirken. Dies setzt neben einem örtlichen und zeitlichen auch einen sachlichen Bezug zur Willensbildung voraus. Es muß sich um Umstände handeln, die für die Willensbildung eines durchschnittlichen Wählers vernünftigerweise erheblich sein können. Unwahre Angaben zur Person eines Wahlbewerbers sind geeignet, eine Wahlbeeinflussung anzunehmen, wenn sie sich bei verständiger Würdigung vernünftigerweise auf die Wahlentscheidung der Wähler auswirken können. Dazu kann auch die durch einen Ausbildungsabschluß belegte berufliche Qualifikation eines Wahlbewerbers zählen, was aber bei dem maßgeblichen Sachverhalt nicht in Frage kam.

Dr. O.

Fraktion kann nicht Ratssaal für Parteizwecke nutzen

Als die Fraktion einer im Gemeinderat vertretenen Partei den Ratssaal für eine öffentliche Veranstaltung in Anspruch nehmen wollte, war die Gemeinde nicht einverstanden.

Demgegenüber machte die Fraktion geltend, sie hätte nach der Gemeindeordnung einen Anspruch auf Zuwendungen, wobei unberücksichtigt blieb, dass die Einzelheiten im pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde standen.

Allgemeine Informationsveranstaltung unzulässig

Die Fraktion hatte nur den Anspruch, dass ihr im Rahmen der Raumkapazitäten für ihre Fraktionsarbeit und insbesondere zur Durchführung von Fraktionssitzungen Sitzungsräume im Rathaus überlassen wurden. Jedoch wollte die Fraktion eine allgemeine Informations- und Diskussionsveranstaltung durchführen, was unzulässig war.

Zu diesem Ergebnis ist das Verwaltungsgerichts Düsseldorf im Urteil vom 16.4.2010 – 1 K 2401/08 – gekommen.

Dr. O.

Motto beim CSU-Mitglieder-Bezirksparteitag:

„Wir geben Mittelfranken Zukunft“

„Klare Werte und klare Worte“, waren für CSU-Bezirksvorsitzenden Joachim Herrmann beim diesjährigen Bezirksparteitag der CSU-Mittelfranken angesagt. Der Bayerische Innenminister forderte dazu auf, mit allen Kräften die Grundfreiheiten zu verteidigen, und „das geht nur mit der Union. Es gibt nichts Besseres als die CSU“, so der Bezirkschef unter starkem Beifall der 250 Delegierten und Gäste. Erstmals waren alle Mitglieder zum Bezirksparteitag eingeladen worden, um jedem Parteifreund die Möglichkeit zu eröffnen, auch politisch-inhaltlich aktiv mitwirken zu können.

Der Innenminister berichtete unter anderem über geplante Investitionen in Schulen und Hochschulen in Mittelfranken. Gute Bildung sei auch ein Schlüssel zur Integration ausländischer Mitbürger, das Beherrschen der deutschen Sprache müsse eine Selbstverständlichkeit sein. Zu diesem Thema wurde ein Positionspapier „Keine Migration ohne Integration“ verabschiedet. „Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und die Integration eine Bringschuld der Einwanderer“. In dem Papier wird die Einbürgerung als „Schlusspunkt und nicht als Beginn einer gelungenen Integration“ bezeichnet, und die deutsche Leitkultur als „Maßstab für das Zusammenleben in unserem Land“.

Unter dem Motto „Wir geben Mittelfranken Zukunft“ sollten die Chancen einer Region im Wandel beschrieben werden. Bei der Erstellung des Positionspapiers hat der Bezirksvorsitzende

bewusst jungen Nachwuchskräften die Federführung überlassen, damit aus deren Sicht die Herausforderungen beleuchtet werden können. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende Christian von Dobschütz hatte diese nicht ganz leichte Aufgabe übernommen, gemeinsam mit vielen Parteifreunden ein Leitbild „vernetztes Mittelfranken“ zu erstellen.

Drei Foren

In drei Foren legten die interessiert mitwirkenden Mitglieder sehr offen ihre Ansichten dar. Für den Arbeitskreis „Bildung und demografische Entwicklung“ sprach Diskussionsleiter Professor Dr. Gerhard Mammen von einer ganzheitlichen Betrachtungsweise auch bei der Weiterentwicklung der Schulstandorte. „Bildung und lebenslanges Lernen sind der Rohstoff für die künftige Entwicklung“, so der Präsident der Fachhochschule

Ansbach, nach dessen Ideen sich Mittelfranken zur „lernenden und forschenden Region“ entwickeln müsse.

Gegen Zentralismus-Trend

Im Arbeitskreis „Ländlicher Raum, Landwirtschaft und Energiepolitik“ ging es unter anderem darum, die Landwirtschaft, den Tourismus und die alternative Energiegewinnung in Einklang zu bringen. Elisabeth Döbler-Scholl, Fraktionsvorsitzende der CSU im Bad Windsheimer Stadtrat, sprach sich als Arbeitskreisleiterin gegen den Trend zum Zentralismus aus. Der ländliche Raum müsse weitere Unterstützung erfahren, um zunehmenden Leerständen in den Dörfern be-

gegnen und die Kulturlandschaft erhalten zu können.

„Die Stärken der Region stärken“ will Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis aus Erlangen, der den Arbeitskreis „Wirtschaft, Tourismus und Kultur“ leitete. Die „Marke Franken“ müsse mehr herausgestellt werden und beim Tourismus sollte das „Thema“ Vorrang vor der Region haben. In dem Papier heißt es: „Wir stehen zur Wachstumsachse Nürnberg-Fürth-Erlangen und fördern den Aufbau intelligenter Netzwerke mit dem Umland“.

„Wir dürfen uns nicht alles schlecht reden lassen“ so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann. „Deutschland ist in Europa wieder Wachstumslokomotive Nr. 1 und unsere Heimatregion Mittelfranken hat eine hervorragende Ausgangslage“. Es gelte, die Chancen zu nutzen und die richtigen Initiativen zu ergreifen: „Die CSU kämpft auf allen Ebenen gemeinsam für eine erfolgreiche Weiterentwicklung unserer Heimat“. **PM**



V. l.: CSU-Ortsvorsitzender und 2. Bürgermeister Dieter Hummel aus Bad Windsheim, stellvertretender Bezirksvorsitzender Christian von Dobschütz, Parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller MdB, stellvertretende Bezirksvorsitzende Christina Diener, Staatsminister Joachim Herrmann, Stadtrats-Fraktionsvorsitzende Elisabeth Döbler-Scholl und Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt. Bild: PM

Mehr Jobchancen für Menschen mit Behinderung

Sozialausschuss des Bezirkstages Oberbayern beschließt neue Förderrichtlinie

Der Bezirk Oberbayern schafft mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen in Zuverdienstprojekten. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirkstages stimmte einer neuen Förderrichtlinie für Zuverdienst Arbeitsplätze zu. Demnach soll die Zahl solcher geschützter Jobs in den nächsten Jahren steigen.

In Zuverdienstprojekten finden Menschen mit Behinderung eine stundenweise Beschäftigung – zum Beispiel in einem Café, bei einem Handwerkerservice, einer Gärtnerei oder im Gebrauchtwarenladen. Die Jobs dienen der Arbeitserprobung und sollen die Beschäftigten zu einer möglichst dauerhaften Arbeitsleistung hinführen. Beschäftigt sind auf Zuverdienst Arbeitsplätzen bislang vor allem Menschen mit einer psychischen oder Suchterkrankung, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (noch) nicht arbeiten können.

Neue Struktur

Die neue Richtlinie wurde vom Bezirk gemeinsam mit den Trägern der Zuverdienstangebote erarbeitet. Sie sieht vor, die vorhandenen Fördermittel für Zuverdienst Arbeitsplätze neu zu strukturieren. Dadurch können mit demselben Fördervolumen mehr Zuverdienst Arbeitsplätze entstehen. So sollen 2011 rund 30 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Da auf einem geförderten Platz meist mehrere Personen beschäftigt sind, können so in ganz Oberbayern bis zu 90 Personen mehr in Zuverdienstprojekten beschäftigt werden. 2012 sollen noch einmal rund 15 zusätzliche Zuverdienst Arbeitsplätze entstehen, die gut 40 Personen Beschäftigung bieten können. Derzeit fördert der Bezirk Oberbayern 803 Zuverdienst Arbeitsplätze in 63 Zuverdienstprojekten.

Die neue Richtlinie sieht überdies vor, künftig auch Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung auf Zuverdienst Arbeitsplätzen zu beschäftigen. Hintergrund: Seit 2008 verantwortet der Bezirk Oberbayern auch die ambulanten Hilfen für körperlich und geistig behinderte Menschen. Darunter fallen unter anderem die Zuverdienst Arbeitsplätze. Sie werden daher nun auf diese Personengruppe ausgedehnt. **□**

6. Rosenheimer Stadt-Umland-Gespräche:

Dem Klimawandel auf der Spur

Unter dem Motto „Klimawandel und Klima - schonende Energieversorgung - Herausforderung für Stadt und Land“ standen die diesjährigen Stadt-Umland-Gespräche in Rosenheim. Experten aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium, dem Bayerischen Landesamt für Umweltschutz, der Hochschule Rosenheim und den Stadtwerken Rosenheim referierten detailliert zu den Auswirkungen des Klimawandels und zeigten konkrete Maßnahmen auf, wie ihm auf lokaler Ebene begegnet werden kann.

Mildere, feuchtere Winter- und heißere, trockenere Sommermonate, mehr Starkregeneignisse, aber auch Dürrezeiten: Das sind Prognosen für die unmittelbaren Auswirkungen der absehbaren klimatischen Veränderungen auf die Region. Auch wenn einzelne Kommunen und Regionen im globalen Maßstab nur marginale Beiträge zum Klimaschutz erbringen können, müssen gerade die leistungsstarken Wirtschaftsräume eine Vorreiterrolle für eine nachhaltige Klimapolitik leisten. Dabei sind speziell Energieeffizienz, Weiterentwicklung der Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien und Verringerung des CO₂-Ausstoßes Eckpfeiler einer zukunftsfähigen klimaorientierten Energiepolitik.

Stadtwerke als kompetenter Partner

Deutlich unterstrich dies Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer in ihrer Eröffnungsrede. Ihren Worten nach hat die Stadt Rosenheim mit ihren Stadtwerken einen kompetenten und verlässlichen Ansprechpartner für die Bürger und die Politik vor Ort. Die geforderte Energielieferung sei bei den Stadtwerken in besten Händen und werde zum Beispiel durch den Ausbau der hochgradig energieeffizienten Fernwärmeversorgung und der Arbeit an der großtechnischen Nutzung der Holzvergasung systematisch vorangetrieben.

Die Verwaltung arbeitet Bauer zufolge an einem integrierten

Energie-, Klima- und Umweltschutzkonzept, das in einer Drei-Säulen-Strategie ehrgeizige energie- und klimapolitische Ziele für die Stadt Rosenheim definiert: Erstens die Vermeidung von 25 % CO₂-Ausstoß in der Stadt bis 2025 durch Verringerung des Energieverbrauchs; zweitens die Vermeidung von weiteren 25 % CO₂-Ausstoß durch eine noch effizientere und stärker regenerative Energieversorgung und drittens die Gewinnung von 25 % der in der Stadt verbrauchten Energie aus regenerativen Energiequellen schon bis 2015.

Wichtige Akteure vor Ort

Auch die Hochschule Rosenheim und das Institut für Festertechnik seien wichtige Akteure vor Ort, wenn es um Technologien zur CO₂-Verringerung geht, fuhr die Rathauschefin fort. Dank der engagierten Arbeit der Fakultät für Holztechnik und Bau habe es die Hochschule Rosenheim geschafft, im weltweiten Solar-Decathlon-Wettbewerb einen hervorragenden 2. Platz zu belegen. Der neue Studiengang Energie- und Gebäudetechnik unterstreiche, „dass unsere Hochschule eine Führungsrolle in den anwendungsorientierten Green Technologies zumindest im süddeutschen Raum anstrebt“.

Bauer: „Mit diesen Aktivitäten leistet Rosenheim einen wichtigen lokalen Beitrag zum Klimaschutz. Unser eigener Anspruch geht aber darüber noch hinaus: Wir wollen innerhalb

In ihrem Rechenschaftsbericht wies Präsidentin Seelbinder darauf hin, dass eine der Aufgaben der Euregio Egrensis seit ihrer Gründung darin bestehe, Kontakte zwischen Bürgern, Behörden und sonstigen Stellen zwischen Bayern und Tschechien zu initiieren und zu vermitteln. Diese Aufgabe sei im vergangenen Jahr durch verschiedene Aktivitäten wieder verstärkt in den Vordergrund gerückt.

Grenzüberschreitende Projekte

Nach den Regionalwahlen in Tschechien habe das Präsidium der Euregio Egrensis beschlossen, die neu gewählten Vertreter in den Bezirken Karlsbad und Pilsen zu besuchen und sich mit diesen über die Arbeit der Euregio und die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Region auszutauschen. Im November 2009 traf sich dann eine stattliche Delegation der Euregio Egrensis im Pilsener Bezirksamt mit dem stellvertretenden Regionspräsidenten Ivo Grüner. Die Vertreter der drei Euregio-Arbeitsgemeinschaften aus Bayern, Sachsen und Tschechien besprachen mit dem west-böhmischen Regionalvertreter aktuelle grenzüberschreitende Projekte. Auch die Zukunft der europäischen Förderpolitik und die Frage, wie die Regionen sich darauf einstellen können, wurden diskutiert.

Informationsreise

Auch die tschechischen Partner hätten die Möglichkeit genutzt, „unsere kommunalen Strukturen näher kennen zu lernen“, hob Seelbinder hervor. Im vergangenen April habe die Euregio Egrensis Arbeitsgemein-

der Europäischen Metropolregion München zur Vorbildregion im Klimaschutz werden.“ In diesem Zusammenhang zitierte sie den Leiter des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, Prof. Hans Joachim Schellnhuber, der einst die Parole ausgab: „Es lohnt sich, um jedes Grad, ja um jedes Zehntel Grad vermiedene Temperaturerhöhung zu kämpfen.“ **DK**

schaft Böhmen gemeinsam mit den bayerischen Kollegen eine zweitägige Informationsreise für tschechische Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter organisiert. Die tschechischen Kollegen besuchten das Landratsamt Neustadt a. d. Waldnaab, das Rathaus der Stadt Marktredwitz, den Landkreis Kulmbach sowie die Regierung von Oberfranken. Sie informierten sich über die Verwaltungsstrukturen in Bayern und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Euregio. Die tschechischen Kollegen hätten dabei betont, wie wichtig es ist, die verschiedenen Verwaltungsstrukturen kennen zu lernen.

EU-Förderpolitik

Neben Aktivitäten wie der „Sprachoffensive in der Euregio Egrensis“ und dem Bayerisch-Tschechischen Gastschuljahr war auch die Zukunft der EU-Förderpolitik Thema des Bilanzberichts. Seit 2007 engagiert sich die Arbeitsgemeinschaft im Rahmen eines „Modellprojekts der Raumordnung“ – Kurzform „MORO“ – gemeinsam mit der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Beispielhaft wurde daran gearbeitet, wie ländliche Räume durch die Kooperation mit der Metropolregion profitieren können.

Open Days

Für die Euregio Egrensis AG Bayern hat sich im Rahmen der Kooperation mit der Metropolregion laut Seelbinder die Chance ergeben, erstmals an den Open Days – d. h. an der europäischen Woche der Regionen und Städte – in Brüssel mitzuwirken und sich dort zu präsentieren. Derzeit seien auch die europäischen Grenzregionen (AGEG) bemüht, eine Fortsetzung des Förderprogramms auch nach 2013 für alle europäischen Grenzräume, d. h. auch für den deutsch-tschechischen Grenzraum sicherzustellen und eine Verbesserung der Abwicklung des Förderprogramms zu erreichen. „Auch über die AGE-

Gutachten

Wie Birgit Seelbinder deutlich machte, „haben wir nun mit weiteren Partnern in der Grenzregion beschlossen, ein Gutachten zu vergeben, das sich, aufbauend auf der vorliegenden Studie, konkret mit dem Ausbau der Zusammenarbeit in der Notfallrettung und in der stationären Versorgung beschäftigen wird“.

INTERREG-Großprojekt

Die Partner sind die Stadt Cheb (Eger), die Kliniken Karlsbad, die Stadt Waldsassen, der Landkreis Tirschenreuth, die Kliniken Nordoberpfalz und das Klinikum Fichtelgebirge. Die Euregio Egrensis Bayern habe hierzu federführend ein INTERREG-Großprojekt beantragt und auch genehmigt bekommen. Inhalt des Projektes werde es sein, das Informationsdefizit in diesen beiden Bereichen abzubauen, erste Pilotprojekte anzustoßen, die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zu klären und dadurch eine bessere Versorgung der Bevölkerung im Grenzraum zu erreichen. Die konkrete Arbeit an der Studie hat im Juli begonnen und wird etwa ein Jahr dauern. **DK**

Ein großer Meilenstein wurde gesetzt:

Memmings neue kulturelle Mitte ist fertig

Schrannenplatz, Landestheater Schwaben und Geschäftshäuser „Neue Schranne“ mit Tiefgarage eröffnet

Die ersten planerische Gedanken fanden in der „Bürgerwerkstatt“ der „perspektive memmingen“, dem Stadtentwicklungsprozess der Stadt Memmingen, im Februar 2003 statt. Nun ist sie fertig, die neue kulturelle und geschäftliche Mitte der Stadt Memmingen. Mit dem 38 Millionen-Euro-Projekt wird einerseits die Theaterlandschaft nachhaltig geprägt sowie die Einkaufsattraktivität in der südlichen Altstadt Memmings gesteigert. Zehntausende kamen am Eröffnungswochenende und bestaunten den neu gestalteten Stadtraum.

Quasi bis zur letzten Minute liefen die Bauarbeiten. Über 1.000 Facharbeiter, Architekten und Ingenieure waren seit dem Spatenstich vor zwei Jahren an dem Großprojekt der Stadt Memmingen und der örtlichen Siebendächer Baugenossenschaft beteiligt. Das ehrgeizige Ziel, am 10.10.10 fertig zu sein, wurde erreicht.

Brücke zwischen Alt und Neu

„Hier ist gut sein, hier lasst uns Hütten bauen.“ Diese Worte, konzipiert in eine 18 Meter breite Lichtinstallation, standen im Mittelpunkt des Auftaktes der Feierlichkeiten im Theaterfoyer. Der Memminger Kulturpreisträger und Münchner Kunstakademie-Präsident, Prof. Dieter Rehm, interpretierte einen Text aus dem genau dahinterliegenden Kreuzgangs der ehemaligen Klosteranlage und schuf so eine Brücke zwischen Alt und Neu.

terliegenden Kreuzgangs der ehemaligen Klosteranlage und schuf so eine Brücke zwischen Alt und Neu.

Historisches Ereignis

Beim Festakt im Theater wurde mit Lob und Dank nicht gespart – und das zu Recht. „In einer Bauzeit von nur zwei Jahren wurde hier eine neue kulturelle Mitte geschaffen. Heute ist ein historisches Ereignis für die Stadt“, begrüßte Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger die Ehrengäste. Der Memminger Rathauschef sprach von dem bedeutendsten Stadt-sanierungsprojekt seit Ende des Krieges – neben der seinerzeitigen Auslagerung der Memminger Brauerei in den Norden der Stadt und dem Bau der Stadthalle – und dankte dem ebenfalls anwesenden Text aus dem genau dahinter-

den Geschäftsführer der Allgäuer Zeitung, Markus Brehm. Durch den Verkauf des Verlagsgebäudes und den Umzug der Memminger Zeitung an die Donaustraße war dieses Projekt erst möglich geworden. Er könne es nur allen Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Umland „ans Herz legen“, sich die neue kulturelle und wirtschaftliche Mitte Memmings anzusehen.

Theater gehört zum Leben

„Gedanken brauchen Raum, um Fuß zu fassen. Einen Freiraum. Einen Theaterraum“, so Intendant Walter Weyers bei der Begrüßung der Gäste. In Memmingen habe das Theater seit jeher große Tradition. „Jetzt reiben wir uns die Augen und kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus“, brachte es der Theaterchef auf den Punkt. Bis ins Kleinste sei alles durchdacht und zweckmäßig. Von einem „großen Wurf“ war die Rede und einem „wärmenden Klima“. Die besten Voraussetzungen für Künstler, Technik und Theaterverwaltung. „In Memmingen gehört das Theater zum

Leben – jetzt mehr denn je“, dankte Weyers.

Tüchtige Kräfte

Für die Bayerische Staatsregierung überbrachte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer die Grüße: „Hier haben sich tüchtige Kräfte vereinigt. Stadt und Siebendächer Baugenossenschaft haben etwas Vorbildliches verwirklicht.“ Pschierer machte bei seiner Laudatio deutlich, dass das Landestheater Schwaben nicht nur ein „tolles Ensemble“ habe, sondern auch ein Theater sei, dass betriebswirtschaftlich arbeite. „Gut fünf Millionen Euro an Zuschüssen wurden aus dem Innenstadtprogramm der Bund-Länder-Städtebauförderung in Bayern „leben findet innen Stadt“ für dieses Projekt ausgeschüttet“, betonte der Finanzstaatssekretär und wünschte den Menschen mit der neuen kulturellen Mitte ein gute Zukunft.

Liebhaber der Stadt

Lutz Freitag, der Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, gestand, dass er in kurzer Zeit ein Liebhaber der Stadt Memmingen wurde: „Sie haben eine herrliche Altstadt und hier ein einmaliges Ensemble geschaffen“, so Freitag. Dies zeuge von einer klugen



Bei der Verkehrsfreigabe des Schrankenplatzes (v. l.): Josef Martin Lang, Vorstand der Siebendächer Baugenossenschaft, Stadtratsreferent Wolfgang Nieder, Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Bundestagsabgeordneter Stephan Stracke und Bürgermeister Helmut Börner. Bild: Pressestelle/Tiefbauamt Stadt Memmingen

Kommunalpolitik, die auf lange Sicht hin denke, denn der Lebenszyklus einer Immobilie sei weit höher anzusetzen als der einer Regierung oder eines Menschen.

Interessante Perspektive

Lichtilluminationen rückten in der Nacht auf den 10. Oktober den neu gestalteten Stadtraum in eine interessante Perspektive. Akrobatinnen der berühmten Traber-Familie präsentierten in 52 Meter Höhe eine Artistik-Show. Mit einem Jazzfrühschoppen am 10.10.10 um 10 Uhr 10 begann der Tag der offenen Tür und Tausende von Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Land kamen am verkaufsoffenen Jahrmarktsonntag in die südliche Altstadt, um einen Blick hinter die Kulissen des neuen Theaters und der Geschäftshäuser zu werfen. □

40 Jahre Nationalpark Bayerischer Wald:

Grenzenlose Erfolgsgeschichte

Besonders wichtig für die Region als national und international beachtetes Aushängeschild ist der Nationalpark Bayerischer Wald. Mit rund 760.000 Besuchern pro Jahr bringt er eine zusätzliche Wertschöpfung von 27,8 Millionen Euro jährlich und sichert über 900 Arbeitsplätze; dazu kommen noch 200 Arbeitsplätze im Nationalpark selbst.

1970 erreichten die Gründungsväter des Nationalparks Bayerischer Wald das, was schon längst nicht mehr realisierbar erschien. Sie schafften ein Schutzgebiet für Tiere und Pflanzen, in dem die Natur sich selbst überlassen werden sollte. Heute erstreckt sich der erste deutsche Nationalpark auf über 24.000 Hektar. Seit der Öffnung

des Eisernen Vorhangs ist er mit dem angrenzenden tschechischen Nationalpark Sumava zum größten zusammenhängenden Schutzgebiet Europas geworden.

Für jeden Geschmack

Zum 40-jährigen Bestehen wurde rund um das Hans-Eisen-

mann-Haus in Neuschönau im Landkreis Freyung-Grafenau zwei Tage lang gemeinsam mit vielen Freunden und Unterstützern des Nationalparks, mit Firmen, Handwerkern, Künstlern, Vereinen, Verbänden und Musikgruppen ein turbulentes und gleichzeitig gemütliches Fest gefeiert.

Schatz für Generationen

In seiner Festrede hob Umweltminister Markus Söder die wichtige strategische Rolle des Nationalparks Bayerischer Wald beim Umweltschutz hervor. Nur wer die Natur erleben könne, wisse sie auch zu schätzen. Der Park sei außerdem in vielerlei Hinsicht ein Schatz für die kommenden Generationen. Auf circa 51 Prozent seiner Fläche gelte das Prinzip „Natur sein lassen“. Der Nationalpark beherberge rund 2.500 Tier-, 800 höhere Pflanzen- und 1.300 Pilzarten. Darunter seien auch zahlreiche vom Aussterben bedrohte Arten wie Auerhuhn, Luchs und Wanderfalke oder seltene Farn- und Bärlapparten.

Umweltpädagogische Akzente

Der Nationalpark ist Söder zufolge zudem zentraler Bestandteil der Umweltbildung im Freistaat: „Wir wollen seltene Lebensräume von Tieren und Pflanzen für Menschen erlebbar machen – ohne das Gebiet zu gefährden.“ Mit dem Baumwipfel-Pfad, dem Haus zur Wildnis, dem Wildniscamp oder dem Jugendwaldheim seien erfolgreich umweltpädagogische Akzente gesetzt worden. Auf über 300 Kilometern markierter Wanderwege und über 200 Kilometern markierter Radwege könnten Besucher den Nationalpark erkunden.

Für den laufenden Betrieb des Nationalparks hat der Freistaat laut Söder seit der Gründung rund 245 Millionen Euro aufgewendet, allein in diesem Jahr sind es rund 11,9 Millionen Euro. DK



Gabersee und Attel:

Gedenksteine erinnern an Opfer der NS-Diktatur

Mit dem Geheimerlass „Aktion T 4“ hatte Adolf Hitler die planmäßige Ermordung der Behinderten zu Kriegsbeginn angeordnet. 1940/41, vor 70 Jahren, begann diese Vernichtungsaktion. In Gabersee, dem heutigen Inn-Salzach-Klinikum, erinnert ein Mahnmahl an diesen Vernichtungstod (siehe Bild).

Vor dem Haus Nr. 15 lagen einst die drei Granit-Treppenstufen, für 509 Patienten der Anstalt waren sie in den Jahren 1940/41 der Schritt in die Vernichtungslager. Jetzt erinnern sie seit 1994 an diese Geschehnisse von damals.

Nach dem Ende der Hitlerdiktatur waren in der heutigen Klink in Gabersee leider keine Unterlagen mehr auffindbar. Doch in Attel, wo auch ein Mahnmahl an die Verschleppung und Ermordung von 230 Behinderten durch den NS-Staat erinnert, konnte man sich auf das Klosterarchiv stützen, das die Barmherzigen Brüder angelegt hatten, die früher diese Anstalt führten. Als erstes kamen jüdische Pflegelinge an die Reihe, die 1940 ins Nervenkrankenhaus Haar-Egling gebracht und dort getötet wurden. Zur Tarnung dieser Aktion gab man an, in Attel eine Gruppe in andere Heime zu verlegen. Nur einige von ihnen konnten die Klosterbrüder verstecken oder als Arbeitskräfte im Kloster zurückbehalten, so dass sie überlebten.

Text und Bild: Jos. Göllinger



„Schläft ein Lied in allen Dingen“:

Volkslieder aus sieben Jahrhunderten

Der Bariton Christoph von Weitzel (im Bild) und der Pianist Ulrich Pakusch sangen und kommentierten vor kurzem im Bürgstadter WeinKulturHaus (Landkreis Miltenberg) unter dem Motto „Schläft ein Lied in allen Dingen“ die schönsten deutschen Volkslieder. Dem Titel liegen Eichendorffs Zeilen „Schläft ein Lied in allen Dingen, die da träumen fort und fort und die Welt hebt an zu singen, triffst du nur das Zauberwort“ zugrunde. Geboten wurde ein Abend für alle Generationen – nicht nur für Freunde von deutschen Volksliedern, sondern auch für solche, die deutschem Liedgut eher reserviert gegenüber stehen. Christoph von Weitzels Anliegen ist es, ausgehend vom Wort, die Musik zu ergründen, sich intensiv mit dem Sinn zu beschäftigen, um dann das Wahre und Schöne neu zu entdecken. Dabei werden Volkslieder aus sieben Jahrhunderten zu lebendigen Miniaturen, großen Szenen, Balladen oder einfach nur zu berührenden Momenten menschlicher Gefühle. □

Opferdaten der NS-Zeit

Hochkarätig besetzte internationale Konferenz in Weiden und Flossenbürg

Klärung von Einzelschicksalen während der NS-Zeit, Bestimmung von Opferzahlen und, quasi als Nebenprodukt, handfeste Argumente gegen jede Form der Holocaust-Leugnung: Elektronische Datenbanken leisten Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten weltweit entscheidende Dienste. Zusammenhänge, die seit 1945 unerkannt in Archiven ruhen, lassen sich heute dank Digitalisierung und internationaler Vernetzung klären.

Führende Experten aus der ganzen Welt, von Moskau über Jerusalem bis Washington, kommen am 28. und 29. Oktober zu einer Jahreskonferenz in Weiden und Flossenbürg zusammen. Veranstalter ist ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern, der sich seit 1996 unter dem Namen „Workshop zur Digitalisierung von Opferdaten der NS-Zeit“ regelmäßig trifft und intensiv kooperiert.

Erstmals tagt der Workshop zusammen mit der „Arbeitsgemeinschaft Geschichte und EDV“ (AGE), die den EDV-Einsatz in geschichtlicher Forschung und Lehre fördert. Ziel der Konferenz ist dieses Jahr, neue Wege der wissenschaftlichen Kooperation mit Hilfe des Internets auszuloten. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Erlangen ist kreativ Spitze:

„Herausragend für eine kleine Stadt“

Bei bundesweiter Studie vor München auf Platz 1

„Wir haben es eigentlich schon immer gewusst. Trotzdem habe ich mich riesig über den Anruf gefreut“, gab Erlangens Oberbürgermeister Siegfried Balleis zu. Der Anruf fand im August statt und kam von der Beratungsfirma Agiplan. Alexandra Landsberg hatte ihm mitgeteilt, Erlangen ist auf Platz 1 der Studie „Kreative Klasse in Deutschland 2010“ gelandet. Vor München und dem Rest der Republik.

Kreative Spitze in Deutschland - zumindest, wenn es nach dem TTT-Messverfahren geht, das der US-Wirtschaftswissenschaftler Richard Florida entwickelt hat.

Drei Teilindices hat Florida festgelegt: Technologie, Talente, Toleranz. Alle drei zusammen ergeben Kreativität. Die ist für den TTT-Erfinder „Der Wirtschaftsfaktor des 21. Jahrhunderts“. Und nach diesem Verfahren hat Agiplan aus Mülheim an der Ruhr gearbeitet.

Offen aus Tradition

„Offen aus Tradition“ - mit dem Spruch wirbt Erlangen für sich. Nur ist Erlangen genau bei diesem dritten „T“ nicht Spitze, sondern weist bloß den Wert von 0,65 auf. Weshalb OB Balleis bereits verspricht: „Nicht bei Technologie oder Talenten, sondern bei der Toleranz können wir uns weiter verbessern. Wir werden uns vergleichbare Städte mit höherer Toleranz, zum Beispiel Heidelberg mit 1,59 oder Freiburg mit 2,53 genauer anschauen, um von dort zu lernen.“

An München dagegen wird sich Erlangen wohl nicht orientieren. Zwar hat Bayerns Hauptstadt einen Toleranzindex von 3,25. Jedoch muss „M“ bei Technologie und Talent selbst einiges aufholen: Mit 4,43;2,18 und 4,41;2,97 hat Erlangen in beiden Rubriken die Nase weit vorn.

Max-Planck-Institut

Ein Grund mag sein, dass Nordbayern seit zwei Jahren nicht mehr Deutschlands größte Max-Planck-Institutsfreie Zone ist. Damals wurde das „MPI für die Physik des Lichts“ in Erlangen installiert. Und seither bekommt auch die Uni leichter ausländische Professoren. Doch nicht nur Wissenschaftler, auch Rechtsfinder oder Unternehmensberater gelten wie weitere über 100 Berufsgruppen laut Florida als „Creative Professionals“. Und davon hat Erlangen bereits jede Menge. „Es freut mich, dass Kreativität nun als Wirtschaftsfaktor gesehen wird“, bekennt deshalb Jochen Hunger, ein Architekt, der weltweit als Szenograph arbeitet, also Architektur im Stadtraum inszeniert.

Es sei für ihn „nichts Neues, dass außerökonomische Faktoren die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Doch diese Fragen werden von Ökonomen

gerne ausgeblendet: Politische Struktur oder Erbschaftsgesetze“, nennt Uni-Präsident Prof. Karl-Dieter Griske als Beispiele.

Freie Künstler

Ein Wermutstropfen: Bei den Freien Künstlern hapert es. Das gibt sogar der städtische Kulturreferent Dieter Rossmeisl zu. Die fänden jedoch in Nürnberg genug Ateliers, um sich zu betätigen, empfiehlt er. Schon auf Grund der hohen Mietpreise in der Hugenottenstadt.

„Regionalen Austausch der gegenseitigen Vorteile“ schlägt auch Alexandra Landsberg vor. Der funktioniere besonders gut zwischen den Jena und Weimar. Aber natürlich auch in den Ballungsräumen, die sich inzwischen Metropolregionen nennen. Doch gebe es „in Bayern mehr Spitzen“. Baden-Württemberg und NRW dagegen sind in der Breite gut“, erläutert sie regionale Unterschiede auf einer buntgefärbten Deutschlandkarte. Jeder Punkt ist der Einzelwert einer Gebietskörperschaft.

Regionen profitieren

Auf der Karte muss man den roten Fleck Erlangen schon fast mit der Lupe suchen. München und die umgebenden Landkreise leuchten dagegen deutlich, sind größer als die Bundeshauptstadt Berlin. „Offensichtlich profitieren Regionen voneinander“, er-

läutert Forscherin Landsberg den Effekt.

Doch übergreifende Bewertungen seien den Studienmachern nicht möglich gewesen, denn „wir bekommen die Daten von den kreisfreien Städten und Kreisen. Aber so werden die Ausstrahlungseffekte sichtbar“, verweist sie wieder auf die Karte. Andererseits „erlebt man die nur noch gemeinsam auftretende Region Stadt und Landkreis Hannover, als die große Mittelmäßigkeit.“

Toleranz

Nur beim T-Wert „Toleranz“ ist Erlangen mit 0,65 nicht Spitze (München: 3,25). Laut Agiplan „tun sich Millionenstädte hier viel leichter“ - und Erlangen mit knapp 100.000 Einwohnern entsprechend schwer. Würde jedoch ein weiterer, von Richard Florida ins Spiel gebrachter Indikator bewertet, dann stünde Erlangen auf Platz 5 und München auf 1: Mit dem Gay-Index nämlich.

„Homosexuelle fühlen sich dort gut aufgehoben, wo eine offene Gesellschaft ist“, erläutert Landsberg. Hier täten sich Metropolen leichter. Für Siegfried Balleis ist „im Bereich der Homosexualität der kommunale Einflussbereich begrenzt. Wie Uni-Präsident Griske setzt er „mehr auf die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern“ - und auf bessere Chancen für Migranten in der Stadtverwaltung.

Doch mit Blick auf das vorliegende Gesamtergebnis müssen die Erlanger da nichts vom Zaun brechen: Das bezeichnet Alexandra Landsberg als „herausragend für eine kleine Stadt“. **wra**

Stadtbücherei Stein:

Ferien-Aktion 2010 ein voller Erfolg

Erster Bürgermeister Kurt Krömer gratulierte und übergab Urkunden

„Lesen was geht“ war das Motto des diesjährigen Sommerferien-Leseclubs in Bayern. Die Stadtbücherei Stein beteiligte sich an der Aktion und lud zum Wettbewerb ein.

Viele Steiner Jugendliche hatten sich an dem Wettbewerb, bei dem es tolle Preise und Urkunden zu gewinnen gab beteiligt. 57 Schüler haben teilgenommen. Unter den „Büchervürmern“ waren überwiegend Schülerinnen. Nur sechs Jungen beteiligten sich.

Zur Abschlussveranstaltung lud kürzlich die Leiterin der

Stadtbücherei mit ihrem Team die vielen Teilnehmer ein. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch Sabrina Sohr, Ramona Stettner und Leopold Seyffert von der Musikschule Stein mit ihren Akkordeons. Steins Erster Bürgermeister Kurt Krömer ließ es sich natürlich nicht nehmen, den vielen fleißigen „Büchervürmern“ zu gratulieren und ihnen die Urkunden zu überreichen. 32 der insgesamt 57 Teilnehmer hatten während der Ferienzeit mindestens drei Bücher gelesen und damit eine Urkunde verdient.

100 neue Bücher

Die Bücherei konnte übrigens mit Zuschüssen vom Staat und Mitteln der Stadt Stein 100 neue Bücher anschaffen. Diese Bücher wurden in den Sommerferien 394 Mal ausgeliehen. Eine beachtliche Erfolgsquote.

Die Urkunden erhielten aus der Hand des Ersten Bürgermeisters Kurt Krömer folgende Teilnehmer: Platz 1 Mina Ghasemzadeh, 47 gelesene und bewertete Bücher, 20 Euro Büchergutschein, Platz 2 Carolin Schloßer mit 26 gelesenen und bewerteten Büchern, 15 Euro Büchergutschein, und auf Platz 3 Sofie Lachmann mit 24 gelesenen

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Alle Welt will das Klima retten – aber wer rettet uns normale Leut‘ vor den Klimarettern?“ Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade den Brief einer älteren Dame, die in einem Siedlungshaus aus den fünfziger Jahren wohnt und die durch die in schrillen Stakkato auf sie einströmenden Ankündigungen aus Berlin, welche Maßnahmen Hauseigentümer zur energetischen Sanierung in Zukunft noch alles zu treffen haben werden, mehr als verunsichert und besorgt ist.

Ich glaube kaum, dass jemand, der weder studierter Politologe noch berufsmäßiger Berliner Polit-Chronist ist, nachvollziehen kann, wie der aktuelle Stand der Diskussion in Sachen Fördern und Fördern bei der energetischen Sanierung von Gebäuden ist. Einmal ist die Rede davon, dass bis 2050 alle Häuser Null-Energie-Standard haben müssen, dann wieder soll jeder

von grünen Berliner Tischen?

Schon mal von dem steirischen Ort Mureck gehört? Ein Beispiel dafür, wie man mit Ideenreichtum und Überzeugungskraft fossile Energieträger fast vollständig verdrängen und Energie praktisch komplett aus nachwachsenden Rohstoffen gewinnen kann. Im Alpen-Abu Dhabi fahren die Leute mit Biodiesel aus heimischem Raps, heizen ihre Häuser mit Nahwärme aus dem Biomasseheizwerk, Strom gibt's aus Biogas. Ein Öko-Shangri-La einiger versprengter Graswurzel-Grüner?

Klar, in dieser Reinkultur geht der Ersatz fossiler Brennstoffe durch nachwachsende Rohstoffe nur in einer kleinen verschworenen Gemeinschaft wie dem 1.700-Einwohner-Ort. Aber auch bei uns in Bayern gibt es überall Kommunen, die sich entsprechend der örtlichen Verhältnisse überdurchschnittlich um die Einsparung von CO₂ und den Einsatz regenerativer Energiequellen kümmern, die Kraft-Wärme-Kopplung forcieren, Müllheizkraftwerke optimieren, Fernwärmenetze ausbauen und ihrer Landwirtschaft als Energie-Wirtschaft ein weiteres Strandbein erschließen.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat schon einiges auf den Weg gebracht – die Schulen und die Mehrzweckhalle werden energetisch saniert, unser Klärschlamm wird mit Biogas getrocknet und verbrannt, wir haben einen kommunalen Energiespar-Preis für freiwillige CO₂-Dämmungen. Denn ein ökologischer und klimafreundlicher Stadtbau muss menschenverträglich organisiert werden. Denkmäler müssen erhalten und dürfen nicht als Energiefresser abgewertet werden, die Heimat muss für die Leute erkennbar bleiben. Kurz: Man muss die Leute mitnehmen und darf sie nicht verprellen. Es hilft nichts, wenn die energetische Wärme durch Vorschriften und Zwänge im Haus bleibt, die menschliche Wärme, das Wohlfühlen aber hinausaniert wird. Denken wir an den Satz von Nicolás Gómez Dávila auf dem heutigen Kalenderblatt: „Die menschliche Wärme in einer Gesellschaft vermindert sich in dem Grade, in dem sich deren Gesetzgebung perfektioniert.“

ihre
Sabrina

Büchern, 10 Euro Büchergutschein. Weitere Gewinner waren: Sophie Ackermann, Jana Reh, Alina Oeder, Dorjana Reichel, Hanna Schöttner, Andrea Raum, Clarissa Hils und Sandro Bauer. Weitere 21 Leser bekamen ebenfalls noch eine Urkunde.

Sachpreisverlosung

Anschließend ging es zur zusätzlichen Sachpreisverlosung. Alle Teilnehmerkarten kamen noch ein Mal zur Extraziehung in die Losbox. Dabei wurde als 1. Gewinnerin, Hauptpreis „Gutschein für die Bavaria Filmstudios in München“ Mina Ghasemzadeh gezogen. Je eine Freikarte für das Palm Beach gab es für Carolin Schloßer, Sophie Ackermann, Alexander Steinert, Jody Gottschalk und Christina Bulter.

Nach der Veranstaltung wurde zu einem Buffet und zu Getränken eingeladen. Zufrieden klang dann der Abend bei den vielen Bücher-Gästen aus. **□**



„Lesen was geht“ war das Motto des diesjährigen Sommerferien-Leseclubs in Bayern. Die Stadtbücherei Stein beteiligte sich an der bayernweiten Aktion „Lesen was geht“ und lud zum Wettbewerb ein. Das Bild zeigt die jungen Leserinnen und Leser gemeinsam mit 1. Bürgermeister Kurt Krömer. **□**

Gletscher im Treibhaus

Ausstellung im Foyer des Klinikums

Vom 20. Oktober bis 9. November ist im Foyer des Klinikums Bamberg die Ausstellung „Gletscher im Treibhaus“ der Gesellschaft für ökologische Forschung e.V. zu sehen. Die Ausstellung zeigt in einer Fotodokumentation den Rückgang der Alpengletscher.

Jeweils vom gleichen Standort wie historische Aufnahmen wurden Gletscher aus dem gesamten Alpenraum fotografiert. Diese Bildvergleiche zeigen auf eindringliche Weise den Schwund des Gletschereises in den letzten Jahrzehnten. Die Ausstellung illustriert nicht nur den Gletscherschwund, sondern informiert auch über dessen Ursachen und Folgen.

CO₂-Ausstoß

Für die offensichtliche Klimaveränderung macht heute die Mehrheit der Klimaforscher den weltweiten Anstieg von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in der Atmos-

phäre verantwortlich. Dieses entsteht durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl oder Erdgas. **□**

Strategien für den Familienalltag

Wie können Eltern es schaffen, ihren Alltag so zu strukturieren, dass ihnen Zeit für das Wesentliche bleibt?

Das Sachgebiet Kinder, Jugend und Familie des Landratsamts Miltenberg will interessierten Eltern in einem kostenlosen zweitägigen Seminar Wege aufzeigen, wie das gelingen kann. Das Seminar findet am Dienstag, 16. und 23. November abends im Landratsamtsgebäude in Miltenberg statt.

Für Eltern stellen Kinder eine Lebensbereicherung dar, doch im alltäglichen Arbeits- und Familienleben fehlt oft die Zeit. Unzufriedenheit ist die Folge. Im Seminar wird eine Anleitung gegeben, persönliche Ziele in den Fokus zu nehmen, auch Strategien aus dem Zeitmanagement werden aufgezeigt. Es gilt, den Alltag so zu strukturieren, dass Entlastung entsteht und Zeit für das Wesentliche bleibt.

Anmeldungen unter der E-Mail: claudia.joos@lra-mil.de bis zum 8.11. möglich. **□**



Die Studienmacher Alexandra Landsberg und Nomo Braun (Agiplan). Bild: wra

Ehrenpreis für „lupenreine Erfolgsstory“

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen zeichnet Unternehmerehepaar Erwin und Aurelia Müller aus / Eindrucksvolles Lebenswerk gewürdigt

Dillingen (jdt). Mit starkem Beifall einer großen Festversammlung gefeiert wurden die Preisträger des erstmals vergebenen „Ehrenpreises der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen“, das Unternehmerehepaar Erwin und Aurelia Müller aus Buttenwiesen. Die besondere Auszeichnung wurde verliehen für „ein bemerkenswertes Lebenswerk und gleichzeitig das jahrzehntelange herausragende gesellschaftliche und gemeinnützige Wirken“.

Landrat Leo Schrell, der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Sparkasse, betonte in seiner Laudatio bei der Preisverleihung den bewundernswerten Rang einer „lupenreinen Erfolgsstory“. Thomas Schwarzbauer, der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, würdigte die Entwicklung der Unternehmensgruppe Erwin Müller mit heute rund 1.350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als „höchster Anerkennung wert“.

Zum Auftakt der Veranstaltung im Stadtsaal konnte Schwarzbauer zahlreiche Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft begrüßen, darunter auch Oberbürgermeister Frank Kunz und den langjährigen ehemaligen schwäbischen Regierungspräsidenten Ludwig Schmid.

Soziale Verantwortung

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt kräftig an und handelt“, unter diesen Leitgedanken Dante Alighieris war die Ehrung des Ehepaars Müller gestellt. Schlaglichtartig dokumentiert war die erstaunliche Lebensleistung von der Gründung der Textil-

großhandlung am 21. Geburtstag von Erwin Müller 1951 in Lauterbach, den Umzug nach Buttenwiesen (1954), der Geburtsstunde von „Baby Butt“ (1968), den Standorterweiterungen in Wertingen und Dillingen. Hinzu kamen das Logistikzentrum in Lauterbach (2006) und die Steigerung der Leistungsfähigkeit zum Marktführer in Europa.

In der Heimat verwurzelt

Verwurzelung in der Heimat, soziale Verantwortung, die Pflege der Betriebsgemeinschaft und das gute Betriebsklima, unter Einbeziehung von Weihnachtsgeld, betrieblicher Altersvorsorge, Umweltbewusstsein und flexible, familienorientierte Arbeitszeiten wertete Landrat Schnell in seiner Ansprache als ganz besonders beispielhaft. Hochachtung gebühre den Müllers, die zu den klassischen Vollblutunternehmern gehörten und mit kaufmännischem Können, Weitblick, Fleiß, Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und Ausdauer ihren Erfolg sicherstellten. Ein Sonderlob des Landrates galt Ehefrau Aurelia Müller. Sie habe von Anfang an ihren Mann unterstützt als Buchhalterin, Verkäufe-

rin und Managerin in einer Person. Die Auszeichnung mit dem Ehrenpreis der Sparkasse konnten die drei Töchter Rita, Petra und Christa, der Sohn Erwin Müller jun. Sowie neun Enkelkinder und zwei Urenkel mitfeiern.

Schrell: Ein Paradebeispiel

Landrat Schrell bekräftigte, im Unternehmen Müller seien stets

die Zeichen der Zeit erkannt worden, um auch fit für die Zukunft zu sein. Der Nachkriegsunternehmer Müller sei ein Paradebeispiel. Mit brillanten Ideen, unermüdlicher Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und Innovationsbereitschaft habe praktisch aus dem Nichts mit einer höchst respektablen Firma aufgebaut. Besonders zu loben seien auch die Nachfolgeregelungen für ihre Unternehmen, die Erwin und Aurelia Müller mit viel Weitblick getroffen hätten.

Luftschlösser sind nicht seine Sache

Gerne erinnerte Schrell zudem an die engagierte Mitarbeit Erwin Müllers im Buttenwiesener



Von rechts: Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Dillingen Thomas Schwarzbauer, Landrat Leo Schrell, das Ehepaar Müller und Vorstand Josef Holzmann. Bild: jdt

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Bei der OB-Wahl in Landshut war am Ende das Ergebnis deutlicher als erwartet: Amtsinhaber Hans Rampf (CSU) setzte sich mit 61 Prozent der Stimmen klar durch. Sein schärfster Konkurrent Thomas Keyßner von den Grünen kam auf lediglich 26 Prozent. Insgesamt traten sechs Kandidaten gegeneinander an - vier davon abgeschlagen: Robert Gewies (SPD) erreichte 4,98, Robert Mader (Freie Wähler) 4,63, Jonny Huber (Linke) 1,38 und Christoph Zeidler (FDP) 1,58 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 50,7 Prozent.

Das Ergebnis sei Bestätigung für die gute Arbeit in den letzten sechs Jahren und für den „Rieswahlkampf“ der letzten Wochen, so Rampf. „Ganz offenkundig habe ich als Person die Wähler überzeugt, die Atomdiskussion um Isar 1 hat keine Rolle gespielt.“

Rampf-Sieg in Landshut

Der alte und neue Oberbürgermeister hatte sich beim Thema Atomkraft gegen die offizielle Parteilinie gestellt. Nachdem die Bundesregierung im September die Laufzeitenverlängerung beschlossen hatte, forderte er die Abschaltung älterer Kraftwerke.

Zur Wiederwahl gratulierten unter anderem Parteichef Horst Seehofer und CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. „61,1 Prozent im ersten Wahl-

gang bei fünf Gegenkandidaten sprechen eine deutliche Sprache und zeigen eindrucksvoll: Du als Oberbürgermeister und die CSU in Landshut stehen für eine bürgernahe und erfolgreiche Kommunalpolitik der CSU“, betonte Seehofer. „Die CSU ist die Partei, die immer auch das Wohl der Kommunen ganz besonders im Blick hat.“

Generalsekretär Dobrindt stellte fest: „Das ist ein Erfolg sowohl für Hans Rampf und die CSU Landshut als auch für die CSU insgesamt.“ Mit deutlichem Abstand zu den politischen Mitbewerbern sei die CSU die Partei der Städte und Kommunen.

Tapfheim

In Tapfheim im Landkreis Donau-Ries heißt der alte und

Gemeinderat während der heutigen Landrat dort Bürgermeister war. Dabei lag Müller die Förderung des Vereinswesens besonders am Herzen. Bodenständigkeit und Realitätssinn hätten ihn ausgezeichnet; „Luftschlösser sind nicht seine Sache“.

Familienbetriebe sehr bedeutsam

Zum Schluss gab's unter anhaltendem Beifall für die Geehrten eine Urkunde und einen besonders schönen bayerischen Porzellanlöwen, der in seinem Wappenschild die Wappen des Landkreises Dillingen und der Heimatgemeinde Buttenwiesen führt.

neue Bürgermeister Karl Malz (parteilos). Er wurde mit 94,5 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Malz war der einzige Kandidat. Während seiner ersten sechs Jahre im Amt hatte er u. a. Rücklagen gebildet und trotzdem die Pro-Kopf-Veranschuldung von 474 auf 345 Euro gesenkt.

Gebtsattel

Ebenfalls einziger Kandidat war der neue ehrenamtliche Bürgermeister der Gemeinde Gebtsattel im Landkreis Ansbach, Gerd Rößler von der „Gemeinsamen Liste Gebtsattel“. Der 49-Jährige kam auf 84,2 Prozent der Stimmen. Sein Vorgänger Wilfried Schnaubelt, ebenfalls von der „Gemeinsamen Liste“, hatte sein

In seinen Dankesworten betonte Erwin Müller den großen Stellenwert der Familienbetriebe für unsere Gesellschaft.

Fachvortrag von Roland Tichy

Auf besonderes Interesse stieß ein Fachvortrag des Chefredakteurs der „Wirtschaftswoche“, Roland Tichy, über „Die Folgen von demographischer Wende und Fachkräftemangel“. Der Journalist plädierte unter anderem für eine sorgsam differenzierte Integrationspolitik, die Einwanderung leistungsbereiter Ausländer und die Errichtung altersgerechter Arbeitsplätze. □

Amt aus privaten Gründen zur Verfügung gestellt.

Waldmünchen

Der CSU-Kandidat Markus Ackermann ist zum neuen Bürgermeister der 7.000-Einwohner-Stadt Waldmünchen im Landkreis Cham gewählt worden. Er erhielt 67,2 Prozent der Stimmen, sein Gegenkandidat Josef Schöber von den Freien Wählern 32,8 Prozent. Die außerplanmäßige Wahl war notwendig geworden, weil der vorherige Waldmünchner Bürgermeister Franz Löffler (CSU) im Juli zum Chamer Landrat gewählt wurde – als Nachfolger von Theo Zellner, der zurückgetreten war, um bayerischer Sparkassenpräsident zu werden. DK

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungs Geschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
a BUCHER company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik · Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326/502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
geräsmühle str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für **„Licht & Farbe“**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!